

HOME
HOCHSCHULE
MERSEBURG^{FH}
University of
Applied Sciences

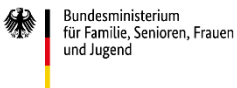
FACHBEREICH
SOZIALE ARBEIT.
MEDIEN.KULTUR

Studie

(Anti-)demokratische Einstellungen im Burgenlandkreis

ABSCHLUSSBERICHT

Gefördert vom



im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie *leben!*



SACHSEN-ANHALT

#moderndenken

BURGEN
LANDKREIS

Baer, Judit; Sachs, Magdalena Sophia; Voß, Heinz-Jürgen: (Anti)demokratische Einstellungen im Burgenlandkreis. Abschlussbericht. Merseburg: Hochschule Merseburg 2021.

Stand: 31.03.2021

Anschrift der Herausgeber*innen:

Prof. Dr. Heinz-Jürgen Voß

Fachbereich Soziale Arbeit. Medien. Kultur
Institut für Angewandte Sexualwissenschaft
Hochschule Merseburg

Eberhard-Leibnitz-Str. 2
06217 Merseburg

E-Mail: heinz-juergen.voss@hs-merseburg.de

Mitarbeiter*innen der Studie:

M.A. Judit Baer (Konzeption, Fragebogenentwicklung und -design,
Forschungsorganisation, Auswertung)

B.A. Magdalena Sophia Sachs (Konzeption, Fragebogenentwicklung und -design,
Forschungsorganisation, Auswertung)

Prof. Dr. Heinz-Jürgen Voß (Gesamtleitung)

In Kooperation mit:

Landratsamt Burgenlandkreis
Jugendamt
Schönburger Str. 41
06618 Naumburg

Konrad-Martin-Haus gGmbH
Koordinierungs- und Fachstelle „Demokratie leben!“ Burgenlandkreis
Am Rechenberg 3-5
06628 Naumburg/OT Bad Kösen

Inhalt

Abbildungsverzeichnis	3
Tabellenverzeichnis	4
1 Zusammenfassung	5
2 Einleitung	7
2.1 Allgemeine Fragestellung, Ziele und Aufbau	7
2.2 Methodik und Durchführung	8
2.3 Theoretische Grundlagen	9
3 Teilnahme an der Umfrage	11
4 Inhaltliche Auswertung	21
4.1 Corona-Pandemie	21
4.2 Braunkohle und Strukturwandel	28
4.3 Demokratische Einstellungen	32
4.3.1 Politikinteresse und -zufriedenheit	32
4.3.2 Demokratieverständnis	35
4.3.3 Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit	38
4.3.4 Zukunftssorgen	42
4.4 Engagement	45
4.5 Persönliche Zufriedenheit im Burgenlandkreis	52
4.6 Digitalisierung	54
4.7 Auswertung der Abschlussrückmeldungen	56
5 Diskussion der Ergebnisse	58
6 Literatur	66
7 Anhang	68
7.1 Projektausschreibung	68
7.2 Akquise-E-Mail	70
7.3 Masterdatei Fragebogen	72

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Teilnahme nach Geschlecht	11
Abbildung 2: Teilnahme nach Alter	12
Abbildung 3: Teilnahme nach Geburtsort	13
Abbildung 4: Teilnahme nach Geburtsort im Burgenlandkreis	13
Abbildung 5: Teilnahme nach "ich wohne im Burgenlandkreis seit..."	14
Abbildung 6: Teilnahme nach Staatsbürgerschaft	15
Abbildung 7: Teilnahme nach Größe des Wohnortes	16
Abbildung 8: Teilnahme nach Religionszugehörigkeit	17
Abbildung 9: Teilnahme nach Familienstand/ Partner*innenschaft	18
Abbildung 10: Teilnahme nach höchstem Schul-/ Berufsausbildungsabschluss	19
Abbildung 11: Teilnahme nach derzeit hauptsächlicher Beschäftigung	20
Abbildung 12: Engagement in Organisationen und Gruppen	47
Abbildung 13: Freiwilliges Engagement in Vereinen	49

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Einfluss der Corona-Pandemie	21
Tabelle 2: Einfluss der Corona-Pandemie nach Geschlecht	23
Tabelle 3: Einfluss der Corona-Pandemie nach Alter	24
Tabelle 4: Einfluss der Corona-Pandemie nach Schul-/ Berufsausbildungsabschluss	26
Tabelle 5: Braunkohle und Strukturwandel	28
Tabelle 6: Braunkohle und Abschluss nach Geschlecht	29
Tabelle 7: Braunkohle und Strukturwandel nach Alter	30
Tabelle 8: Braunkohle und Strukturwandel nach Schul-/ und Berufsausbildungsabschluss	31
Tabelle 9: Arbeits- und ausbildungsbezogenen Aussagen: Zustimmung von 34-Jährigen mit und niedrigem Schul-/ Berufsausbildungsabschluss	32
Tabelle 10: Politikinteresse	33
Tabelle 11: Demokratiezufriedenheit	33
Tabelle 12: Politikzufriedenheit	34
Tabelle 13: Demokratiezufriedenheit nach Geschlecht	34
Tabelle 14: Demokratiezufriedenheit nach Schul-/ und Berufsausbildungsabschluss	35
Tabelle 15: Demokratieverständnis	36
Tabelle 16: Wählen	36
Tabelle 17: Demokratieverständnis nach Alter	37
Tabelle 18: Demokratieverständnis nach Schul-/ Berufsausbildungsabschluss	37
Tabelle 19: Einstellungen zu Migrant*innen und Geflüchteten	39
Tabelle 20: Element Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit	39
Tabelle 21: Recht auf Religionsausübung nach Alter und Abschluss	40
Tabelle 22: Veränderung im eigenen Umfeld	41
Tabelle 23: Zukunftssorgen	43
Tabelle 24: Zukunftssorgen nach Alter	44
Tabelle 25: Zukunftssorgen nach Geschlecht	44
Tabelle 26: Zukunftssorgen nach Schul-/ Berufsausbildungsabschluss	45
Tabelle 27: Bürgerschaftlichem Engagement	46
Tabelle 28: Gründe für das Beenden des eigenen Engagements	50
Tabelle 29: Beteiligung aller Befragten an Aktionsformen	51
Tabelle 30: Persönliche Zufriedenheit im Burgenlandkreis	52
Tabelle 31: Persönliche Zufriedenheit im Burgenlandkreis nach Alter, Geschlecht und Abschluss	53
Tabelle 32: Mediennutzung	54
Tabelle 33: Tägliche Mediennutzung nach Alter, Geschlecht, Abschluss und Wohnortgröße	55
Tabelle 34: Häufigkeit der digitalen Mediennutzung	55
Tabelle 35: Themensetzung der Befragten in den freien Kommentaren	56

1 Zusammenfassung

Insgesamt nahmen 754 Menschen an der zwischen dem 22.12.2020 und 12.02.2021 durchgeführten Online-Umfrage „(Anti-)demokratische Einstellungen im Burgenlandkreis“ teil, wobei 441 Fragebögen vollständig ausgefüllt wurden und somit in die inhaltliche Auswertung eingingen. Die Abbruchquote liegt bei 41,5 %. **Geschlecht:** 49,3 % (215) der Befragten gaben als Geschlecht männlich, 49,8 % (217) weiblich und 0,9 % (4) divers an [n=436; keine Angabe 5]. Bezüglich des **Alters** wurden drei infrastrukturelevante Kategorien gebildet. 26,7 % (117) der Teilnehmenden sind 16 bis 34 Jahre alt, 63,3 % (278) 35 bis 64 Jahre und 10,0 % (44) sind 65 Jahre alt und älter [n: 439; keine Angabe 2]. Bezüglich des **Schul-/ Berufsausbildungsabschlusses** wurden drei Kategorien gebildet, die sich an der Einteilung nach ISCED2011-Level (International Standard Classification of Education) orientieren. Bei der Umfrage gaben 19,0 % (83) einen niedrigen, 38,4 % (168) einen mittleren und 42,6 % (186) der Teilnehmenden einen hohen Schul-/ Berufsausbildungsabschluss an [n=437; keine Angabe 4].

Methodischer Kommentar

Menschen mit höherem Schul-/ Bildungsabschluss sind in der Umfrage überrepräsentiert. Das liegt insbesondere an der internetbasierten Durchführung. Das Online-Format bringt methodisch mit sich, dass Menschen mit höherem Schul-/ Bildungsabschluss stärker angesprochen werden (vgl. Destatis/WZB/BiB 2021: 189 f.). Die Umfrage erreichte zudem vorwiegend politisch und sozial engagierte Personen. Mit knapp 90 % Partizipation in verschiedenen Organisationsformen liegt die Quote der ehrenamtlich Engagierten deutlich über dem Bundesdurchschnitt. Bei der Umfrage handelt es sich um eine selbstselektierende Stichprobe, d. h. nur diejenigen nehmen teil, die sich angesprochen fühlen. Entsprechend ist die Studie für den Burgenlandkreis nicht repräsentativ. Gleichzeitig haben ausreichend Personen an der Erhebung teilgenommen, sodass Gruppierungen (nach Geschlecht, Alter, Schul- / Bildungsabschluss) vorgenommen werden konnten, die belastbare Ergebnisse liefern.

Bezogen auf einen verträglichen Ausstieg aus der Braunkohle werden vor allem Investitionen in alternative Arbeits- und Ausbildungsplätze gefordert.

Dem stimmen mit 96,4 % (80) vor allem Menschen mit niedrigem Schul-/ Berufsabschluss zu. Gleichzeitig sorgt sich diese Gruppe der Befragten mit 94,0 % (78) am meisten, dass die Fördermittel des Bundes nicht in den Kommunen ankommen, die direkt vom Kohleausstieg betroffen sind.

Frauen und Männer beschäftigen tendenziell unterschiedliche Perspektiven auf die Corona-Pandemie.

Frauen docken in ihrer Zustimmung eher an Themen wie Gefährdung von Gesundheit und (Fehl-)Verhalten der Mitmenschen als Männer an. So sind Frauen wütender auf Menschen, die die gesundheitlichen Folgen der Pandemie verharmlosen (11,0 % Unterschied) oder gegen die Maßnahmen zur Eindämmung demonstrieren (9,2 % Unterschied). Männer betonen eher die Verantwortung von politischen Akteur*innen (5,4 % Unterschied) und fühlen sich im Stich gelassen (5,6 % Unterschied).

Die Sorge um die Verschlechterung der finanziellen Situation durch die Corona-Pandemie ist geschlechts-, alters- und ausbildungsabhängig.

Besonders Menschen bis 34 Jahre und zwischen 35 und 64 Jahre sehen mit jeweils über 40,0 % ihre ökonomische Lage verschlechtert. Die Befragten ab 65 Jahre sind coronabedingt bezüglich ihrer finanziellen Situation mit 23,8 % (10) wenig verunsichert. Menschen mit niedrigem Schul-/ Berufsausbildungsabschluss sind um 21,1 % besorgter als Menschen mit hohem Abschluss.

Die Befragten sind überwiegend zufrieden mit ihrer persönlichen Situation im Burgenlandkreis.

In Bezug auf Wohnsituation, Arbeit, finanzielle Lage, gesundheitlichen Zustand und soziales Umfeld sind 80 bis 90 % der befragten Personen zufrieden. Hinzu kommt, dass etwa die Hälfte angibt, keine eigene Diskriminierung zu erleben. Jedoch sind 45,0 % (194) mit der politischen Situation unzufrieden.

Demokratie als politisches System erhält hohen Zuspruch.

94,5 % (413) der Befragten halten Demokratie für die beste Staatsform für Deutschland. Minderheitenschutz und die Mitbestimmung Einzelner werden als wichtige Elemente eines demokratischen Staates benannt.

Politikinteresse und Politikunzufriedenheit gehen Hand in Hand.

Die Teilnehmer*innen beschreiben sich größtenteils als politisch interessiert und über politische Entwicklungen informiert. Gleichzeitig sind etwa 40 % der Befragten unzufrieden mit politischen Entscheidungen auf Bundes-, Landes-, Landkreis- und kommunaler Ebene. Diese Tendenz wird auch im eigenen Umfeld wahrgenommen. Männer und Personen mit niedrigem Schul-/ Berufsausbildungsabschluss sind tendenziell unzufriedener.

Zukunftssorgen beziehen sich hauptsächlich auf soziales und gesellschaftliches Auseinanderdriften.

Abwertende Einstellungen gegenüber Migrierten und Muslima und Muslimen deuten sich in den Ergebnissen an, bräuchten aber eine vertiefte Untersuchung. Auffallend ist, dass sich Sorgen eher auf ein abnehmendes Einfühlungsvermögen (93,6 % [411]) innerhalb der Gesellschaft, ein größeres Auseinanderklaffen von Arm und Reich (89,3 % [392]) und den Verlust des Zusammenhalts in der Gesellschaft (89,3 % [391]) richten, deutlich abgeschlagen folgt Sorge vor Zuwanderung (43,4 % [190]). (Vgl. Tabelle 23)

Digitale Medien sind Hauptinformationsquelle für die meisten Befragten.

Dabei zeigen sich kaum Unterschiede in der Nutzung nach Geschlecht, Alter und Schul-/ Berufsausbildungsabschluss. Internetseiten und Messenger-Dienste stehen in der täglichen Nutzung an erster Stelle. 18,3 % (80) der Befragten wissen nicht, wo sie sich über politische Entscheidungen im Burgenlandkreis informieren können.

2 Einleitung

2.1 Allgemeine Fragestellung, Ziele und Aufbau

Mit Beginn der neuen Förderperiode für das Bundesprogramm „*Demokratie leben!*“ im Burgenlandkreis wurden die angestrebten Ziele des Programms neu formuliert und um die Perspektive einer nachhaltigen Wirksamkeit vor Ort erweitert.

Wie kann dies gelingen? Bürger*innen sollen an demokratischen Prozessen beteiligt und in ihrem bürgerschaftlichen Engagement gestärkt werden. Wenn Demokratie für Bürger*innen somit erlebbar und die eigene Rolle in diesem Zusammenhang fassbar ist, kann dies auf lange Sicht antidemokratischen Strukturen und Haltungen entgegenwirken. Denn das Förderprogramm „*Demokratie leben!*“ sieht seine Aufgabe darin, Bürger*innen zu ermutigen, sich gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit wie beispielsweise Rassismus und Sexismus, als auch reaktionär-autoritäre Denk- und Verhaltensweisen zu positionieren und somit auch zu zivilcouragiertem Handeln in ihrem Alltag im Burgenlandkreis zu motivieren.

Doch wie lassen sich diese Vorhaben regionalspezifisch so implementieren, dass diese auch nachhaltig wirken? Um hierfür Strategien für den Burgenlandkreis zu entwickeln, bedarf es zunächst einer grundlegenden Untersuchung des Selbstverständnisses für Demokratie und Teilhabe unter Berücksichtigung der Lebensqualität und Lebenssituation der Menschen vor Ort. Dabei sollen auch lokale Bezüge wie Veränderungen aufgrund des eingeleiteten Strukturwandels durch den Kohleausstieg Beachtung finden. D. h. der hier vorliegende Abschlussbericht zur Online-Umfrage „*(Anti-)demokratische Einstellungen im Burgenlandkreis*“ bildet einen Teil der Datengrundlage, um für den Burgenlandkreis spezifische Bedarfe und Handlungsempfehlungen treffen zu können. Die quantitativen Ergebnisse werden durch Interviews der Fach- und Koordinierungsstelle „*Demokratie leben!*“ im Burgenlandkreis mit Expert*innen der Zivilgesellschaft an entsprechender Stelle ergänzt. Bei der hier vorliegenden Untersuchung handelt es sich um eine breit angelegte Befragung, die sich an alle Bewohner*innen des Burgenlandkreises ab 16 Jahre gerichtet hat.

Vor diesem Hintergrund entstand die Studie „*(Anti-)demokratische Einstellungen im Burgenlandkreis*“ im Zeitraum von Oktober 2020 bis März 2021 in einem Projektteam unter der Leitung von Prof. Dr. Heinz-Jürgen Voß der Hochschule Merseburg. Die Partnerschaft für Demokratie im Burgenlandkreis, die für die regionale Umsetzung des Bundesprogramms „*Demokratie leben!*“ verantwortlich ist, beauftragte die Hochschule Merseburg mit der Durchführung.

Der vorliegende Abschlussbericht ist in fünf Hauptteile untergliedert. Das einleitende Kapitel 2 verfolgt das Ziel, den Leser*innen einen grundlegenden Einstieg in die Studie „*(Anti-)demokratische Einstellungen im Burgenlandkreis*“ zu bieten. Neben der Fragestellung und deren Hintergründen werden die Methodik der Erhebung und Auswertung als auch die Rahmenbedingungen für die Durchführung der Online-Umfrage dargestellt.

In Kapitel 3 werden die Teilnehmer*innen der Online-Umfrage detailliert nach deren Angaben zu allgemeinen demographischen Merkmalen wie beispielsweise Alter, Geschlecht oder Schul- und Berufsausbildungsabschluss, aber auch nach Merkmalen mit lokalem Bezug wie Wohnortsgröße und Geburtsort (im Burgenlandkreis) vorgestellt. Dies wird anschließend zu bundesweiter und landkreisweiter Sozialstatistik in Bezug gesetzt.

Kapitel 4 bildet den Hauptanteil dieses Abschlussberichts und widmet sich der inhaltlichen Auswertung der erhobenen Daten. Die Aufteilung in Unterkapitel orientiert sich an der Gliederung der Themen, die im Fragebogen abgefragt wurden. Während sich im Fragebogen die Entscheidung zur thematischen Reihenfolge eher an der vermuteten Aufmerksamkeit der Befragten orientierte, wird die inhaltliche Auswertung im vorliegenden Bericht mit dem Unterkapitel 4.1 zur Corona-Pandemie begonnen, da es lohnt, die getroffenen Ableitungen bei Betrachtung der anderen Themen im Hinterkopf zu behalten. Anschließend folgen die Analysen und Ergebnisse zu 4.2 Braunkohle und Strukturwandel, 4.3 Demokratische Grundeinstellungen, 4.4 Engagement; 4.5 Persönliche Zufriedenheit im Burgenlandkreis und 4.6 Digitalisierung. Das Kapitel zur inhaltlichen Auswertung schließt mit einer Analyse der freien Kommentare 4.7).

Die Ergebnisse der inhaltlichen Auswertung werden in Kapitel 5 anhand ausgewählter Studien sowohl in einen bundesweiten Kontext als auch zu aktuellen Diskussionen in Bezug gesetzt.

2.2 Methodik und Durchführung

Der Erhebungszeitraum der Online-Umfrage „*(Anti-)demokratische Einstellungen im Burgenlandkreis*“ erstreckte sich vom 22.12.2020 bis zum 12.02.2021. Damit fiel der gesamte Erhebungszeitraum mit dem bundesweit verhängten Lockdown zusammen, der die Schließung von u. a. Geschäften und kulturellen Institutionen zur Folge hatte.

Zielgruppe der Befragung waren alle Personen ab 16 Jahren, die im Burgenlandkreis zum Zeitpunkt der Erhebung lebten oder einen starken Bezug zu diesem hatten (beispielsweise ein im Burgenlandkreis liegender Arbeitsplatz).

Aufgrund der Corona-Pandemie und den damit verbundenen Einschränkungen des öffentlichen Lebens wurde sich für eine elektronische Befragung mittels webgestütztem Fragebogen via Limesurvey entschieden. Die Limitierung der Stichprobe durch diese Form der Erhebung auf Internetnutzer*innen und damit einhergehende Selbstselektierung wurden in Kauf genommen, um unter den gegebenen Rahmenbedingungen dennoch eine größtmögliche Anzahl an Teilnehmer*innen zu erreichen. Die Zielgruppe wurde zudem dadurch begrenzt, dass der Fragebogen nur auf Deutsch verfasst wurde und nicht barrierefrei ist, da er zum einen Matrixfragen enthält, die von Screenreadern nicht sinnvoll wiedergegeben werden können, und zum anderen keine Version in Leichter Sprache bereitgestellt wurde.

Die Akquise von Teilnehmer*innen wurde hauptsächlich durch Bekanntmachungen auf Homepages, Social Media, Webportalen und in lokalen Zeitungen (z. B: Naumburger Tageblatt/ MZ) betrieben. Weiterhin wurden größere lokale Arbeitgeber*innen,

Institutionen und Netzwerke wie Vereine, Gewerkschaften, Kultur- und Bildungseinrichtungen kontaktiert.

Der Fragebogen gliedert sich in sieben Abschnitte: Zufriedenheit, Politik, Gesellschaft und Zusammenleben, Engagement, Digitalisierung, Corona-Pandemie und sozialstatistische Daten. Damit können sowohl Engagement in verschiedenen Bereichen als auch Einstellungen zu Demokratie, gesellschaftlicher Verantwortung und politischen Entwicklungen erfragt werden. Die Gliederung entstand bezugnehmend auf Bedarfe und Interessen der Auftraggeber*innen.

Mit Ausnahme der letzten Frage wurden die Fragen im geschlossenen Antwortformat gestellt. Es handelt sich größtenteils um Aussagen, deren Zustimmung mit zwei- oder vierstufigen Ratingskalen gemessen wird. Diese Likert-Skalen ohne Mitte werden auch als Forced Choice bezeichnet, da die Antwortenden sich einer Tendenz von Zustimmung oder Nicht-Zustimmung zuordnen müssen. So sollte verhindert werden, dass Teilnehmer*innen aus Gründen der sozialen Erwünschtheit oder um die eigene kognitive Anstrengung zu vermindern (sog. „Satisficing“ Verhalten) Ausflucht in der Mittelkategorie suchen. (Vgl. Best et al. 2019: 5) Es wurde jedoch die Möglichkeit geboten, Fragen nicht zu beantworten und zu überspringen.

Die Auswertung erfolgte mittels deskriptiver Statistik, die sich hauptsächlich auf Häufigkeiten bezieht. In einem ersten Schritt wurden die vierstufigen Skalen zu zweistufigen zusammengefasst, um die Ergebnisse übersichtlicher darstellen und Tendenzen besser erfassen zu können. Weiterhin ermöglicht diese Zusammenfassung vielfältigere Differenzierungen mit beispielsweise demographischen Merkmalen wie Alter, Geschlecht und Bildungsabschlüssen, da mit der Größe der Teilgruppe die Belastbarkeit der teilgruppenspezifischen Daten steigt. Merkmale wie Religionszugehörigkeit und Geburtsort erwiesen sich als ungeeignet als Differenzierungsmerkmale, da sich die Stichprobe in diesen Aspekten als homogen erwies. (Vgl. Kapitel 3 . Außerdem wurden einzelne Aussagen (Items) miteinander korreliert, um detaillierten Fragestellungen nachzugehen.

2.3 Theoretische Grundlagen

Die Debatte um politische Einstellungen innerhalb der deutschen Gesellschaft ist seit Jahren von Schlagworten wie ‚Politikverdrossenheit‘ geprägt. Auch wird die Gefährdung des gesellschaftlichen Zusammenhalts als drohendes Szenario im öffentlichen Diskurs prophezeit oder gar schon konstatiert. (Vgl. Brähler; Decker 2020: 89)

Um die Einstellungen zu politischem Geschehen und Demokratie erfragen zu können, sollte jedoch von Phrasen Abstand genommen und sollten zunächst verschiedene Aspekte unterschieden werden: Susanne Pickel und Gert Pickel differenzieren fünf Dimensionen politischer Kultur, die jeweils mit einem spezifischen Demokratieverständnis und konkreten politischen Einstellungen einhergehen. (Brähler; Decker 2020: 95 f.) Die Ausdifferenzierung ist für die vorliegende Studie von Relevanz, da sie die Operationalisierung und das Erfragen der Einstellungen zu Demokratie auf verschiedenen Ebenen ermöglicht. Die Dimensionen und ihre Kennzeichen können an dieser Stelle nur knapp erläutert werden: Nach Pickel und Pickel wird die grundsätzliche

Legitimität des politischen Systems, in diesem Fall der Demokratie, von der Zustimmung zu Werten und Normen des Systems beeinflusst. Dies ist zu unterscheiden von der *Systemunterstützung*, die sich auf die Verwirklichung dieser Normen und Werte bezieht, also die Unterstützung der aktuellen Ausprägung des politischen Systems im eigenen Land bezeichnet. Ein weiterer Aspekt ist das *Vertrauen*, das politischen Institutionen entgegengebracht oder entzogen wird, je nachdem ob Bürger*innen davon überzeugt sind, dass im Sinne des Gemeinwohls regiert wird. Die als *Performanzbewertung* definierte Dimension bezieht sich hingegen auf die tatsächliche Umsetzung im politischen Alltag. Laut Pickel und Pickel ist diese an die Bewertung der „Leistungsfähigkeit der Amtsträger“ (ebd.) geknüpft.

In Bezug auf Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (GMF) lässt sich mittels der fünften Dimension *Anerkennung der politischen Gemeinschaft* messen, inwiefern eine Identifikation mit der bestehenden Gesellschaft als (pluralistische) Gemeinschaft besteht. Findet der Ausschluss einzelner Gruppen aus dieser Gemeinschaft statt, lässt sich von GMF sprechen. Eine Ingroup markiert ‚die Anderen‘ als ungleichwertige Outgroup und erfährt dadurch selbst eine Aufwertung. *„Dadurch werden soziale Hierarchien erzeugt, erhalten und verfestigt [...] Weitere Funktionen bestehen darin, die Zugehörigkeit zu einer Ingroup und eine eigene Identität herzustellen, komplexe Sachverhalte zu erklären, soziale Kontrolle und Einfluss auf andere auszuüben sowie kenntlich zu machen, wem man vertrauen kann und wem nicht.“* (Krause et al. 2016: 33 f.)

Neben dem Demokratieverständnis bildet zivilgesellschaftliche Partizipation eine weitere Grundlage der Erhebung. Als Zivilgesellschaft lässt sich *„die Gesamtheit der öffentlichen Assoziationen, Vereinigungen, Bewegungen und Verbände“* verstehen *„in denen sich Bürger auf freiwilliger Basis versammeln“* (Pollack 2004: 27). Zivilgesellschaftliches Engagement ist neben Freiwilligkeit durch *„fehlende persönliche materielle Gewinnabsicht und eine Ausrichtung auf das Gemeinwohl“* (Bundeszentrale für politische Bildung o. J.) gekennzeichnet. Nach Anna Klein und Michael Müller fällt neben sozialem auch politisches Engagement darunter: *„Dazu zählt auch die Beteiligung an Demonstrationen, Streiks, Petitionen sowie weiteren Formen politischer Partizipation.“* (Krause et al. 2016: 187) In der Forschung wird meist zwischen konventionellen und unkonventionellen politischen Partizipationsformen unterschieden. Mitarbeit in einer Partei und Wählengehen zählen zu Ersteren, während die Teilnahme an Demonstrationen sowie Online-Protest als unkonventionell verstanden werden.

3 Teilnahme an der Umfrage

Die Umfrage richtete sich an Menschen ab 16 Jahren, die im Burgenlandkreis leben oder einen starken Bezug zu diesem haben. Zu letzteren sind beispielsweise Menschen zu zählen, die im Burgenlandkreis zwar nicht wohnen, aber arbeiten oder in Ausbildung sind oder trotz Wegzug ihr Engagement vor Ort aufrechterhalten.

Insgesamt nahmen 754 Menschen an der Umfrage teil, wobei 441 Fragebögen vollständig ausgefüllt wurden und somit in der inhaltlichen Auswertung Beachtung finden. Die Abbruchquote liegt somit bei 41,5 %. Hierbei wurde zu 62,6 % der Fragebogen bei der ersten Fragegruppe zum Thema Zufriedenheit oder davor abgebrochen. Bei den weiteren unvollständigen Fragebögen lässt sich keine spezifische Frage ausmachen, bei der sich viele Teilnehmende für den Abbruch entschieden.

Bezüglich der vollständigen Fragebögen beträgt der Median der Zeit, die die Teilnehmenden zum Ausfüllen der Umfrage benötigten, 15 min 26 s. Der Mittelwert der Interview-Zeit hingegen beträgt 19 min 39 s und hängt vor allem mit der unterschiedlichen und zum Teil ausführlichen Nutzung der Kommentarfunktion am Ende des Fragebogens zusammen.

Sozialstatistische Datenbasis

Im Folgenden werden die Teilnehmenden der Umfrage genauer entlang ihrer Angaben zu sozialstatistischen Fragen beschrieben und diese in Bezug zu bundesweiten Daten und Ergebnissen des Zensus 2011 auf Landkreisebene (Burgenlandkreis Regionalschlüssel: 15.084) gesetzt.

49,3 % (215) der Befragten gaben als **Geschlecht** männlich, 49,8 % (217) weiblich und 0,9 % (4) divers an [n=436; keine Angabe 5]. An der Umfrage nahmen ähnlich viele Frauen und Männer teil. Aufgrund der geringen absoluten Anzahl für das Geschlecht divers ist in den weiterführenden Analysen nach Geschlecht die Kategorie divers nicht aussagekräftig auswertbar und wird entsprechend nicht im Detail betrachtet. (Vgl. Abbildung 1)

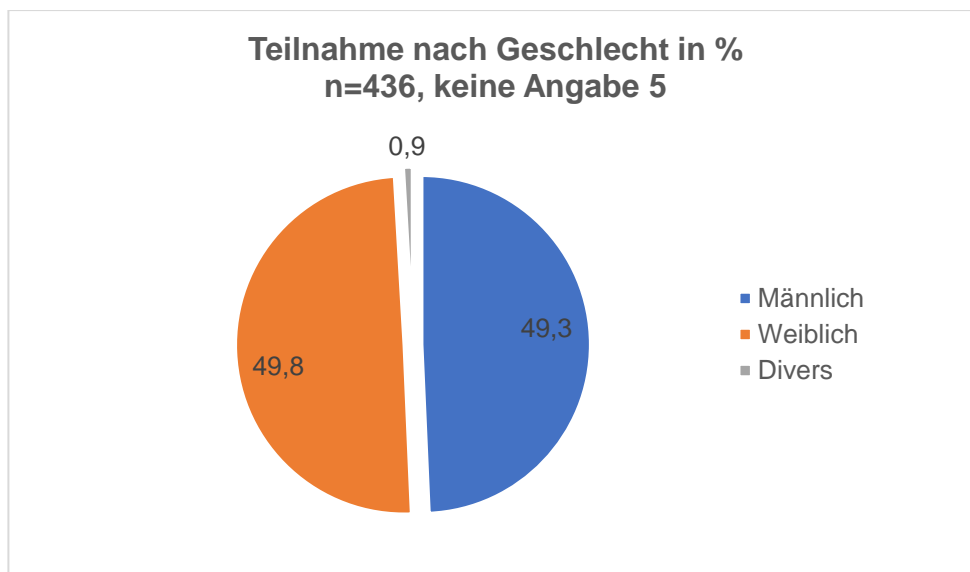


Abbildung 1: Teilnahme nach Geschlecht

Bezüglich des **Alters** wurden drei infrastrukturelevante Kategorien gebildet. 26,7 % (117) der Teilnehmenden sind 16 bis 34 Jahre alt, 63,3 % (278) 35 bis 64 Jahre und 10,0 % (44) sind 65 Jahre alt und älter [n: 439; keine Angabe 2]. (Vgl. Abbildung 2) Der Zensus (2011) weist 168.794 Menschen ab 16 Jahren im Burgenlandkreis aus (Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt 2014:16). Davon waren 20,7 % (34.880) im Alter zwischen 16 und 34 Jahre, 50,1 % (84.547) im Alter zwischen 35 und 64 Jahre und 29,2 % (49.367) über 65. Im Vergleich mit dem Zensus, der allerdings schon zehn Jahre alt ist, ist die Altersgruppe der 35- bis 64-Jährigen überrepräsentiert, während Menschen ab 65 Jahre unterrepräsentiert sind. Dies ist vor allem auf das Online-Format der Umfrage zurückzuführen. Für die weiterführenden Analysen nach Alter müssen demnach insbesondere die absoluten Zahlen betrachtet werden, um belastbare Ableitungen zu treffen.

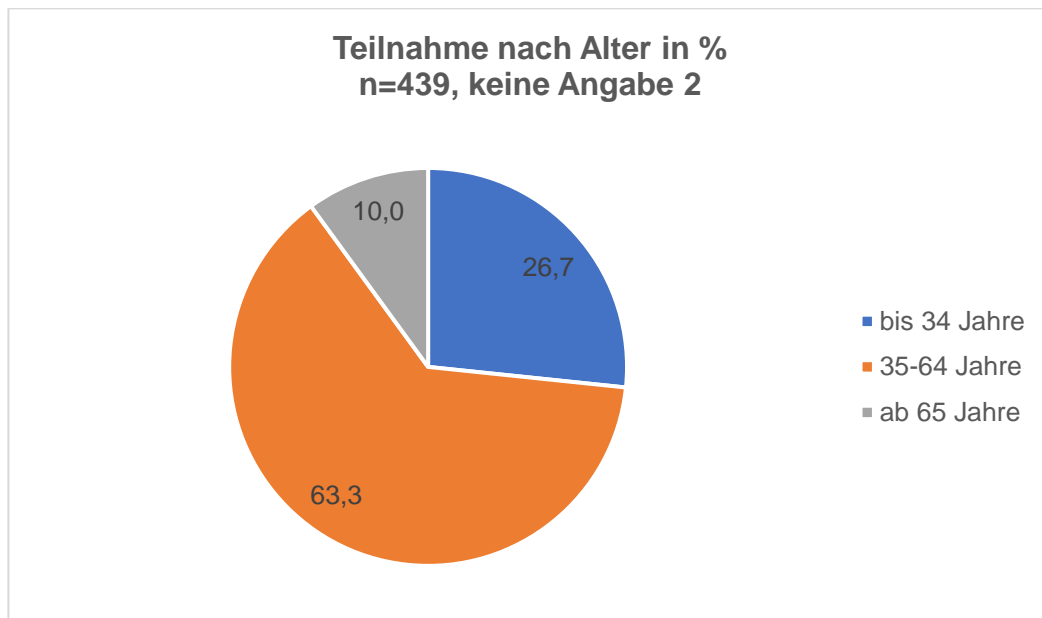


Abbildung 2: Teilnahme nach Alter

Zum **Geburtsort** gaben 86,8 % (383) der Befragten an, dass dieser in den heutigen neuen Bundesländern liegt, 11,3 % (50) der Befragten wurden in den heutigen alten Bundesländern geboren. Nicht in Deutschland, sondern in einem anderen Land der Europäischen Union wurden 0,7 % (3) der Befragten geboren und 1,1 % (5) in einem Land außerhalb der Europäischen Union [n=441; keine Angabe: 0]. (Vgl. Abbildung 3)

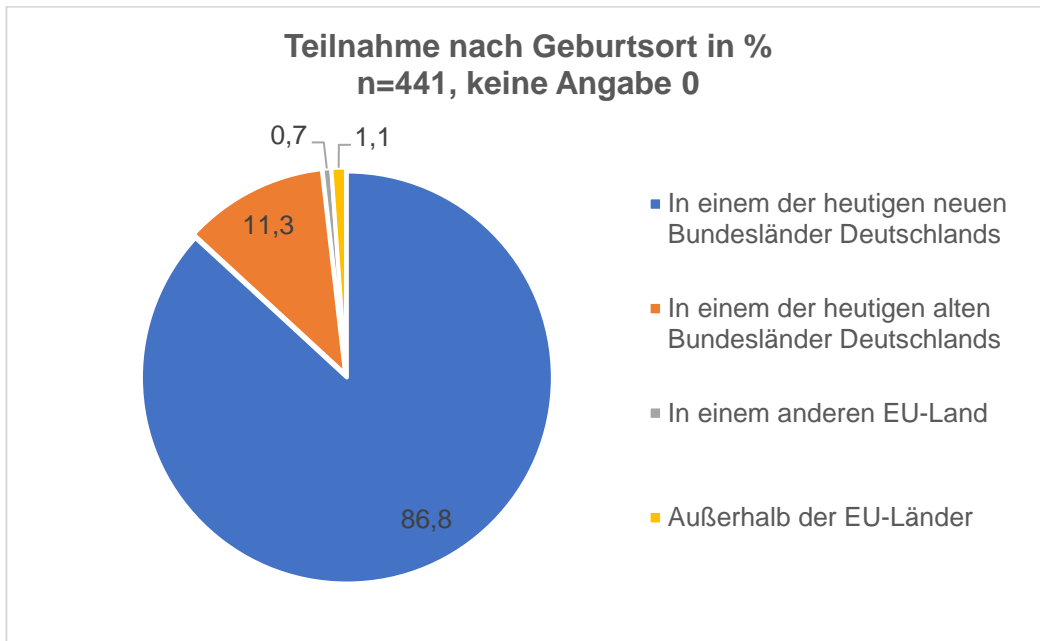


Abbildung 3: Teilnahme nach Geburtsort

68,8 % (260) der Menschen, deren Geburtsort in einem der heutigen neuen Bundesländer liegt, gaben an, im Burgenlandkreis geboren zu sein. 31,2 % (118) stammen aus einem anderen Landkreis der heutigen neuen Bundesländer [n=383; keine Angabe 5]. (Vgl. Abbildung 4)

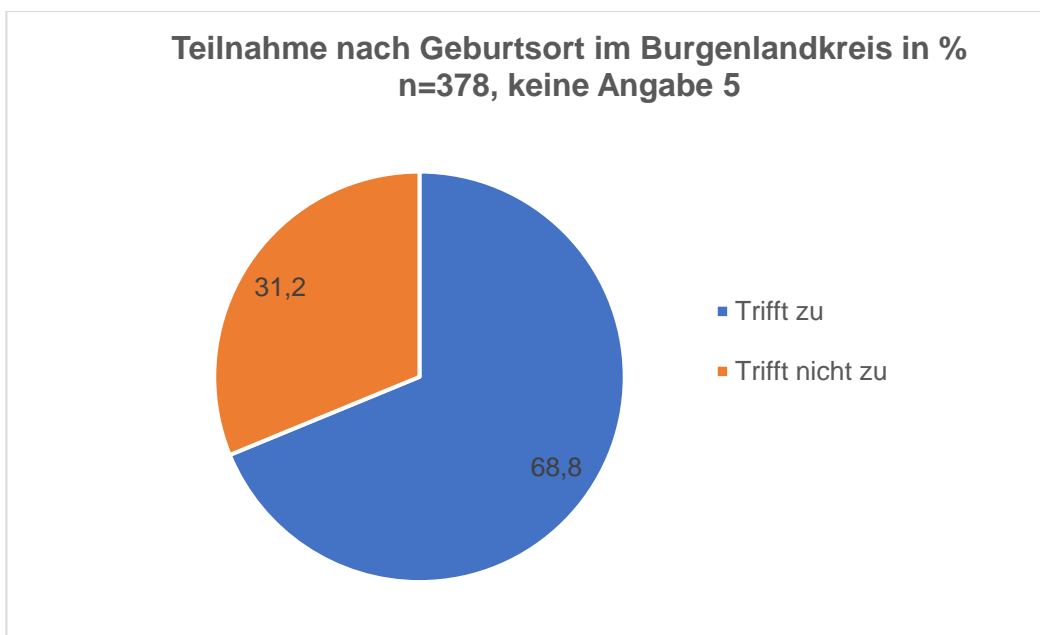


Abbildung 4: Teilnahme nach Geburtsort im Burgenlandkreis

Zusätzlich gaben 89,7 % (392) der Befragten an, seit mehr als 5 Jahren **im Burgenlandkreis zu wohnen**, 6,4 % (28) seit 1 bis 5 Jahren und lediglich 0,7 % (3) weniger als 1 Jahr. 3,2 % (14) der Teilnehmenden gaben an, gar nicht im Burgenlandkreis zu wohnen [n=437; keine Angabe 4]. Folglich nahmen an der Umfrage hauptsächlich Menschen teil, die eine langjährige Verbindung zum Burgenlandkreis haben, da sie entweder dort geboren wurden und weiterhin wohnen oder im Fall von Zugezogenen schon des Längeren im Landkreis wohnen. Kürzlich Zugezogene wurden mit der Umfrage wenig erreicht. (Vgl. Abbildung 5)

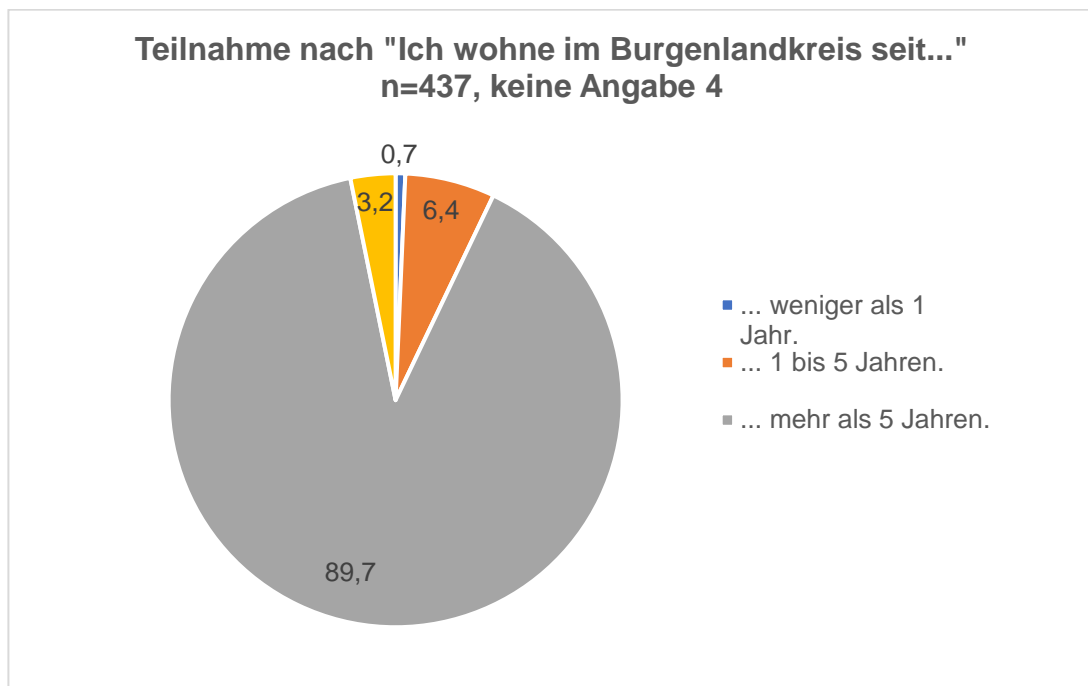


Abbildung 5: Teilnahme nach "ich wohne im Burgenlandkreis seit..."

Zusätzlich zum Geburtsort wurde in vier Teilfragen die **Staatsbürgerschaft** aller Befragten erhoben. 413 der Befragten gaben deutsch als ihre Staatsangehörigkeit an [n=430; keine Angabe 11]. Fünf der Befragten antworteten, dass sie die Staatsbürgerschaft eines anderen Landes in der Europäischen Union haben [n=341; keine Angabe 100]. Weiterhin haben fünf Personen die Staatsbürgerschaft eines Landes außerhalb der Europäischen Union [n=340; keine Angabe 101]. Zwei Befragte haben eine Doppelte Staatsbürgerschaft [n=341; keine Angabe 100]. (Zusammenfassung der Teilfrage zu Staatsangehörigkeit vgl. Abbildung 6: Teilnahme nach Staatsbürgerschaft)

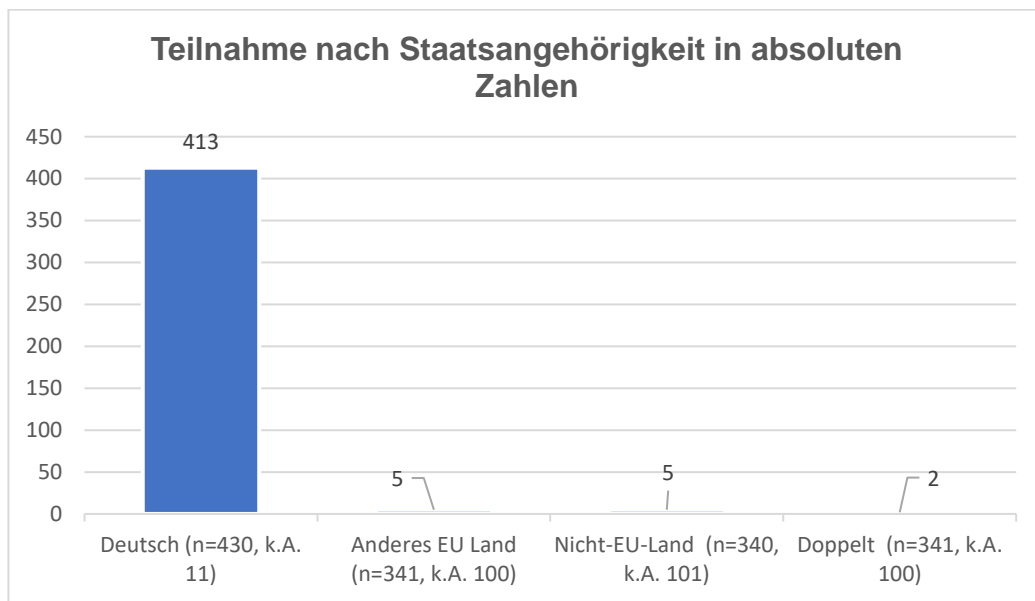


Abbildung 6: Teilnahme nach Staatsbürgerschaft

Im Vergleich liegt zum Stichtag 31.12.2019 der Anteil an im Burgenlandkreis lebenden Ausländern zur dortigen Bevölkerung bei 6,0 % (bundesweit 13,5 %). Dabei werden als Ausländer „[a]lle Personen [bezeichnet], die nicht Deutsche im Sinne des Art. 116 Abs. 1 GG sind, d. h. nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen.“ (Destatis o. J.). Im Falle einer zweiten Staatsbürgerschaft zu einer deutschen, fällt dies nicht in die Ausländerzahl. Mit der Umfrage wurden demnach weniger Menschen aus anderen Ländern erreicht als diese anteilig in der Bevölkerung des Landkreises vertreten sind. Als ein Grund hierfür ist die Verfügbarkeit der Umfrage in lediglich deutscher Sprache zu benennen. Für eine inhaltliche Auswertung ist eine Unterscheidung nach Geburtsort entsprechend nicht aussagekräftig.

Im Burgenlandkreis sind die drei größten Städte bzw. Einheitsgemeinden Weißenfels mit 40.192 Einwohner*innen, Naumburg (Saale) mit 32.155 Einwohner*innen und Zeitz mit 27.601 Einwohner*innen (Stichtag 31.12.2019) (Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt 2020:18-20). Entsprechend leben 55,9 % der gesamten Bevölkerung des Burgenlandkreises in Städten über 20.000 Einwohner*innen. Bei der Umfrage nahmen anteilig 57,8 % (251) aus Wohnorten über 20.000 Einwohner*innen, 15,4 % (67) aus Wohnorten mit 5.000 bis 20.000 Einwohner*innen und 26,7 % (116) aus Wohnorten unter 5.000 Einwohner*innen teil [n=434; keine Angabe 7]. (Vgl. Abbildung 7) Das heißt, sowohl die städtische als auch ländliche Bevölkerung wurde mit der Umfrage

erreicht und inhaltliche Auswertungen zu Aussagen von Menschen aus eher ländlichen Regionen und Wohnorten sind belastbar.

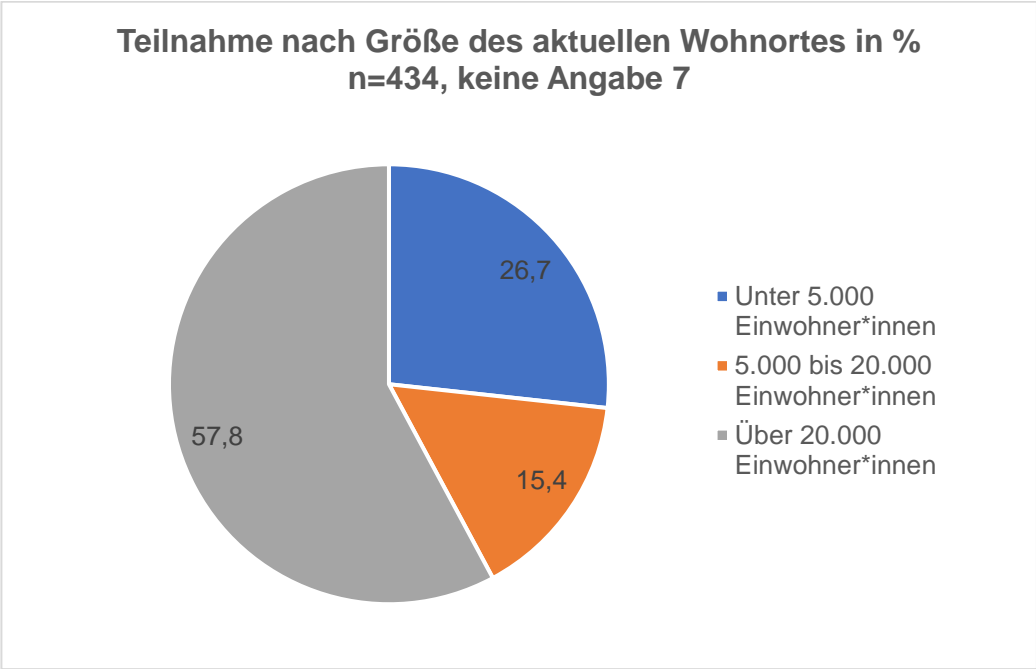


Abbildung 7: Teilnahme nach Größe des Wohnortes

Bezüglich der **Religionszugehörigkeit** gaben die meisten der Teilnehmenden an, konfessionell ungebunden zu sein: 62,0 % (258). 21,2 % (88) sind evangelisch, 6,3 % (26) sind römisch-katholisch und 0,7 % (3) muslimisch. Keine Person ist jüdisch (0) und 9,9 % (41) der Teilnehmenden gaben Sonstiges als Religionszugehörigkeit an; [n=416, keine Angabe 25]. (Vgl. Abbildung 8) Laut des Zensus von 2011 sind 79,7 % (149.970) aller Bewohner*innen des Burgenlandkreises kein Mitglied in einer öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaft, 16,2 % (30.470) sind evangelisch und 0,5 % (860) evangelisch-freikirchlich organisiert. 2,9 % (5.500) der Bevölkerung sind römisch-katholisch und zu 0,6 % (1.100) wurde Sonstige angegeben. Muslimische Religionszugehörigkeit wurde 2011 nicht als eigene Kategorie abgefragt und keine Person gab eine Zugehörigkeit zu jüdischen Gemeinden und orthodoxen Kirchen an. Im Vergleich nahmen an der Befragung anteilig mehr kirchlich organisierte Menschen teil als in der Bevölkerung vertreten sind.

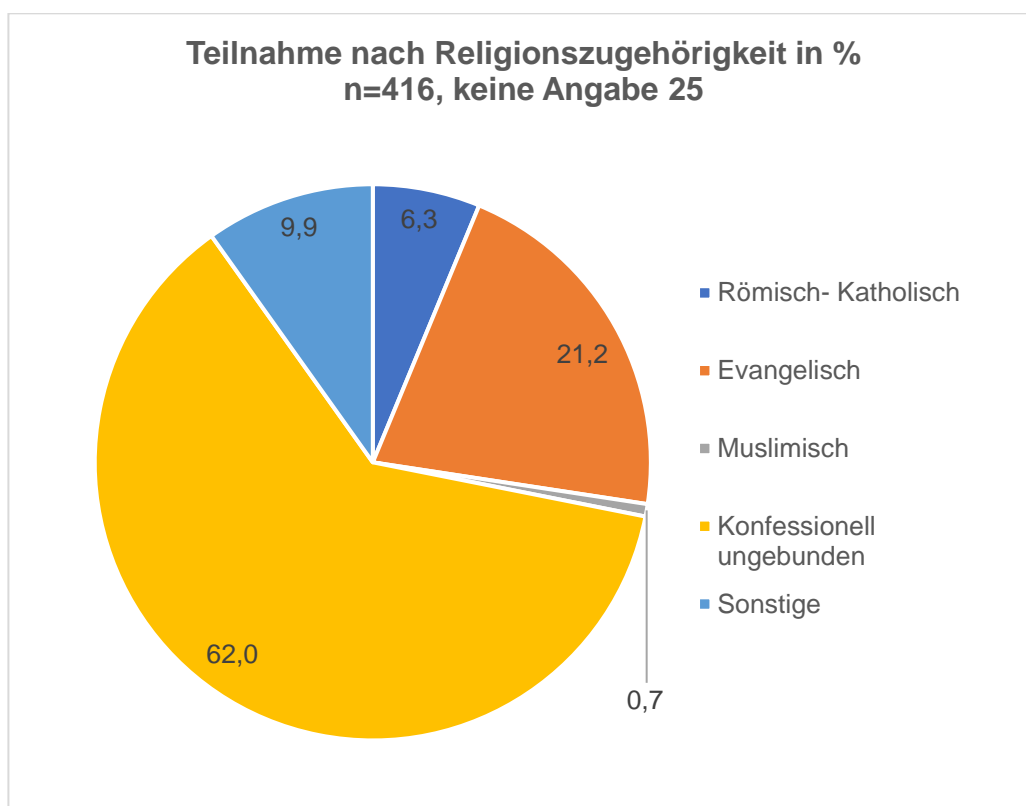


Abbildung 8: Teilnahme nach Religionszugehörigkeit

Familienstand: Mit 52,1 % (226) sind mehr als die Hälfte der Teilnehmenden verheiratet oder in einer eingetragenen Lebenspartnerschaft. 26,0 % (113) sind ledig, sind aber in einer Partnerschaft, 12,7 % (55) sind ledig und aktuell in keiner Partnerschaft. (Vgl. Abbildung 9) 6,5 % (28) sind geschieden bzw. haben die Lebenspartnerschaft aufgelöst. 1,4 % (6) der Befragten sind verheiratet bzw. in einer eingetragenen Lebenspartnerschaft, leben aber getrennt. 1,4 % (6) sind verwitwet [n=434; keine Angabe 7]. Der Zensus (2011) ermittelte zum Familienstand: 47,1 % (89.422) der Bevölkerung des Burgenlandkreises sind verheiratet und 0,0 % (44) in einer eingetragenen Lebenspartnerschaft. 35,3 % (66.956) sind ledig, wobei hierbei nicht

zwischen ledig mit oder ohne Partnerschaft unterschieden wird. Geschieden sind 7,7 % (14.593) bzw. 0,0 % (10) haben ihre eingetragene Lebenspartnerschaft aufgelöst. Der größte Unterschied zwischen Bevölkerung und Teilnehmenden der aktuellen Untersuchung liegt bei den verwitweten Personen – sie werden beim Zensus mit 9,8 % (18.579) ausgewiesen. Dies hängt u. a. damit zusammen, dass anteilig weniger ältere Menschen an der Umfrage teilnahmen.

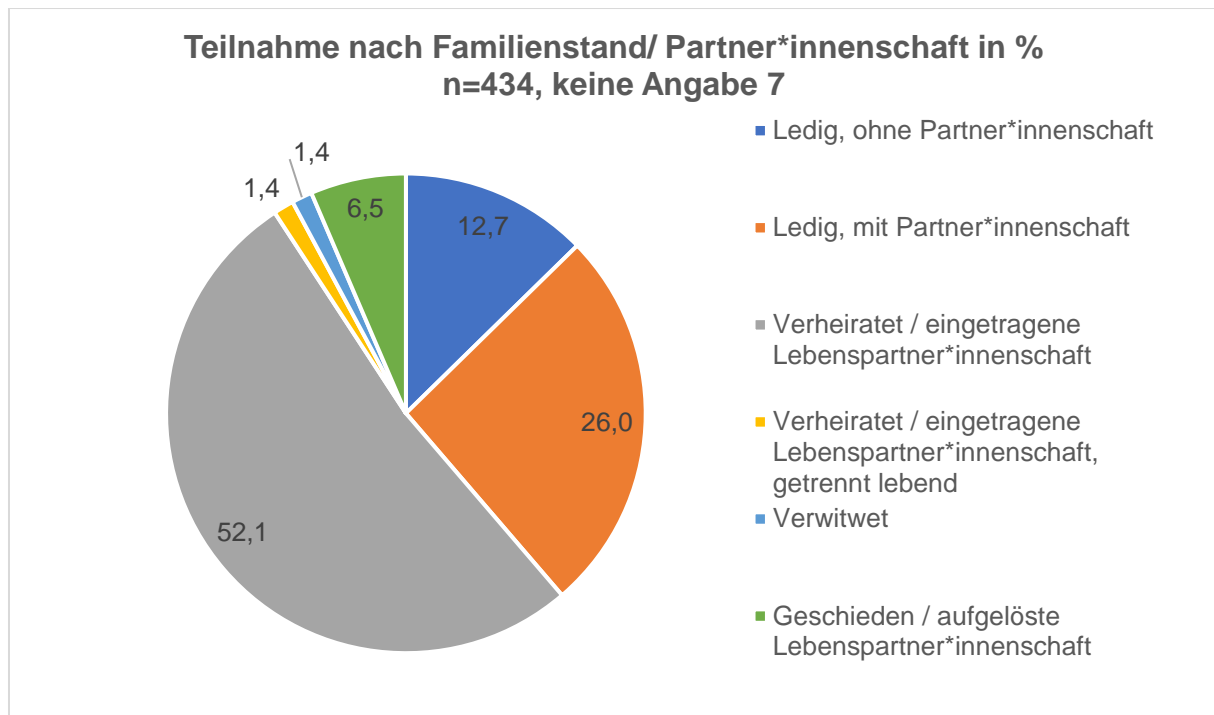


Abbildung 9: Teilnahme nach Familienstand/ Partner*innenschaft

Bezüglich des **Schul-/ Berufsausbildungsabschlusses** wurden drei Kategorien gebildet, die sich an der Einteilung nach ISCED2011-Level (International Standard Classification of Education) orientierten. Demnach entspricht ein „hoher“ Schul-/ Berufsausbildungsabschluss einem Hochschulabschluss z. B. Bachelor, Master, Promotion, o. ä. bzw. einer abgeschlossenen Techniker-/ Meistersausbildung (ISCED 5 und höher). In der vorliegenden Umfrage wurde Letzteres nicht erfragt. Dementsprechend werden in die Kategorie „hoher“ Schul-/ Berufsausbildungsabschluss ausschließlich Hochschulabschlüsse gezählt. Zu einem „mittleren“ Schul-/ Berufsausbildungsabschluss zählen abgeschlossene Berufsausbildung oder (Fach-) Hochschulreife (ISCED 3/4). Er beinhaltet analog zum Fragebogen die Antwortmöglichkeiten *Fachhochschul- oder Hochschulreife / EOS-Abschluss, Fachschulabschluss* und *Lehr-/Anlernausbildungsabschluss*. Ein „niedriger“ Schul-/ Berufsausbildungsabschluss liegt vor, wenn weder eine abgeschlossene Berufsausbildung noch (Fach-) Hochschulreife (ISCED kleiner als 3) vorliegt. Dies entspricht den Antwortmöglichkeiten *Ohne Schulabschluss, Hauptschulabschluss/ 8. Klasse, Mittlere Reife/ POS-Abschluss/ 10. Klasse* und *Derzeit Schüler*in einer allgemeinbildenden Schule*. Bei der Umfrage haben 19,0 % (83) der Teilnehmenden einen niedrigen, 38,4 % (168) einen mittleren und 42,6 % (186) einen hohen Schul-/ Berufsausbildungsabschluss

angegeben [n=437; keine Angabe 4]. (Vgl. Abbildung 10) Laut Zensus (2011) haben 1.390 Personen einen Abschluss einer Fachakademie oder Berufsakademie, 11.040 Personen einen Fachhochschulabschluss, 8.110 Personen einen Hochschulabschluss und 930 Personen eine Promotion. Somit machen Personen mit „hohem“ Schul-/ Ausbildungsabschluss einen Anteil von 12,7 % der Bevölkerung des Burgenlandkreises über 16 Jahren aus. Entsprechend ist für die aktuelle Umfrage von einem starken Bildungsbias zu sprechen und die erreichten Personen sind nicht für den Burgenlandkreis repräsentativ. Bei der Umfrage handelt es sich um eine selbst-selektierende Stichprobe, d. h. nur diejenigen nehmen teil, die sich angesprochen fühlen. Das Online-Format bringt methodisch mit sich, dass diese Art der Erhebung Menschen mit höherem Schul-/ Bildungsabschluss verstärkt anspricht (vgl. Destatis/ WZB/BiB 2021: 189 f.). Laut Zensus (2011) haben im Burgenlandkreis insgesamt 122.740 Personen eine Lehre/ Berufsausbildung im dualen System (102.520) oder Fachschulabschluss (20.220). Demnach haben 72,7 % aller Bewohner*innen des Burgenlandkreises über 16 Jahre einen „mittleren“ Ausbildungs-/ Schulabschluss. Diese Diskrepanz zwischen Befragten und Bevölkerung muss bei den weiterführenden Analysen beachtet werden.

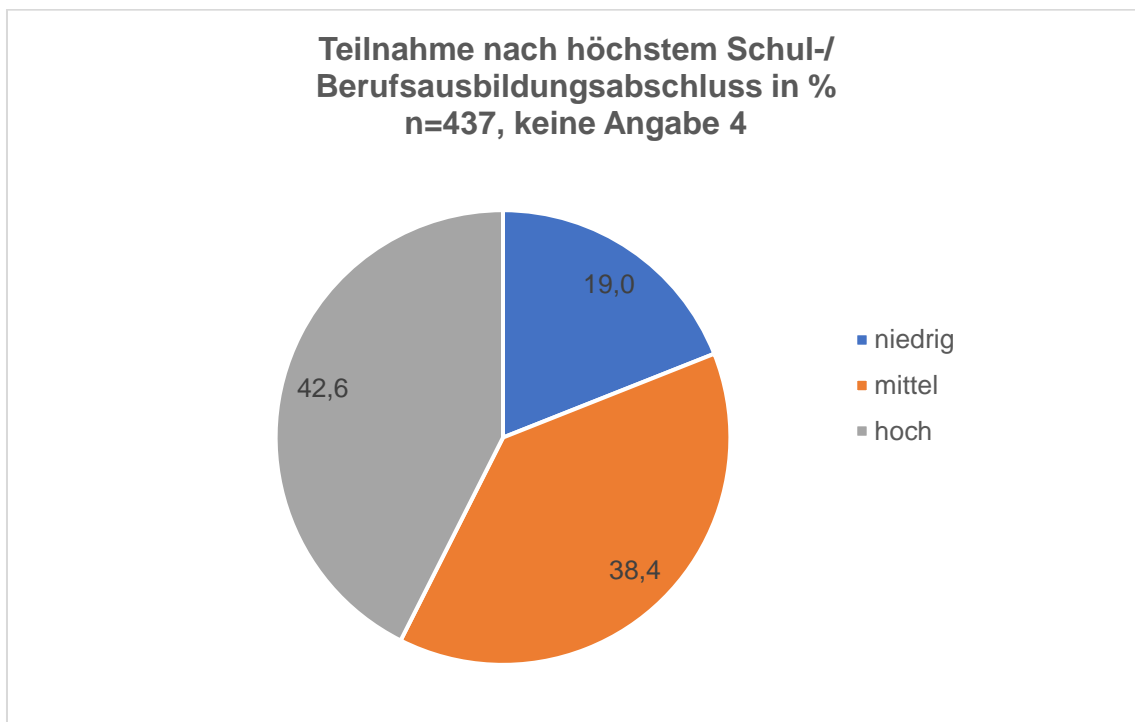


Abbildung 10: Teilnahme nach höchstem Schul-/ Berufsausbildungsabschluss

Zu ihrer **derzeitigen Beschäftigung** gaben 64,1 % (278) der Teilnehmenden an, in Vollzeit sozialversicherungspflichtig beschäftigt/ selbstständig und 13,8 % (60) in Teilzeit sozialversicherungspflichtig beschäftigt/ selbstständig zu arbeiten. Geringfügig erwerbstätig (Minijob, 450 €-Basis) sind 1,8 % (8) der Befragten. Nicht erwerbstätig sind 12,2 % (53). Darunter kann auch Rentenbezug fallen. In Ausbildung befinden sich 3,0 % (13) Schüler*innen, 3,0 % (13) Studierende, 2,1 % (9) Auszubildende [n=434; keine Angabe 7]. (Vgl. Abbildung 11)

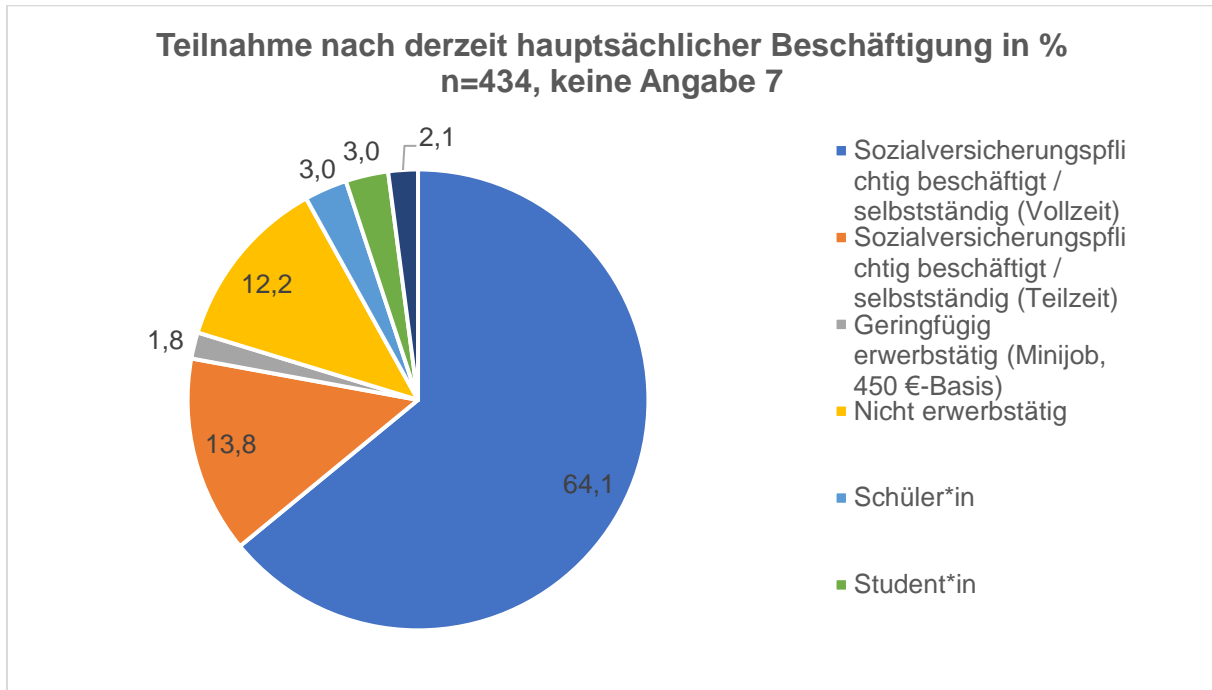


Abbildung 11: Teilnahme nach derzeit hauptsächlichlicher Beschäftigung

4 Inhaltliche Auswertung

4.1 Corona-Pandemie

Bei der Konzeption, Durchführung und Auswertung der Umfrage „(Anti-)demokratische Einstellungen im Burgenlandkreis“ mussten die besonderen Herausforderungen in Anbetracht der Corona-Pandemie mitgedacht werden. Eine Besonderheit lag sicherlich darin, dass die gesamte Erhebungsphase vom 22.12.2020 bis 12.02.2021 mit dem bundesweiten Lockdown zusammenfiel. Anfängliche Pläne, Akquise auch vor Ort zu betreiben, z. B. in ländlicheren Regionen des Burgenlandkreises, bei spezifischen Veranstaltungen für Senior*innen oder durch einen Stand in Fußgängerzonen, mussten überdacht und abgesagt werden.

Aufgrund dieser Herausforderungen erschien es notwendig, die Corona-Pandemie sowohl inhaltlich in den Fragebogen einzubeziehen als auch auf Metaebene zu erfragen, inwieweit sich die aktuellen Besonderheiten und Belastungen des Alltags auf das eigentliche Beantworten auswirkten. So endete der inhaltliche Teil der Umfrage mit der Selbsteinschätzung, wie sehr die aktuelle Corona-Pandemie das eigene Antworten in der Umfrage beeinflusst haben. Mit 59,5 % (241) gaben die meisten der Befragten „teils teils“ als Antwort an. Eine starke Beeinflussung sehen 14,1 % (57), hingegen schließen 26,4 % (107) sie ganz aus [n=405; fehlend 1]. Zusammenfassend geben drei Viertel der Teilnehmenden an, dass die aktuelle Corona-Pandemie auf ihre im Fragebogen getroffenen Aussagen Einfluss hatte und mitgedacht wurde, wenn auch in unterschiedlicher Intensität.

Ein eigener Fragenblock befasst sich mit den Auswirkungen der Corona-Pandemie, wie die Befragten aktuelle und zum Teil kontroverse Debatten bewerten, welche Bezüge sie zu ihrem eigenen Leben ziehen und welche Gefühle sie in diesem Zusammenhang hegen. In der folgenden Tabelle 1 wird ein Überblick zur Zustimmung der Befragten zu den spezifischen Aussagen, die die Corona-Pandemie direkt adressiert, gegeben.

Tabelle 1: Einfluss der Corona-Pandemie

Einfluss der Corona-Pandemie: Zustimmung aller Befragten		
	Trifft zu in % (absolut)	n; keine Angabe
Ich schäme mich für Menschen, die die gesundheitlichen Gefahren der Corona-Pandemie verharmlosen.	75,4 % (328)	435; 6
Wenn ich an die Demonstrationen gegen die Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie denke, werde ich wütend.	71,2 % (311)	437; 4
Ich habe große Hoffnung, dass wir die Corona-Pandemie als Gesellschaft bewältigen werden.	70,1 % (307)	438; 3
Wenn ich daran denke, dass politische Eliten finanziellen Profit aus der Corona-Pandemie ziehen, werde ich wütend.	70,1 % (302)	431; 10

Ich habe Sorge, dass aufgrund der Corona-Pandemie Grundrechte noch weiter eingeschränkt werden.	45,7 % (201)	440; 1
Wenn ich an die Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie denke, werde ich wütend auf die Politiker.	41,6 % (182)	437; 4
Ich sorge mich, dass sich meine finanzielle Situation durch die Corona-Pandemie verschlechtert.	40,1 % (176)	439; 2
Wenn ich an die Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie denke, fühle ich mich im Stich gelassen.	39,5 % (172)	435; 6

Von allen Aussagen bezüglich der Corona-Pandemie erfährt die Aussage „Ich schäme mich für Menschen, die die gesundheitlichen Gefahren der Corona-Pandemie verharmlosen“ mit 75,4 % (328) am meisten Zustimmung [n=435; keine Angabe 6]. 71,2 % (311) der Befragten stimmen zu, auf die Demonstrationen gegen die Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie wütend zu sein [n=437; keine Angabe 4]. Beide Aussagen beziehen sich auf eine generelle Haltung im Umgang mit der Corona-Pandemie. Dass ca. drei Viertel der Befragten auch diesen starken Gefühlen wie Wut und Scham zustimmen, zeigt auf, dass die Frage der Haltung die Befragten beschäftigt. 70,1 % (307) Zustimmung dazu, dass auf die Bewältigung der Pandemie als Gesellschaft gehofft wird, unterstreicht einen positiven Blick auf die Wirksamkeit von gesellschaftlichem Zusammenhalt [n=438; keine Angabe 3]. Insgesamt werden persönliche Ängste wie finanzielle Sorgen mit 40,1 % (176) und das Gefühl von Im-Stich-gelassen-werden mit 39,5 % (172) weniger benannt. Allerdings ist dies in Anbetracht dessen, dass hier existenzielle Ängste und Sorgen angesprochen wurden, als hoch einzuschätzen.

Das Gefühl der Wut richtet sich vor allem gegen Menschen, die die Auswirkungen der Corona-Pandemie verharmlosen oder leugnen und weniger gegen Politiker*innen, die die Maßnahmen beschließen und umsetzen. Jedoch stimmen mit 70,1 % (302) der Teilnehmenden einer Wut gegenüber „politischen Eliten“ zu, die Profit aus der Corona-Pandemie ziehen [n=431; keine Angabe 10], obwohl sich diese Aussage inhaltlich und sprachlich an verschwörungsideologische Argumentationen anschließt, da sie weder „politische Eliten“ konkretisiert, noch sich auf einen spezifischen Sachverhalt bezieht.

Zusammenfassend äußern sich die Befragten tendenziell eher positiv gegenüber der Wirksamkeit von Gesellschaft und fordern gleichzeitig von ihren Mitmenschen, mit der Pandemie verantwortungsvoll umzugehen. Weiterhin sind sie mehrheitlich empfänglich für Kritik an vermeintlich politischen Eliten.

Auswertung nach Geschlecht

Betrachtet man die Zustimmung zu den coronaspezifischen Aussagen entlang der Kategorie Geschlecht (divers wird aufgrund der geringen Teilnehmendenzahl nicht genauer betrachtet), fällt auf, dass Männer und Frauen tendenziell unterschiedliche Perspektiven auf die Corona-Pandemie haben. Mit 11,0 % liegt der größte Geschlechtsunterschied bei der Aussage „Ich schäme mich für Menschen, die die gesundheitlichen Gefahren der Corona-Pandemie verharmlosen“. Dieser stimmen

70,3 % (149) aller befragten Männer und 81,3 % (174) aller befragten Frauen zu [n=437; keine Angabe]. (Vgl. Tabelle 2)

Auch gegenüber den Demonstrationen gegen die Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie äußern sich mit 76,5 % (166) Frauen wütender als Männer (67,3 % [n=432; keine Angabe 9]. Männer (44,1 % [93]) sind mit einem Unterschied von 5,4 % tendenziell wütender auf Politiker*innen als Frauen (38,7 % [84]), wenn sie an die Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie denken [n=432; keine Angabe 9]. Weiterhin fühlen sich 42,0 % (89) aller befragten Männer im Stich gelassen. Im Vergleich zu der Zustimmung von Frauen (36,4 % [78]) entspricht dies einem Unterschied von 5,6 % [n=430; keine Angabe 11]. Entsprechend docken Frauen mit ihrer Zustimmung eher als Männer an Themen wie Gefährdung von Gesundheit und (verharmlosendem) Verhalten der Mitmenschen an. Männer hingegen lenken bei der Diskussion um die Corona-Pandemie ihren Blick stärker auf die politischen Akteur*innen und nehmen diese auch für die eigene Betroffenheit in Verantwortung.

Der geringste Unterschied in den Antworten mit 0,8 % liegt bei der Hoffnung, die Pandemie als Gesellschaft bewältigen zu können. Dieser Aussage stimmten 70,0% (149) aller Männer und 70,8 % (153) aller Frauen zu [n=433; keine Angabe 8].

Tabelle 2: Einfluss der Corona-Pandemie nach Geschlecht

Einfluss der Corona-Pandemie: Zustimmung nach Geschlecht			
	Trifft zu in % (absolut)		n=Geschlecht * Aussage; keine Angabe+divers ^a
	Männlich	Weiblich	
Ich Sorge mich, dass sich meine finanzielle Situation durch die Corona-Pandemie verschlechtert.	38,0 % (81)	41,5 % (90)	434; 7
Ich habe große Hoffnung, dass wir die Corona-Pandemie als Gesellschaft bewältigen werden.	70,0 % (149)	70,8 % (153)	433; 8
Ich schäme mich für Menschen, die die gesundheitlichen Gefahren der Corona-Pandemie verharmlosen.	70,3 % (149)	81,3 % (174)	430; 11
Wenn ich an die Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie denke, werde ich wütend auf die Politiker.	44,1 % (93)	38,7 % (84)	432; 9
Wenn ich an die Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie denke, fühle ich mich im Stich gelassen.	42,0 % (89)	36,4 % (78)	430; 11
Wenn ich an die Demonstrationen gegen die Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie denke, werde ich wütend.	67,3 % (142)	76,5 % (166)	432; 9
Wenn ich daran denke, dass politische Eliten finanziellen Profit aus der Corona-Pandemie ziehen, werde ich wütend.	69,2 % (144)	70,6 % (151)	426; 15
Ich habe Sorge, dass aufgrund der Corona-Pandemie Grundrechte noch weiter eingeschränkt werden.	47,2 % (101)	43,3 % (94)	435; 7

^aDa die Gruppe diverser Personen zur Auswertung zu klein ist, werden sie an dieser Stelle nicht zu n gerechnet.

Auswertung nach Alter

Wird die Zustimmung zu den coronaspezifischen Aussagen mit der Kategorie Alter korreliert, ergeben sich bezüglich einzelner Aussagen nennenswerte Unterschiede zwischen den Altersgruppen.

Tabelle 3: Einfluss der Corona-Pandemie nach Alter

Einfluss der Corona-Pandemie: Zustimmung nach Alter				
	Trifft zu in % (absolut)			n=Alter * Aussage; keine Angabe
	bis 34 Jahre	35-64 Jahre	ab 65 Jahre	
Ich Sorge mich, dass sich meine finanzielle Situation durch die Corona-Pandemie verschlechtert.	41,0 % (48)	42,1 % (117)	23,8 % (10)	437; 4
Ich habe große Hoffnung, dass wir die Corona-Pandemie als Gesellschaft bewältigen werden.	63,2 % (74)	72,6 % (201)	73,8 % (31)	436; 5
Ich schäme mich für Menschen, die die gesundheitlichen Gefahren der Corona-Pandemie verharmlosen.	76,9 % (90)	75,2 % (206)	71,4 % (30)	433; 8
Wenn ich an die Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie denke, werde ich wütend auf die Politiker.	43,6 % (51)	39,3 % (108)	48,8 % (21)	435; 6
Wenn ich an die Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie denke, fühle ich mich im Stich gelassen.	46,6 % (54)	37,8 % (104)	31,0 % (13)	433; 8
Wenn ich an die Demonstrationen gegen die Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie denke, werde ich wütend.	78,6 % (92)	68,8 % (190)	66,7 % (28)	435; 6
Wenn ich daran denke, dass politische Eliten finanziellen Profit aus der Corona-Pandemie ziehen, werde ich wütend.	75,2 % (88)	68,9 % (183)	67,4 % (29)	429; 12
Ich habe Sorge, dass aufgrund der Corona-Pandemie Grundrechte noch weiter eingeschränkt werden.	46,2 % (54)	43,9 % (122)	53,5 % (23)	438; 3

So machen sich die Befragten ab 65 Jahre mit 23,8 % (10) weniger Sorgen um ihre finanzielle Situation als Befragte bis 34 Jahre (41,0 % [48]) und zwischen 35 bis 64 Jahre (42,1 % [117]). (Vgl. Tabelle 3) Dieser große Unterschied zu den jüngeren Altersgruppen ist u. a. darin begründet, dass coronabedingte Unsicherheiten und Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt die Altersgruppe ab 65 Jahre weniger tangiert.

Weiterhin zeigen sich 73,8 % (31) der Befragten ab 65 Jahre hoffnungsvoller, die Corona-Pandemie als Gesellschaft bewältigen zu können. Hier besteht mit 10,6 % der größte Unterschied insbesondere zu Menschen bis 34 Jahre, die dieser Aussage dennoch mehrheitlich mit 63,2 % (74) zustimmen.

Auffällig ist, dass Befragte ab 65 Jahre überdurchschnittlich Sorge tragen, dass aufgrund der Corona-Pandemie Grundrechte (noch weiter) eingeschränkt werden. Dieser Aussage stimmen 53,5 % (23) zu, was im Vergleich zum Durchschnittswert von 45,4 %

(210) Zustimmung aller Befragten einen Unterschied von 8,1 % ausmacht. Die Aussage, beim Gedanken an die Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie wütend auf Politiker*innen zu werden, bestätigte mit 48,8 % (21) fast jede zweite befragte Person ab 65 Jahre. Die Zustimmung liegt um 7,4 % höher als der Durchschnittswert von 41,6 % (182) Zustimmung aller Befragten. Es lässt sich festhalten, dass gegenüber der Rolle von Politiker*innen in der Bewältigung der Corona-Pandemie sich die Altersgruppe der ab 65-Jährigen am skeptischsten äußert und über die Hälfte demokratische Errungenschaften wie die Grundrechte aktuell bedroht sieht.

Persönliche Betroffenheit durch die Corona-Pandemie wurde in diesem Fragebogen, neben der finanziellen Sorge, auch über die Aussage erhoben, ob sich die Befragten beim Gedanken an die Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie im Stich gelassen fühlen. Auffällig ist hier die Unterscheidung nach Altersgruppen, denn 46,6 % (54) der bis 34-Jährigen stimmen dieser Aussage zu. Mit einem Unterschied um 7,1 % zum Durchschnittswert von 39,5 % (172) aller Befragten erhält diese Aussage eine relativ hohe Zustimmung von jungen Menschen. Befragte ab 65 Jahre stimmten der Aussage mit 31,0 % (13) unterdurchschnittlich zu, trotz der an sich höheren gesundheitlichen Betroffenheit dieser Altersgruppe.

Ebenso äußern sich Menschen bis 34 Jahre mit 75,2 % (88) als tendenziell wütender auf „politische Eliten“, die von der Corona-Pandemie finanziell profitieren. Die Zustimmung liegt um 5,3 % über dem Durchschnittswert aller Befragten (70,1 % [302]). Gleichzeitig äußern sich die Befragten bis 34 Jahre auch gegenüber Teilnehmenden von Demonstrationen gegen die Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie wütender. Mit 78,6 % (92) liegt hier die Zustimmung um 7,4 % höher als der Durchschnittswert aller Befragten (71,2 % [311]). Obwohl die beiden Aussagen in ihrem Inhalt als durchaus widersprüchlich interpretiert werden können, steht hier die starke Positionierung der bis 34-Jährigen zu dem Gefühl Wut und Kritik an Akteur*innen der Debatte, die die Corona-Pandemie (vermeintlich) für eigene Zwecke nutzen, im Fokus.

Auswertung nach Schul-/ Berufsausbildungsabschluss

Neben einer Analyse nach Alter und Geschlecht interessiert v. a. eine Analyse der coronaspezifischen Aussagen nach Schul- und Ausbildungsabschluss. Dabei ergibt sich hierbei das weiteste Spektrum in den Antworten je nach Schul-/ Berufsausbildungsabschlussgruppe, das je nach Aussage zwischen 6,6 % bis zu 21,2 % liegt. (Vgl. Tabelle 4)

Tabelle 4: Einfluss der Corona-Pandemie nach Schul-/ Berufsausbildungsabschluss

	Trifft zu in % (absolut)			n=Abschluss * Aussage; keine Angabe
	niedrig	mittel	hoch	
Ich Sorge mich, dass sich meine finanzielle Situation durch die Corona-Pandemie verschlechtert.	53,0 % (44)	41,1 % (69)	32,1 % (59)	435; 6
Ich habe große Hoffnung, dass wir die Corona-Pandemie als Gesellschaft bewältigen werden.	59,0 % (49)	66,7 % (112)	78,1 % (143)	434; 7
Ich schäme mich für Menschen, die die gesundheitlichen Gefahren der Corona-Pandemie verharmlosen.	67,5 % (56)	79,2 % (133)	75,6 % (136)	431; 10
Wenn ich an die Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie denke, werde ich wütend auf die Politiker.	53,0 % (44)	43,4 % (72)	35,3 % (65)	433; 8
Wenn ich an die Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie denke, fühle ich mich im Stich gelassen.	53,0 % (44)	40,1 % (67)	31,9 % (58)	432; 9
Wenn ich an die Demonstrationen gegen die Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie denke, werde ich wütend.	67,5 % (56)	74,1 % (123)	70,1 % (129)	433; 8
Wenn ich daran denke, dass politische Eliten finanziellen Profit aus der Corona-Pandemie ziehen, werde ich wütend.	84,3 % (70)	66,5 % (109)	66,1 % (119)	427; 14
Ich habe Sorge, dass aufgrund der Corona-Pandemie Grundrechte noch weiter eingeschränkt werden.	55,4 % (46)	47,6 % (80)	40,0 % (74)	436; 5

Es sticht heraus, dass sich vor allem Befragte mit niedrigem Schul- und Ausbildungsabschluss mit 53,0 % (44) Zustimmung im Vergleich zu den Menschen mit mittlerem (41,4 % [69]) und hohem Abschluss (32,1 % [59]) am stärksten um ihre finanzielle Situation sorgen. Hierbei beträgt der Unterschied der Zustimmung nach Abschlussgruppe 21,2 %. Auch die Aussage des Sich-Im-Stich-Gelassen-Fühlens in Anbetracht der Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie bestätigen 53,0 % (44) Befragte mit niedrigem Schul-/ Ausbildungsabschluss. Mit 31,9 % (58) Zustimmung fühlen sich Befragte mit hohem Abschluss am wenigsten im Stich gelassen. Personen mit mittlerem Bildungsabschluss bestätigen diese Aussage mit 40,1 % (67) und somit nur leicht über dem Durchschnitt von 39,5 % (172) aller Befragten. Hier ist zu betonen, dass zum einen bei Aussagen zur persönlichen Betroffenheit durch die Corona-Pandemie und verabschiedeten Maßnahmen mehr als die Hälfte aller Befragten mit niedrigem Bildungsabschluss sich besorgt und enttäuscht äußern. Zum anderen zeigt sich in den Unterschieden in der Zustimmung von jeweils über 20 % zwischen der Gruppe mit niedrigem und der Gruppe mit hohem Abschluss der starke Einfluss des Schul-/ Ausbildungsabschlusses in Bezug auf existenzielle Sorgen oder Zuversicht in Krisensituationen.

In Anbetracht der Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie äußern sich Befragte mit niedrigem Abschluss mit 53,0 % (44) wütender auf Politiker*innen als

Befragte mit mittlerem (43,4 % [72]) oder hohem Abschluss (35,3 % [65]). Auch hierbei ist die Diskrepanz in der Zustimmung je nach Bildungsabschluss mit 17,5 % als hoch zu beurteilen.

Mit einem Unterschied von 6,6 % fällt die Zustimmung zur Wut bezüglich der Demonstrationen gegen die Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie am ähnlichsten aus. Hierbei stimmen Befragte mit mittlerem Abschluss mit 74,1 % (129) am meisten zu, Befragte mit niedrigem Abschluss mit 67,5 % (65) am wenigsten. Die Zustimmung von Menschen mit hohem Abschluss beträgt 70,1 % (129).

Insgesamt lässt sich festhalten, dass bei den Antworten zum Einfluss der Corona-Pandemie auf das persönliche Leben und die Haltung zu Akteur*innen in der Debatte um die Eindämmung der Corona-Pandemie weniger Geschlecht als Alter und Bildungsabschluss eine Rolle spielen. Gerade die jüngeren Befragten und diejenigen mit niedrigem Schul-/ Berufsausbildungsabschluss sehen sich sowohl in ihrem Alltag mit Schwierigkeiten konfrontiert als auch in dieser herausfordernden Situation ungenügend mitgedacht. Wie existenziell diese Sorgen in einigen Fällen sind, zeigen einzelne Kommentare von selbstständigen Befragten im Folgenden auf.

„Ich bin.Soloselbstständig in der Kulturszene und derzeit wurde ein Berufsverbot von der Politik auferlegt. Seit März 2020 ohne geld.“¹ (weiblich, 35-64 Jahre)

„Ich war selbstständig, Kind im 1.Lockdown zur Welt gebracht und die Hoffnung meine Selbstständige Tätigkeit nach der Elternzeit wieder aufnehmen hat Corona vorerst auf Eis gelegt. Finanziell bin ich dank Corona nun auch ruiniert.“ (weiblich, bis 34 Jahre)

Die geäußerte Kritik an der Rolle von Politiker*innen bezüglich der Corona-Pandemie wird in der Möglichkeit zum Kommentar von einigen Befragten aufgegriffen und anhand von Beispielen konkretisiert. So bringen einzelne Befragte ihren Frust zum einem über das verhaltene Agieren einzelner Politiker*innen² oder zeitlich verschleppter Anpassung der benötigten Infrastruktur zum Ausdruck. Dies wird als „politische[s] Nichthandeln“ bezeichnet und mit Bezügen zu Gesundheitsorganisation und öffentlicher Verwaltung begründet

„[...] z. B. Fehlender Aufbau, Modernisierung und Erhöhung der Leistungsfähigkeit der Gesundheitsämter/ Krankenhäuser über den Sommer 2020 [...]“ (männlich, 35-64 Jahre),

„keine qualifizierten Ärzte. Keine gute Unterstützung für Behinderte und pflegende Menschen“ (weiblich, bis 34 Jahre).

Zum anderen wird Unzufriedenheit mit ergriffenen Maßnahmen geäußert, die als fernab von Lebensrealitäten (z. B. der von Familien) eingestuft werden.

„[...] Wo soll bitteschön eine Familie aus einem DDR-Block hin, wenn die KINDERspielplätze GESPERRT sind. WARUM ist der Zoo in Halle zu??? Termin mit Handy buchen, Besucherzahlen begrenzen, Eintrittspreis 1 Euro DAS wäre was!!!“ (männlich, 35-64 Jahre)

¹ Die Kommentare sind hier und im Folgenden im Wortlaut wiedergegeben und somit nicht grammatikalisch und in der Rechtschreibung korrigiert. Der Übersicht halber wurde auf die Kommentierung mit [sic] verzichtet.

² „Unser Landrat sollte wie unsere Landesregierung eher auf Gefahren wie in der Corona Pandemie reagieren. Das Thema wurde lange Verharmlost [...]“. (weiblich, 35-64 Jahre)

An dieser Stelle sei nochmals betont, dass die Befragung am 12.02.2021 endete. Mit der Verlängerung des bundesweiten Lockdowns um weitere Wochen ist eine weitere Erhebung bezüglich der Haltung zur Corona-Pandemie und den ergriffenen Maßnahmen ratsam.

4.2 Braunkohle und Strukturwandel

Der Burgenlandkreis gehört zum sogenannten Mitteldeutschen Braunkohlerevier, einer Montanregion, deren Gebiet sich zwischen Sachsen-Anhalt, dem Nordwesten Sachsens und Ostthüringen erstreckt. Demnach ist nicht nur die hiesige Kulturlandschaft stark vom jahrzehntelangen Abbau von Rohbraunkohle und Umsiedlungen um den Großtagebau Profen geprägt, sondern auch der lokale Wirtschaftssektor um den Energieträger Kohle historisch gewachsen und für die Region charakteristisch. So ist die Mitteldeutsche Braunkohlengesellschaft mbH (MIBRAG) mit Sitz in Zeitz, die u. a. den Tagebau Profen und die Industriekraftwerke Deuben und Wühlitz (Hohemölsen) unterhält, mit über 3000 Mitarbeitenden nicht nur die größte Arbeitgeberin im Burgenlandkreis (MIBRAG 2015), sondern auch wichtiger Ausbildungsbetrieb.

Spätestens mit der Einigung auf das 2-Grad-Ziel während der UN-Klimakonferenz in Paris (COP21) im Dezember 2015 und dem im November 2016 verabschiedeten Klimaschutzplan 2050 der Bundesregierung gilt es, bis zum Jahr 2038 Kohle als Energieträger zur Verstromung komplett durch erneuerbare Energieträger zu substituieren. Die politische Forderung nach einem sukzessiven Strukturwandel für den Burgenlandkreis, und zwar soziokulturell, wirtschaftlich und ökologisch verträglich, besteht seither.

Folglich lässt sich schwerlich über Zukunftsperspektiven im Burgenlandkreis diskutieren, ohne den großen Einflussfaktor Strukturwandel um die Braunkohle zu thematisieren. Deswegen widmet sich ein eigener Frageblock der Umfrage dieser aktuellen Debatte.

Auffällig an diesem Fragenblock Braunkohle und Strukturwandel ist die durchweg hohe Zustimmung der Befragten zu allen Aussagen. Die nachfolgende Tabelle listet die Aussagen nach Höhe der Zustimmung aller Befragten.

Tabelle 5: Braunkohle und Strukturwandel

Braunkohle und Strukturwandel: Zustimmung aller Befragten		
	Stimme zu in % (absolut)	n; keine Angabe
Mit den Bundesgeldern sollten alternative Arbeitsplätze geschaffen und Umschulungen gefördert werden.	93,4 % (409)	438; 3
Bürgerinnen und Bürger sollten in die Entscheidung einbezogen werden, wofür die Fördermittel des Bundes ausgegeben werden.	89,5 % (391)	437; 4
Ich habe Sorge, dass die Fördermittel des Bundes nicht in den Kommunen ankommen, die direkt vom Kohleausstieg betroffen sind.	82,6 % (360)	439; 2
Mit den Bundesgeldern sollte der Nahverkehr weiter ausgebaut werden (z.B. eine bessere Anbindung an Städte wie Halle und Leipzig).	81,8 % (359)	437; 4

Mit den Bundesgeldern sollten touristische Regionen des Burgenlandkreises gestärkt werden.	71,2 % (311)	437; 4
--------------------------------------------------------------------------------------------	--------------	--------

Mit 93,4 % (409) erfährt besonders die Aussage zur Verwendung von Bundesgeldern zur Schaffung von alternativen Arbeitsplätzen hohe Zustimmung³ [n=438; keine Angabe 3]. (Vgl. Tabelle 5) Hier sehen die Teilnehmenden einen erhöhten politischen Handlungsbedarf, um einen verträglichen Strukturwandel finanziell zu unterstützen. Gerade in Verbindung mit der hohen Zustimmung, dass 82,6 % (360) aller Teilnehmenden Sorge tragen, dass die Fördermittel des Bundes nicht an notwendiger Stelle in den Kommunen eingesetzt werden [n=439; keine Angabe 2], ist dies beachtenswert.

Auswertung nach Geschlecht

Männer und Frauen stimmen den Aussagen größtenteils ähnlich hoch zu. Der Aussage zu Beteiligung der Bürger*innen an Entscheidungen, wofür die Fördermittel des Bundes ausgegeben werden sollten, stimmen 92,0 % (196) aller befragten Männer und 86,5 % (186) aller befragten Frauen zu. (Vgl. Tabelle 6) Mit einem Unterschied von 5,5 % fordern Männer stärker die Partizipation von Bürger*innen in politischen Entscheidungsprozessen ein als Frauen. Wenn es um Zukunftsperspektiven und alternative wirtschaftliche Handlungsfelder im Burgenlandkreis geht, stimmen 75,5 % (163) aller Frauen zu, dass mit den Fördergeldern des Bundes die touristischen Regionen des Burgenlandkreises gestärkt werden sollten. Männer stimmen dem weniger zu (66,5 % aller befragten Männer [141]). Mit diesem recht hohen Unterschied von 9,0 % sehen Frauen im Tourismus bzw. der touristischen Vermarktung des Burgenlandkreises ein höheres Potenzial als Männer.

Tabelle 6: Braunkohle und Abschluss nach Geschlecht

Braunkohle und Strukturwandel: Zustimmung nach Geschlecht			
	Stimme zu in % (absolut)		n=Geschlecht * Aussage; keine Angabe+divers ^a
	Männlich	Weiblich	
Bürgerinnen und Bürger sollten in die Entscheidung einbezogen werden, wofür die Fördermittel des Bundes ausgegeben werden.	92,0 % (196)	86,5 % (186)	432; 9
Ich habe Sorge, dass die Fördermittel des Bundes nicht in den Kommunen ankommen, die direkt vom Kohleausstieg betroffen sind.	84,0 % (179)	81,8 % (175)	431; 10
Mit den Bundesgeldern sollte der Nahverkehr weiter ausgebaut werden (z.B. eine bessere Anbindung an Städte wie Halle und Leipzig).	83,6 % (178)	80,2 % (174)	434; 7
Mit den Bundesgeldern sollten touristische Regionen des Burgenlandkreises gestärkt werden.	66,5 % (141)	75,5 % (163)	432; 9
Mit den Bundesgeldern sollten alternative Arbeitsplätze geschaffen und Umschulungen gefördert werden.	93,0 % (198)	93,5 % (202)	433; 8

^aDa die Gruppe diverser Personen zur Auswertung zu klein ist, werden sie an dieser Stelle nicht zu n gerechnet

³ „Wir brauchen mehr Arbeitsplätze.“ (weiblich, 35-65 Jahre)

Auswertung nach Altersgruppe

Nach Altersgruppen betrachtet fällt die Zustimmung zu Aussagen zu Braunkohle und Strukturwandel ähnlich hoch aus. Interessant ist hierbei die starke Zustimmung von Befragten ab 65 Jahren. So äußern beispielsweise 100 % (43) aller Befragten ab 65 Jahre, dass Bürger*innen in die Entscheidung einbezogen werden sollten, wofür die Fördermittel des Bundes ausgegeben werden. (Vgl. Tabelle 7) Dass der Bund die Verantwortung der Finanzierung von alternativen Arbeitsplätzen und Umschulungen trägt, bestätigen 97,7 % (42) aller Befragten ab 65 Jahre und 95,7 % (111) aller Befragten bis 34 Jahre und betonen somit auch die Arbeitsperspektive in der Strukturwandel-Debatte überdurchschnittlich stark. Die Aussage, die den größten Unterschied in der Zustimmung nach Altersgruppen aufweist, ist die der infrastrukturellen Anbindung des Burgenlandkreises. Während 93,0 % (40) der Befragten ab 65 Jahre den Ausbau des regionalen Nahverkehrs, finanziert durch Bundesgelder, befürworten, ist dies für die Befragten bis 34 Jahre mit 77,8 % (91) weniger relevant. Mit 82,3 % (228) aller Befragten zwischen 35 und 64 Jahren stimmt diese Altersgruppe leicht überdurchschnittlich der Aussage zu (81,8 % [359] Zustimmung aller Befragten). Weil vor allem Menschen ab 65 Jahre den einzelnen Aussagen so stark zustimmen, lässt sich ableiten, dass der eingeleitete Strukturwandel weg von der Braunkohle diese Altersgruppe tendenziell mehr inhaltlich beschäftigt als andere, obwohl sie diese zumindest in Bezug auf Arbeit weniger aktiv betrifft. Dabei zeigt die hohe Zustimmung der Befragten ab 65 Jahren, dass es im Burgenlandkreis bezüglich Infrastruktur und wirtschaftlicher Zukunftsperspektiven Veränderung braucht, deren Finanzierung auch in der Verantwortung des Bundes liegt.

Tabelle 7: Braunkohle und Strukturwandel nach Alter

Braunkohle und Strukturwandel: Zustimmung nach Alter				
	Stimme zu in % (absolut)			n=Alter * Aussage; keine Angabe
	Bis 34 Jahre	35-64 Jahre	Ab 65 Jahre	
Bürgerinnen und Bürger sollten in die Entscheidung einbezogen werden, wofür die Fördermittel des Bundes ausgegeben werden.	88,9% (104)	88,0% (242)	100,0 % (43)	435; 6
Ich habe Sorge, dass die Fördermittel des Bundes nicht in den Kommunen ankommen, die direkt vom Kohleausstieg betroffen sind.	88,0% (103)	78,9% (217)	90,7% (39)	435; 6
Mit den Bundesgeldern sollte der Nahverkehr weiter ausgebaut werden (z.B. eine bessere Anbindung an Städte wie Halle und Leipzig).	77,8% (91)	82,3% (228)	93,0% (40)	437; 4
Mit den Bundesgeldern sollten touristische Regionen des Burgenlandkreises gestärkt werden.	75,2% (88)	69,1% (190)	72,1% (31)	435; 6
Mit den Bundesgeldern sollten alternative Arbeitsplätze geschaffen und Umschulungen gefördert werden.	95,7% (111)	91,7% (254)	97,7% (42)	436; 5

Auswertung nach Schul-/ Berufsausbildungsabschluss

Wird in der Analyse der Aussagen der Schul-/ und Berufsausbildungsabschluss herangezogen, so fällt auf, dass die Befragten mit niedrigem Abschluss den Aussagen tendenziell stärker zustimmen. Sie befürworten, dass die Bundesgelder in einen verbesserten Nahverkehr investiert werden sollen zu 88,0 % (73), die Stärkung der touristischen Regionen mit 75,9 % (63) und die Schaffung von alternativen Arbeitsplätzen und Umschulungen mit 96,4 % (80). (Vgl. Tabelle 8) Die Aussage mit dem höchsten Unterschied in der Zustimmung nach Schul-/ Ausbildungsabschluss ist die Sorge, dass die Fördermittel des Bundes nicht in den Kommunen ankommen, die direkt vom Kohleausstieg betroffen sind. Dem stimmen 94,0 % (78) aller Befragten mit niedrigem, 81,3 % (135) aller Befragten mit mittlerem und 78,1 % (143) aller Befragten mit hohem Schul-/ Ausbildungsabschluss zu. Die Befragten mit niedrigem Schul-/ Berufsausbildungsabschluss sind demnach besorgter.

Tabelle 8: Braunkohle und Strukturwandel nach Schul-/ und Berufsausbildungsabschluss

	Stimme zu in % (absolut)			n=Abschluss* Aussage; keine Angabe
	niedrig	mittel	hoch	
Bürgerinnen und Bürger sollten in die Entscheidung einbezogen werden, wofür die Fördermittel des Bundes ausgegeben werden.	91,6% (76)	91,6% (152)	86,4% (159)	433; 8
Ich habe Sorge, dass die Fördermittel des Bundes nicht in den Kommunen ankommen, die direkt vom Kohleausstieg betroffen sind.	94,0% (78)	81,3% (135)	78,1% (143)	432; 9
Mit den Bundesgeldern sollte der Nahverkehr weiter ausgebaut werden (z.B. eine bessere Anbindung an Städte wie Halle und Leipzig).	88,0% (73)	79,6% (133)	81,1% (150)	435; 6
Mit den Bundesgeldern sollten touristische Regionen des Burgenlandkreises gestärkt werden.	75,9% (63)	66,9% (111)	72,8% (134)	433; 8
Mit den Bundesgeldern sollten alternative Arbeitsplätze geschaffen und Umschulungen gefördert werden.	96,4% (80)	92,2% (154)	92,9% (171)	434; 7

Im Folgenden werden vereinzelte Aussagen zu Arbeit und Ausbildung im Burgenlandkreis betrachtet. (Vgl. Tabelle 9) Im Fokus der Analyse stehen Befragte im Alter bis 34 und mit niedrigem Schul-/ Berufsausbildungsabschlusses, da diese Gruppen sich jeweils besorgter äußern, als auch noch länger von den wirtschaftlichen Perspektiven des Burgenlandkreises betroffen sind. Problematisch bei dieser Betrachtung ist die relativ geringe Schnittmenge von jungen Menschen mit niedrigem Bildungsabschluss.

Tabelle 9: Arbeits- und ausbildungsbezogenen Aussagen: Zustimmung von 34-Jährigen mit niedrigem Schul-/ Berufsausbildungsabschluss

Fokus Arbeit und Ausbildung: Zustimmung von bis 34-Jährigen mit und niedrigem Schul-/ Berufsausbildungsabschluss				
	Zustimmung aller bis 34-Jährigen mit niedrigem Abschluss in % (absolut)	n; keine Angabe	Zustimmung aller Befragten in % (absolute Zahl)	n; keine Angabe
Mit den Bundesgeldern sollten alternative Arbeitsplätze geschaffen und Umschulungen gefördert werden.	96,7 % (29)	30; 0	93,4 % (409)	438; 3
Ich bin mit meinem im Burgenlandkreis zufrieden mit meiner Arbeitssituation/ Ausbildungssituation.	75,9 % (22)	29; 1	82,7 % (349)	422; 19
Ich Sorge mich, dass sich meine finanzielle Situation durch die Corona-Pandemie verschlechtert.	66,7 % (20)	30; 0	40,1 % (176)	439; 2
Wenn ich an die Zukunft denke, mache ich mir Sorgen über Arbeitslosigkeit.	66,7 % (20)	30; 0	46,7 % (204)	437, 4

Im Vergleich zu den Antworten aller Befragten zeigen sich die bis 34-Jährigen mit niedrigem Abschluss durchschnittlich besorgter in Bezug auf Arbeitslosigkeit und ihre finanzielle Situation - gerade in Bezug zur aktuellen Corona-Pandemie. Ebenso sind sie weniger zufrieden mit ihrer persönlichen Arbeits- bzw. Ausbildungssituation und stimmen in höherem Maß Investitionen des Bundes in alternative Arbeitsplätze und Umschulungen zu. Wie oben erwähnt, ist hierbei die Größe der Gruppe zu beachten. Allerdings ergibt diese erste Analyse einen interessanten Einblick in etwaige Handlungsbedarfe. Hier wäre eine weiterführende Befragung mit Fokus auf die Zielgruppe vielversprechend.

4.3 Demokratische Einstellungen

Im Folgenden werden die Angaben der Befragten im Hinblick auf Einstellungen zu Demokratie als System und in der konkreten politischen Umsetzung ausgewertet. Dabei werden auch Elemente Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit beleuchtet.

4.3.1 Politikinteresse und -zufriedenheit

Grundsätzlich gibt ein Großteil der Befragten an, sich für Politik zu interessieren und sich über das politische Geschehen zu informieren. Dabei steht die Bundespolitik mit 93,0 % (409) etwas stärker im Fokus als weltweite und Landkreispolitik mit ca. 84 %. Den regelmäßigen Austausch mit Freund*innen und Bekannten zu politischen Themen pflegen jedoch weniger als drei Viertel der Befragten. (Vgl. Tabelle 10) 18,3 % (80)

fehlt zudem das Wissen darüber, wo sie sich über politische Entscheidungen im Burgenlandkreis informieren können.

Tabelle 10: Politikinteresse

Politikinteresse: Zustimmung aller Befragten			
	Stimme zu in % (absolut)	Stimme nicht zu in % (absolut)	n; keine Angabe
Ich interessiere mich für Politik.	84,1 % (370)	15,9 % (70)	440; 1
Ich spreche mit Freunden und Bekannten mehrmals pro Woche über Politik.	68,8 % (302)	31,2 % (137)	439; 2
Ich informiere mich über das politische Geschehen weltweit.	84,1 % (369)	15,9 % (70)	439; 2
Ich informiere mich über das politische Geschehen in Deutschland.	93,0 % (409)	7,0 % (31)	440; 1
Ich informiere mich über das politische Geschehen im Burgenlandkreis.	84,3 % (371)	15,7 % (69)	440; 1
Ich weiß, wo ich mich über politische Entscheidungen im Burgenlandkreis informieren kann.	81,7 % (358)	18,3 % (80)	438; 3

94,5 % (413) der Befragten stimmen eher oder voll und ganz zu, dass Demokratie die beste Staatsform für Deutschland sei. Die Legitimität des politischen Systems (Vgl. Kapitel 2.3 in diesem Falle der Demokratie, wird also von nahezu allen Teilnehmer*innen der Studie anerkannt. Die Performanzbewertung, d. h. die Einschätzung der tatsächlichen Ausführung durch Amtsträger*innen (Vgl. ebd.), erfährt hingegen deutlich weniger Zuspruch: Nur etwas mehr als die Hälfte der Befragten sind mit politischen Entscheidungen auf Bundes-, Landes- und Landkreisebene zufrieden. Entscheidungen auf kommunaler Ebene erhalten mit 62,1 % (270) den höchsten Zustimmungswert. (Vgl. Tabelle 11)

„Ich habe beruflich [...] permanent mit Berufspolitikern aber auch ehrenamtlichen Kommunalvertretern auf allen Ebenen [...] zu tun. Die Erfahrung zeigt, dass diese und die von Ihnen beschäftigten Mitarbeiter überwiegend nicht kritikfähig, geschweige denn fähig sind, Fehler zu beseitigen. Vielmehr sehe ich [...] eine Mentalität des Versteckens, Verschweigens und nur nicht öffentlich werden lassen von Fehlentscheidungen.“
(männlich, 35-64 J.)

Tabelle 11: Demokratiezufriedenheit

Demokratiezufriedenheit: Zustimmung aller Befragten		
	Stimme zu in % (absolut)	n; keine Angabe
Ich halte Demokratie für die beste Staatsform für Deutschland.	94,5 % (413)	437; 4
Ich bin mit politischen Entscheidungen auf der Bundesebene zufrieden.	58,1 % (255)	439; 2
Ich bin mit politischen Entscheidungen auf der Landesebene zufrieden.	54,9 % (240)	437; 4

Ich bin mit politischen Entscheidungen auf der Landkreisebene zufrieden.	58,4 % (251)	430; 11
Ich bin mit politischen Entscheidungen auf der kommunalen Ebene (Stadt, Gemeinde) zufrieden.	62,1 % (270)	435; 6

Über 60 % der Befragten sind zudem der Meinung, dass sich Politiker*innen mehr Rechte herausnehmen als normale Bürger*innen. Gut zwei Drittel stimmen zu, dass letztendlich die Wirtschaft und nicht die Politik in Deutschland entscheide. (Vgl. Tabelle 12)

Tabelle 12: Politikzufriedenheit

Politikzufriedenheit: Zustimmung aller Befragten		
	Stimme zu in % (absolut)	n; keine Angabe
Politiker nehmen sich mehr Rechte heraus als normale Bürger.	61,0 % (267)	438; 3
Letztendlich entscheidet die Wirtschaft in unserem Land und nicht die Politik.	67,5 % (295)	437; 4

Auswertung nach Geschlecht

Der Vergleich nach Geschlecht ergibt, dass Männer weniger zufrieden mit politischen Entscheidungen sind als Frauen. Am größten ist die Differenz in Bezug auf die Zufriedenheiten mit politischen Entscheidungen auf Landkreisebene (m: 51,4 % [108]; w: 65,9 % [139]): Hier äußern sich Frauen als tendenziell zufriedener mit politischen Entscheidungen auf Landkreisebene als auf Bundesebene. Bei Männern verhält es sich gegenteilig.

Tabelle 13: Demokratiezufriedenheit nach Geschlecht

Demokratiezufriedenheit: Zustimmung aller Geschlecht			
	Stimme zu in % (absolut)		n=Geschlecht * Aussage; keine Angabe+divers ^a
	Männlich	Weiblich	
Ich halte Demokratie für die beste Staatsform für Deutschland.	92,9 % (197)	96,8 % (209)	428; 13
Ich bin mit politischen Entscheidungen auf der Bundesebene zufrieden.	54,7 % (117)	62,0 % (134)	430; 11
Ich bin mit politischen Entscheidungen auf der Landkreisebene zufrieden.	51,4 % (108)	65,9 % (139)	421; 20

^aDa die Gruppe diverser Personen zur Auswertung zu klein ist, werden sie an dieser Stelle nicht zu n gerechnet.

Auswertung nach Schul-/ Berufsausbildungsabschluss

Vergleicht man die Performanzbewertung nach Abschlüssen, herrscht in der Gruppe mit niedrigem Abschluss deutlich größere Unzufriedenheit als bei denjenigen mit

mittlerem und hohem Abschluss. Die Einschätzung politischer Entscheidungen auf Landesebene unterscheidet sich am stärksten: Lediglich 36,1 % (30) mit niedrigem Abschluss sind mit diesen zufrieden, während 57,5 % (96) mit mittlerem und 61,7 % (113) mit hohem Abschluss angeben, zufrieden zu sein. (Vgl. Tabelle 14)

Tabelle 14: Demokratiezufriedenheit nach Schul-/ und Berufsausbildungsabschluss

Demokratiezufriedenheit: Zustimmung aller Schul- und Berufsausbildungsabschluss				
	Stimme zu in % (absolut)			n=Aussage * Abschluss; keine Angabe
	niedrig	mittel	hoch	
Ich halte Demokratie für die beste Staatsform für Deutschland.	86,6 % (71)	94,6 % (158)	97,8 % (180)	433; 8
Ich bin mit politischen Entscheidungen auf der Bundesebene zufrieden.	41,0 % (34)	58,3 % (98)	66,3 % (122)	435; 6
Ich bin mit politischen Entscheidungen auf der Landesebene zufrieden.	36,1 % (30)	57,5 % (96)	61,7 % (113)	433; 8

Auch ist in der Gruppe mit niedrigem Abschluss die Überzeugung häufiger vorhanden, dass sich Politiker*innen mehr Rechte herausnehmen als normale Bürger (niedrig: 78,3 % [65]; mittel: 60,5 % [101]; hoch: 52,7 % [97]).

Auswertung nach Alter

Die Korrelation der hier ausgewerteten Items mit Altersgruppen zeigt hingegen nur geringfügige Unterschiede.

4.3.2 Demokratieverständnis

Die in Tabelle 15 gelisteten Items beziehen sich auf Erwartungen an den Staat und seine ausführenden Organe sowie auf die Beteiligung an demokratischen Prozessen. Während nur ungefähr ein Drittel der Befragten der Ansicht ist, dass es führende Köpfe brauche, „die uns genau sagen können, was wir tun sollen und wie“, fordern gut drei Viertel, härter gegen Unruhestifter vorzugehen, um Recht und Ordnung zu bewahren. 89,0 % (387) der Befragten sehen Minderheitenschutz als Aufgabe des Staates und 81,3 % (356) stimmen zu, dass jede*r Einzelne in einem demokratischen Staat mitbestimmen können sollte.

„Die Mitbestimmung der Bevölkerung ist nach den Wahlen außen vor. Teilweise ist das Gefühl stark, nichts anderes zu tun, als einmal wählen. Dann interessiert die Meinung zu speziellen Themengebieten die Politiker nicht mehr.“ (weiblich, 16-34 J.)

57,3 % (248) der Befragten sind der Meinung, dass „wir [...] endlich wieder Mut zu einem starken Nationalgefühl haben“ sollten.

Tabelle 15: Demokratieverständnis

Demokratieverständnis: Zustimmung aller Befragten		
	Stimme zu in % (absolut)	n; keine Angabe
Um Recht und Ordnung zu bewahren, sollte man härter gegen Unruhestifter vorgehen.	78, 4 % (338)	431; 10
Ein Staat hat die Aufgabe, gesellschaftliche Minderheiten gesetzlich zu schützen.	89, 0 % (387)	435; 6
In einem demokratischen Staat sollte jeder und jede Einzelne mitbestimmen können.	81, 3 % (356)	438; 3
Wir sollten dankbar sein für führende Köpfe, die uns genau sagen können, was wir tun sollen und wie.	32, 7 % (142)	434; 7
Wir sollten endlich wieder Mut zu einem starken Nationalgefühl haben.	57, 3 % (248)	433; 8

Einstellungen zum Wählen

91,8 % (403) der Befragten stimmen eher oder voll und ganz zu, dass Wählen gehen eine bürgerliche Pflicht sei. Jedoch können es gut ein Drittel nachvollziehen, wenn, angesichts der aktuellen Parteienlandschaft, Menschen nicht zur Wahl gehen. Nur 12,5 % (55) entscheiden spontan, wen sie wählen. Drei Viertel stimmen zu, dass in Deutschland gemeldete Personen wahlberechtigt sein sollten. (Vgl. Tabelle 16) Von den Befragten sind 99,5 % (433) in Deutschland wahlberechtigt.

Tabelle 16: Wählen

Wählen: Zustimmung aller Befragten		
	Stimme zu in % (absolut)	n; keine Angabe
Wählen zu gehen ist eine bürgerliche Pflicht.	91,8 % (403)	439; 2
Wer in Deutschland gemeldet ist, soll auch in Deutschland wählen dürfen.	76,6 % (334)	436; 5
Bei der Parteienlandschaft kann ich es verstehen, wenn Menschen grundsätzlich nicht wählen gehen.	38,2 % (167)	437; 4
Wen oder welche Partei ich wähle, entscheide ich spontan.	12,5 % (55)	440; 1

Auswertung nach Alter

In der Auswertung nach Altersgruppen zeigen sich häufig die größten Unterschiede zwischen der Gruppe der bis 34-Jährigen und der ab 65-Jährigen. So liegt die Zustimmung zu härterem Vorgehen gegen Unruhestifter knapp 10 % höher in der Gruppe der ab 65-Jährigen, während der Wunsch nach führenden Köpfen in der Gruppe der unter 34-Jährigen etwa 10 % mehr Zuspruch erhält. (Vgl. Tabelle 17) Jedoch ist grundsätzlich zu bedenken, dass die Gruppe der ab 65-Jährigen absolut kleiner ist und daher einzelne Stimmen stärker ins Gewicht fallen. Hier bietet es sich

an, über eine qualitative Befragung diese unterschiedliche Zustimmung zu Autorität zwischen den Generationen näher zu ergründen. Inwieweit dies mit persönlichen Erfahrungen zu autoritären Herrschaftsformen, wie beispielweise dem politischen System der DDR oder eben gerade mangels der persönlichen Erfahrungen mit Autoritarismus zusammenhängt, ergäbe eine interessante Untersuchung.

Tabelle 17: Demokratieverständnis nach Alter

Demokratieverständnis: Zustimmung nach Alter				
	Stimme zu in % (absolut)			n=Alter * Aussage; keine Angabe
	bis 34	35-64	ab 65	
Um Recht und Ordnung zu bewahren, sollte man härter gegen Unruhestifter vorgehen.	74,1 % (86)	79,8 % (217)	83,3 % (35)	430; 11
Ein Staat hat die Aufgabe, gesellschaftliche Minderheiten gesetzlich zu schützen.	94,0 % (109)	87,6 % (240)	83,7 % (36)	433; 8
Wir sollten dankbar sein für führende Köpfe, die uns genau sagen können, was wir tun sollen und wie.	37,4 % (43)	31,8 % (87)	27,9 % (12)	432; 9

Auswertung nach Schul-/ Berufsausbildungsabschlüssen

Im Vergleich nach Abschlüssen erfährt das Mitbestimmungsrecht für jede*n Einzelne*n in der Gruppe mit niedrigem Abschluss mit 90,4 % (75) deutlich mehr Zuspruch als in den Gruppen mit mittlerem (77,8 % [130]) und hohem Abschluss (79,9 % [147]). Der Wunsch nach führenden Köpfen ist in jener Gruppe hingegen am niedrigsten, während der Mut zu einem stärkeren Nationalgefühl mehr Zustimmung erhält. (Vgl. Tabelle 18)

Tabelle 18: Demokratieverständnis nach Schul-/ Berufsausbildungsabschluss

Demokratieverständnis: Zustimmung nach Schul-/ Berufsausbildungsabschluss				
	Stimme zu in % (absolut)			n=Abschluss * Aussage; keine Angabe
	niedrig	mittel	hoch	
In einem demokratischen Staat sollte jeder und jede Einzelne mitbestimmen können.	90,4 % (75)	77,8 % (130)	79,9 % (147)	434; 7
Wir sollten dankbar sein für führende Köpfe, die uns genau sagen können, was wir tun sollen und wie.	26,8 % (22)	34,1 % (57)	34,3 % (62)	430; 11
Wir sollten endlich wieder Mut zu einem starken Nationalgefühl haben.	69,9 % (58)	56,1 % (92)	52,7 % (96)	429; 12

Auswertung nach Geschlecht

In Korrelation mit Geschlecht fallen die Unterschiede geringer aus. Die größten Differenzen zeigen sich in Bezug auf Nationalgefühl (stimme zu: m: 59,9 % [127]; w: 53,8 % [114]) und das härtere Vorgehen gegen Unruhestifter (stimme zu: m: 76 % [158]; w: 81,3 % [174]).

Demokratieverständnis und Partizipation

Inwiefern ein Zusammenhang zwischen sozialer oder politischer Partizipation und Einstellungen in Bezug zu Demokratie besteht, lässt sich auf Basis der erhobenen Daten nicht eindeutig beantworten. Dies ist unter anderem dadurch bedingt, dass die Stichprobe überproportional engagiert ist.

Die Zustimmungswerte zu den in 3.3.1 und 3.3.2 ausgewerteten Items unterscheiden sich nur geringfügig zwischen der Gesamtgruppe und der Gruppe derjenigen, die sich an mindestens einer Engagementform beteiligen (Vgl. 7.3 Frage QG04Q002). Gleiches gilt für diejenigen, die an mindestens einer politischen Aktionsform (Frage QG04Q005) teilgenommen haben.

In Korrelation mit der Aussage „Ich trete für meine politischen Überzeugungen aktiv ein“ zeigen sich am deutlichsten Unterschiede bei Nationalgefühl und der Bevorteilung von Politiker*innen: In der Kohorte derjenigen, die angeben, für ihre politischen Überzeugungen aktiv einzutreten, liegt die Zustimmung zu „Politiker nehmen sich mehr Rechte heraus als normale Bürger“ bei 56,1 % (161). Hingegen stimmen unter denjenigen, die nicht aktiv für ihre Überzeugungen eintreten, 70,1 % (103) der Aussage zur Bevorteilung von Politiker*innen zu (n=434; keine Angabe 7). In Bezug auf Mut zu einem stärkeren Nationalgefühl stimmen 49,3 % (139) unter den sich aktiv Einsetzenden und 72,8 % (107) unter den sich nicht Einsetzenden zu (n=429; keine Angabe 12).

4.3.3 Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit

Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (GMF) führt als Ideologie der Ungleichheit zur Abwertung einzelner Gruppen, die nicht als zugehörig zur eigenen Gemeinschaft verstanden werden. GMF kann unter anderem Einstellungen im Bereich Rassismus, ökonomischer Abwertung, Sexismus und Antisemitismus erfassen. Im Folgenden wird lediglich ein kurzer Einblick in diese Themenfelder gegeben.

Im Hinblick auf Einstellungen zu Migrant*innen und Geflüchteten fällt zunächst die Forderung nach Anpassung auf: Der Aussage „Die Migranten/ Zugewanderten müssen sich mehr an die Deutschen anpassen“ stimmen etwa drei Viertel der Befragten zu. Andererseits finden es 72,7 % (317) gut, „wenn Menschen, die nach Deutschland gekommen sind, ihre kulturellen Wurzeln beibehalten“. In der Konzeption des Fragebogens wurden diese zwei Aussagen vom Forschungsteam als inhaltlich konträr eingestuft. Insgesamt stimmen 48,5 % (210) der Befragten sowohl der Aussagen zur erwünschten Anpassung von Migrierten als auch erwünschtem Beibehalten der kulturellen Wurzeln zu [n=433; keine Angabe 8]. Dabei wird nicht ersichtlich, ob sich nahezu jede*r zweite*r Teilnehmende quasi widersprüchlich bezüglich dem gesellschaftlichen Diskussionsthema Integration äußert oder diese Aussagen von den Befragten nicht als widersprüchlich wahrgenommen werden. Eine stärkere Anpassung von Deutschen an Migrierte und Zugewanderte befürwortet knapp ein Fünftel der Befragten, wobei diese Aussage auf Integration als wechselseitigen Prozess zwischen Migrierten und Mehrheitsgesellschaft anspielt.

Tabelle 19: Einstellungen zu Migrant*innen und Geflüchteten

Einstellungen zu Migrant*innen und Geflüchteten: Zustimmung aller Befragten		
	Stimme zu in % (absolut)	n; keine Angabe
Die Migranten/ Zugewanderten müssen sich mehr an die Deutschen anpassen.	74,8 % (326)	436; 5
Ich finde es gut, wenn Menschen, die nach Deutschland gekommen sind, ihre kulturellen Wurzeln beibehalten.	72,7 % (317)	436; 5
Die Deutschen müssen sich mehr an die Migranten/ Zugewanderten anpassen.	19,6 % (86)	438; 3

Knapp drei Viertel der Teilnehmer*innen der Studie sprechen Muslima und Muslimen das Recht auf freie Religionsausübung in Deutschland zu. Gleichzeitig stimmt damit ein Viertel einem im Grundgesetz festgehaltenen Recht eher oder überhaupt nicht zu. (Vgl. Tabelle 20)

72,6 % (315) stimmen zu, dass zu wenig Frauen Führungspositionen innehätten. Außerdem lehnen 90,2 % (394) die Aussage ab, dass Frauen und Mädchen mehr auf ihre Kleidung achten sollten, um ungewollte Anmachen zu umgehen.

65,5 % (282) sind der Meinung, dass die Kommunen sich zu wenig für die Interessen von Menschen mit Behinderung einsetzen. Einen konkreten Wunsch drückt dieser Kommentar aus:

„Ich würde mir wünschen, dass im Burgenlandkreis, speziell in Naumburg, mehr Erleichterungen im Stadtbild geschaffen werden. Z. B. viel mehr abgesenkte Bordsteine.“
(weiblich, 35-64 Jahre)

Tabelle 20: Element Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit

Elemente Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit: Zustimmung aller Befragten		
	Stimme zu in % (absolut)	n; keine Angabe
Es gibt zu wenig Frauen in Führungspositionen.	72,6 % (315)	434; 7
Um ungewollte Anmachen zu umgehen, sollten Frauen und Mädchen mehr auf ihre Kleidung achten.	9,8 % (43)	437; 4
Muslima und Muslime haben Anrecht auf die freie Ausübung ihrer Religion in Deutschland.	73,5 % (322)	438; 3
Die Kommunen setzen sich zu wenig für die Interessen von Menschen mit Behinderung ein.	65,6 % (282)	430; 11

Einstellungen im Bereich Antisemitismus wurden nicht direkt abgefragt. Hier sei nochmals auf 70,1 % (307) Zustimmung zu der Aussage „Wenn ich daran denke, dass politische Eliten finanziellen Profit aus der Corona-Pandemie ziehen, werde ich wütend“ verwiesen. Die Zustimmung lässt sich nicht als grundsätzlich antisemitisch einstufen, jedoch werden Chiffren wie „politische Eliten“ häufig mit einer phantasierten

jüdischen Weltmacht in Verbindung gebracht. „Neben den zahlreichen Verschwörungsmethoden, die offen antisemitisch sind, nutzen viele Verschwörungsideologien Codes, die indirekt antisemitisch sind.“ (Amadeu Antonio Stiftung 2020: 17)

Auswertung nach Alter, Schul-/ und Berufsausbildungsabschluss und Geschlecht

In der Untersuchung der Ergebnisse im Hinblick auf Altersgruppen zeigen sich die größten Unterschiede meist zwischen den bis 34-Jährigen und ab 65-Jährigen. Insgesamt sind Differenzen bei Fragen in den Themenbereichen Zuwanderung und Islam in Korrelation mit Alter und Abschluss zu finden. Tabelle 21 zeigt dies exemplarisch: 80,3 % (94) der bis 34-Jährigen befürworteten freie Religionsausübung, während nur 58,1 % (25) der Befragten ab 65 Jahre dem zustimmen und somit ein bestehendes Grundrecht einer demokratischen Gesellschaft zur Diskussion stellen. 62,7 % (52) der Befragten mit niedrigem und 81,6 % (151) der Befragten mit hohem Abschluss befürworteten die freie Religionsausübung ebenfalls.

Auch stimmen 5,1 % (6) der bis 34-Jährigen zu, dass Frauen und Mädchen mehr auf ihre Kleidung achten sollten, um ungewollte Anmachen zu umgehen, wohingegen 23,3 % (10) der Befragten ab 65 Jahre dem zustimmen.

In Bezug auf Barrierefreiheit fordern 72,0 % (59) der Befragten mit niedrigem Schul- und Berufsausbildungsabschluss mehr Einsatz von den Kommunen, im Unterschied zu 60,6 % (109) der Befragten mit hohem Abschluss. Diese Differenz kann u. a. daran liegen, dass in der Gruppe der Befragten mit niedrigem Abschluss anteilig mehr Menschen mit eigener Betroffenheit von Behindertenfeindlichkeit vertreten sind als in der Gruppe der Befragten mit mittlerem und hohem Abschluss. Grundlegend hierfür ist das Förderschulsystem und die geringe Durchlässigkeit von Schul- und Ausbildungseinrichtungen für Menschen mit Behinderungen oder Erkrankungen.

Tabelle 21: Recht auf Religionsausübung nach Alter und Abschluss

Recht auf Religionsausübung: Zustimmung nach Alter und Abschluss			
		Muslima und Muslime haben Anrecht auf die freie Ausübung ihrer Religion in Deutschland.	n=Merkmal * Aussage; keine Angabe
		Stimme zu in % (absolut)	
Alter	bis 34 Jahre	80,3 % (94)	436; 5
	35-64 Jahre	73,2 % (202)	
	ab 65 Jahre	58,1 % (25)	
Höchster Schul-/ Berufsausbildungsabschluss	niedrig	62,7 % (52)	433; 8
	mittel	69,9 % (116)	
	hoch	81,6 % (151)	

Bei Korrelationen mit den Merkmalen Geschlecht und Wohnortgröße zeigt sich, dass diese deutlich geringeren Einfluss auf Zustimmungen zu GMF haben.

Einstellungen im eigenen Umfeld

Zusätzlich wurde die Zu- und Abnahme von diskriminierenden und gesellschaftspolitischen Einstellungen erfragt. Damit lässt sich einerseits betrachten, inwiefern die Befragten bestimmte kritische Tendenzen wahrnehmen. Andererseits kann so ein Blick darauf geworfen werden, inwiefern eigene Ansichten mit denen des Umfeldes korrespondieren.

Tabelle 22: Veränderung im eigenen Umfeld

Veränderungen im eigenen Umfeld aller Befragten					
Nehmen Sie in Ihrem näheren Umfeld Veränderungen wahr in Bezug auf...	Kommt nicht vor in % (absolut)	Nimmt zu in % (absolut)	Bleibt gleich in % (absolut)	Nimmt ab in % (absolut)	n; keine Angabe
Frust über politische Entscheidungen	0,9 % (4)	85,4 % (375)	11,8 % (52)	1,8 % (8)	439; 2
Zweifel an den Gefahren der Corona-Pandemie	10,2 % (45)	57,7 % (254)	22,7 % (100)	9,3 % (41)	440; 1
Bedrohungen und Hetze im Internet und in sozialen Medien	27,8 % (120)	56,6 % (244)	14,2 % (61)	1,4 % (6)	431; 10
Aggressivität/ Gewalt gegen Menschen, die eine andere Meinung haben	24,4 % (107)	53,9 % (236)	19,9 % (87)	1,8 % (8)	438; 3
Zustimmung zu Verschwörungstheorien	21,5 % (94)	50,1 % (219)	24,3 % (106)	4,1 % (18)	437; 4
Abwertende Sprüche über Schwarze, Zugewanderte und geflüchtete Menschen	12,7 % (56)	43,9 % (193)	35,2 % (155)	8,2 % (36)	440; 1
Akzeptanz von Ausländerfeindlichkeit	14,9 % (65)	42,9 % (187)	32,6 % (142)	9,6 % (42)	436; 5
Abwertung von Erwerbslosen	16,2 % (71)	20,5 % (90)	54,2 % (238)	9,1 % (40)	439; 2
Feindlichkeit gegenüber Schwulen, Lesben und Bisexuellen, Transgender	36,6 % (161)	16,6 % (73)	31,4 % (138)	15,5 % (68)	440; 1
Feindlichkeit gegenüber Juden und dem Staat Israel	45,7 % (200)	16,0 % (70)	31,7 % (139)	6,6 % (29)	438; 3
Soziales Engagement	2,3 % (10)	15,9 % (70)	44,4 % (195)	37,4 % (164)	439; 2
Meine eigenen Diskriminierungserfahrungen	47,2 % (205)	12,9 % (56)	34,3 % (149)	5,5 % (24)	434; 7
Gewalt gegen sich selbst	53,6 % (229)	11,2 % (48)	33,3 % (142)	1,9 % (8)	427; 14

Die am häufigsten als zunehmend im eigenen Umfeld genannte Entwicklung ist mit 85,4 % (375) Frust über politische Entscheidungen. Damit ist sowohl unter den Befragten als auch bei ihnen nahe stehenden Menschen Unzufriedenheit mit realpolitischem Handeln ein bestimmendes Thema (vgl. weiterführend Kapitel 4.5). Mehr als die Hälfte der Befragten nehmen außerdem die Zunahme von Zweifeln an den Gefahren der Corona-Pandemie, Bedrohungen und Hetze im Internet und in sozialen Medien, Aggressivität/ Gewalt gegen Menschen, die eine andere Meinung haben, und Zustimmung zu Verschwörungstheorien wahr.

„Ich lebe sehr gern in der Gemeinde (ORT) im Burgenlandkreis, bemerke aber in meinem Freundeskreis überall Feindlichkeiten gegen Ausländer oder anders Lebende, die auch ständig mehr und lauter werden.“ (weiblich, 35-64 J.)

Soziales Engagement wird von 37,4 % (164) der Befragten und somit am stärksten als abnehmend empfunden.

Darüber hinaus fällt auf, dass 45,7 % (200) der Befragten angeben, Feindlichkeit gegenüber Juden und dem Staat Israel käme in ihrem Umfeld nicht vor. Kommentare wie dieser lassen vermuten, dass israelbezogener Antisemitismus von einzelnen Befragten nicht als Antisemitismus eingeordnet oder erkannt wird:

„Bei Fragen zu Juden und Israel, wünsche ich eine Trennung, ich mag Juden, bzw. habe nichts gegen diese Menschen aber ich bin mit der Politik und der Art und Weise, wie in dem Land mit den Nachbarn umgegangen wird nicht einverstanden. Das muss man sagen können ohne der Unterstellung von Judenhass.“ (männlich, 35-64 J.)

36,6 % (161) der Befragten äußern auch bezüglich der Feindlichkeit gegenüber Schwulen, Lesben, Bisexuellen und Trans*-Personen, dass diese in ihrem Umfeld nicht vorkäme. Diesbezüglich verweist ein Kommentar darauf, dass Minderheitenrechte nicht auf Kosten anderer Minderheiten erkämpft werden sollten. Als Beispiel nennt der Befragte (männlich, 35-64 Jahre), dass das schriftliche Gendern mit Asterisk (*) wie es teilweise in der Online-Umfrage gehandhabt wurde, Menschen mit Lese- und Lernbehinderung nicht mitdenkt und somit ausschließt.

Der Fokus dieses Frageblocks liegt auf der Wahrnehmung der Veränderungen von Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit an sich und nicht auf den möglichen Gründen, die Befragte hinter Veränderungen vermuten. In Anbetracht der anhaltenden Corona-Pandemie wäre zukünftig nachzuholen, wie die Befragten die Corona-Pandemie und den gesellschaftlichen Umgang mit ihr als Einflussfaktor für etwaige Veränderungen von GMF werten. Interessant ist auch, welche konkreten Treiber die Befragten bezüglich Veränderungen von politischen Haltungen in ihrem Umfeld benennen würden.

4.3.4 Zukunftssorgen

Um nicht allein bei dem Ist-Zustand zu verbleiben, wurden mit folgendem Frageblock Sorgen in Bezug auf die Zukunft erfragt. In der Korrelation mit demographischen Merkmalen lässt sich so differenzieren, welche Themen einzelne soziale Gruppen besonders beschäftigen und ängstigen.

Tabelle 23: Zukunftssorgen

Zukunftssorgen: Zustimmung aller Befragten		
Wenn ich an die Zukunft denke, mache ich mir Sorgen über ...	Stimme zu in % (absolut)	n; keine Angabe
abnehmendes Einfühlungsvermögen innerhalb der Gesellschaft.	93,6 % (411)	439; 2
das größere Auseinanderklaffen von Arm und Reich.	89,3 % (392)	439; 2
den Verlust des Zusammenhalts in der Gesellschaft.	89,3 % (391)	438; 3
Altersvorsorge.	84,5 % (370)	438; 3
den Klimawandel.	80,5 % (354)	440; 1
eigene Gesundheit bzw. Gesundheit der Familie.	78,6 % (346)	440; 1
Kriminalität.	75,8 % (332)	338; 3
zunehmende Ausgrenzung von Zugewanderten und geflüchteten Menschen.	60,8 % (267)	439; 2
Arbeitslosigkeit.	46,7 % (204)	437; 4
zunehmende Geschwindigkeit von Digitalisierung.	43,4 % (189)	435; 6
Zuwanderung.	43,4 % (190)	438; 3

Die am häufigsten genannten Sorgen betreffen abnehmendes Einfühlungsvermögen (93,6 % [411]), Auseinanderklaffen von Arm und Reich (89,3 % [392]) und den Verlust des gesellschaftlichen Zusammenhalts (89,3 % [391]).

„Ich wohne 77 Jahre im (ORT) - das Wichtigste an der Demokratie -das Miteinander ist verloren gegangen.“ (männlich, ab 65 Jahre)

Auffallend ist, dass die Fragen zur Zuwanderung erst mit deutlichem Abstand folgen. 60,8 % (267) sorgen sich um die zunehmende Ausgrenzung von Zugewanderten und geflüchteten Menschen, 43,4 % (190) sorgen sich vor Zuwanderung. Die Kreuzung beider Items ergibt, dass 18,3 % (80) aller Befragten beiden Aussagen zustimmen. Die abstrakte „Bedrohung“ durch Zuwanderung scheint durchaus mit der Sorge um individuelle Migrant*innen und Geflüchtete vereinbar zu sein.

Zukunftssorgen nach Alter, Geschlecht und Schul-/ und Berufsausbildungsabschluss

Im Hinblick auf die Zukunft unterscheiden sich die Sorgen um Altersvorsorge und eigene Gesundheit bzw. die der Familie je nach Altersgruppe stark: je höher das Alter, desto geringer die Sorge. (Vgl. Tabelle 24)

Ein weiterer großer Unterschied zeigt sich in Bezug auf die Sorge vor Zuwanderung: 37,6 % (44) der Befragten bis 34 Jahre sorgen sich, während der Frage um die Sorge vor Zuwanderung 43,3 % (120) der Befragten zwischen 35 und 64 Jahre und 59,5 % (25) der Befragten über 65 Jahre zustimmen.

Table 24: Future concerns by age

Future concerns: Approval by age				
When I think about the future, I worry about ...	I agree in % (absolute)			n=Statement*Characteristic; no answer
	up to 34 years	35-64 years	65 years and over	
provision for old age.	90,6 % (106)	83,7 % (231)	72,1 % (31)	436; 5
own health or health of family.	82,9 % (97)	79,1 % (220)	65,1 % (28)	438; 3
immigration.	37,6 % (44)	43,3 % (120)	59,5 % (25)	436; 5

The items shown below show the largest discrepancies by gender. While among women the concerns about climate change, increasing exclusion of immigrants and refugees and health are about 10 % higher, men are more concerned about immigration (m: 48,8 % [104]; w: 37,0 % [80]).

Table 25: Future concerns by gender

Future concerns: Approval by gender			
When I think about the future, I worry about ...	I agree in % (absolute)		n; no answer+divers ^a
	Male	Female	
climate change.	75,2 % (161)	85,7 % (186)	431; 10
increasing exclusion of immigrants and refugees.	56,1 % (120)	66,7 % (144)	430; 11
own health or health of family.	72,9 % (156)	84,3 % (183)	431; 10
immigration.	48,8 % (104)	37,0 % (80)	429; 12

^aAs the group of diverse persons for evaluation is too small, they are not counted towards n at this point.

In the correlation with qualifications, the „education gap“ in the concern about unemployment is reflected: 57,3 % (47) of respondents with low qualifications worry about existential questions like work, while 46,1 % (77) of respondents with medium and 41,8 % (77) of respondents with high qualifications agree with this concern about lack of personal security. Likewise, there is a greater concern about accelerated digitalization among respondents with low qualifications.

Regarding immigration, 59,8 % (49) of respondents with low, 44,0 % (74) of respondents with medium and 35,3 % (65) of respondents with high qualifications are concerned. (See Table 26)

Tabelle 26: Zukunftssorgen nach Schul-/ Berufsausbildungsabschluss

Zukunftssorgen: Zustimmung nach Schul-/ Berufsausbildungsabschluss				
Wenn ich an die Zukunft denke, mache ich mir Sorgen über ...	Stimme zu in % (absolut)			n; keine Angabe
	niedrig	mittel	hoch	
Arbeitslosigkeit.	57,3 % (47)	46,1 % (77)	41,8 % (77)	433; 8
Kriminalität.	87,7 % (71)	76,2 % (128)	70,8 % (131)	434; 7
Zuwanderung.	59,8 % (49)	44,0 % (74)	35,3 % (65)	434; 7
zunehmende Geschwindigkeit von Digitalisierung.	54,2 % (45)	44,6 % (74)	37,9 % (69)	431; 10

Auf Basis der in 3.3 erörterten Befunde lässt sich zusammenfassen, dass die Befragten grundsätzlich politisch interessiert und informiert sind. Sie befürworten Demokratie als politisches System in Deutschland. Gleichsam herrscht Misstrauen gegenüber Politiker*innen, dass sich etwa in der Annahme ausdrückt, diese nähmen sich mehr heraus als normale Bürger*innen, die von knapp zwei Dritteln geteilt wird. Auch ist nur gut die Hälfte der Teilnehmenden mit politischen Entscheidungen zufrieden. Frust über politische Entscheidungen nehmen rund 85 % zudem auch in ihrem Umfeld wahr.

Minderheitenschutz und Mitbestimmung der einzelnen Bürger*innen erachten 80 bis 90 % als wichtigen Bestandteil der Demokratie. Dennoch zeigen sich die Themen Migration und Islam als Konfliktfelder, deren ausführlichere Beforschung lohnenswert wäre.

Die Sorgen der Befragten beziehen sich besonders deutlich auf abnehmendes Einfühlungsvermögen, Auseinanderklaffen von Arm und Reich und den Verlust des gesellschaftlichen Zusammenhalts.

4.4 Engagement

Freiwilliges Engagement und Teilhabe sind wichtige Grundpfeiler einer demokratischen Gesellschaft. Sie sorgen für eine lebendige und belastbare Zivilgesellschaft. Dementsprechend liefert eine engagierte Bürger*innenschaft zum einen wichtige Beiträge für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Zum anderen können diese freiwilligen Aktivitäten positive Effekte auf die jeweiligen Zielgruppen des Engagements als auch für die engagierte Akteur*in selbst haben. Vor diesem Hintergrund werden unter freiwilligem Engagement Tätigkeiten verstanden, „die freiwillig und gemeinschaftsbezogen ausgeübt werden, im öffentlichen Raum stattfinden und nicht auf materiellen Gewinn ausgerichtet sind“ (BMFSFJ 2021:6). Um freiwilliges Engagement auf lokaler Ebene zu stärken und Zugangshürden abzubauen, ist demnach eine grundlegende Untersuchung zur aktuellen Aufstellung von und Haltung zu bürgerschaftlichem Engagement notwendig.

Tabelle 27: Bürgerschaftlichem Engagement

Bürgerschaftliches Engagement: Zustimmung aller Befragten		
	Stimme zu in % (absolut)	n, keine Angabe
Ich betrachte es als meine Pflicht gegenüber der Gesellschaft, mich zu engagieren.	71,4 % (305)	427; 6
Ich trete für meine politischen Überzeugungen aktiv ein.	65,3 % (280)	429; 4
Ich kann mit meinem Engagement Einfluss auf politische Prozesse nehmen.	48,0 % (206)	429; 4
Ich würde mich gern mehr in und für die Gegend einsetzen, in der ich wohne. Ich weiß nur nicht, wie und wo ich das tun kann.	42,3 % (181)	428; 5
Vereine/ Initiativen sind oft gar nicht an neuen Mitgliedern interessiert.	12,5 % (53)	425; 8
Ich sehe nicht ein, warum ich mich sozial engagieren sollte. Das ist Aufgabe der Politik.	7,7 % (33)	428; 5
Bürgerbeteiligung finde ich zwar wichtig, aber ich habe Probleme mit der deutschen Sprache.	3,3 % (14)	424; 9

Die Befragten stimmen einer persönlichen Verpflichtung gegenüber der Gesellschaft, sich einzubringen mit 71,4 % (305) zu. Mit 7,7 % (33) aller Befragten stellen sich nur wenige die Frage, warum sie sich sozial engagieren sollten. Vielmehr wird eine eigene Mitverantwortung gesehen, gesellschaftliche Prozesse mitzugestalten, anstatt diese allein an politische Vertreter*innen abzugeben oder diesen zu überlassen. Während 7 von 10 Befragte ein eigenes Dazutun für eine aktive Zivilgesellschaft für notwendig erachten, verknüpft mit 48,0 % (206) der Befragten nur etwa jede zweite Person, dass das eigene Engagement auch wirksam auf politische Prozesse ist.

Weiterhin wissen trotz ihres Interesses 42,3 % (181) der Befragten nicht, wie oder an welcher Stelle sie sich aktiv einbringen können [n=428, keine Angabe 5]. Dies zeigt auf, dass unter den Befragten eine hohe Bereitschaft besteht, sich für eine aktive Zivilgesellschaft zu engagieren, dieses Potenzial wird aber noch nicht optimal abgerufen. Demnach sollte von Seiten zivilgesellschaftlicher Akteur*innen nochmals überdacht werden, wie Interessierte möglichst ansprechend adressiert und erreicht werden können. Ebenso scheint es sinnvoll, Möglichkeiten des Sich Engagierens deutlich aufzeigen.

Die nachfolgende Abbildung 12 listet die Organisationen und Gruppen, sortiert nach Häufigkeit auf, in denen die Befragten angaben, sich bereits zu engagieren. Mehrfachnennungen waren hierbei möglich.



Abbildung 12: Engagement in Organisationen und Gruppen

In mindestens einer der genannten Gruppen/ Organisationen engagiert sind 87,7 % (387) der Befragten, wobei mit 59,8 % (257) die meisten Befragten sich in einen Verein einbringen. Ebenso trifft auch die Antwortmöglichkeit Sonstiges mit 54,4 % (227) auf über die Hälfte der Teilnehmenden zu; das Engagement in der Nachbarschaftshilfe ist mit 39,8 % (168) ebenfalls stark vertreten. Gerade diese beiden Kategorien lassen das Tätigkeitsfeld und den Organisationsgrad des freiwilligen Engagements sehr offen.

Nach Ergebnissen des Freiwilligensurvey des Bundesministeriums für Familien, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ), das in Abständen von 5 Jahren erhoben wird, engagierten sich im Jahr 2019 39,7 % der Bevölkerung ab 14 Jahren in Deutschland (BMFSFJ 2021: 6) freiwillig. Im Vergleich hierzu ist freiwilliges Engagement unter den Teilnehmenden der Umfrage im Burgenlandkreis überrepräsentiert. Dies bedeutet, dass mit der Umfrage überproportional Menschen aus der Zivilgesellschaft erreicht wurden, die sich schon aktiv einbringen.

Im Jahr 2019 hatte der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) 593.4971 Mitglieder (DGB 2021). Im Verhältnis zu der deutschen Bevölkerung ab 16 Jahren macht dies einen Anteil von 7,1 % aus (83.166.711 Stichtag 31.12.2019, DESTATIS). Mit 14,4 %

(61) Engagierten in Gewerkschaften unter den Befragten sind diese in der Befragung demnach im bundesweiten Vergleich überdurchschnittlich repräsentiert. Auch das anteilig hohe Engagement im Ausländerbeirat unter den Befragten von 12,4 % (53) ist nicht auf die Bevölkerung des Burgenlandkreises übertragbar.

Auswertung nach Schul-/ Berufsausbildungsabschluss

In der Analyse von freiwilligem Engagement nach Schul-/ Berufsausbildungsabschluss fällt auf, dass die Befragten mit hohem Abschluss mit 89,8 % (167) tendenziell engagierter sind als Menschen mit niedrigem Abschluss.

Auswertung nach Alter

93,2 % (41) der Befragten über 65 Jahre geben an, in einer der oben genannten Gruppen/ Organisationen (vgl. Abbildung 12) engagiert zu sein. Im Vergleich engagieren sich 81,2 % (95) aller Befragten bis 34 Jahre und 89,6 % (249) aller Befragten zwischen 35 und 64 Jahre [n=385; keine Angabe 2]. Demnach sind die Befragten ab 65 Jahre engagierter als die Befragten der anderen zwei Altersgruppen.

Auswertung nach Geschlecht

89,3 % (192) aller befragten Männer geben an, in einer der genannten Gruppen/ Organisationen engagiert zu sein. Männer sind demnach leicht engagierter als Frauen, die zu 86,2 % (187) angaben, freiwillig tätig zu sein [n=383, keine Angabe 4]].

Auswertung nach Geburtsort

Aufgrund der geringen Anzahl an Menschen, die nicht in den heutigen neuen Bundesländern geboren wurden, lässt sich das freiwillige Engagement nur unzureichend anhand des Geburtsortes auswerten. Als Tendenz äußerten sich die Befragten mit Geburtsort in einem der heutigen neuen Bundesländer mit 88,3 % (338) engagierter als die Befragten mit Geburtsort in einem der heutigen alten Bundesländer (82,0 %; 41).

Auswertung nach Wohnortgröße

Insgesamt gaben 91,6 % (230) der Menschen, die in einem Ort über 20.000 Einwohner*innen wohnen, an, sich in einer der oben genannten Organisationen/ Gruppen (vgl. Abbildung 12) zu engagieren. Demnach sind Städter*innen im Vergleich zum Engagement aller Befragten überdurchschnittlich engagiert. Der Unterschied im Engagement von Menschen, die in einem Ort unter 5.000 Einwohner*innen wohnen (81,9 %, 95) beträgt 9,7 %. 82,1 % (55) der Befragten, die in einem Ort ab 5.000 bis 20.000 Einwohner*innen wohnen, geben an, sich zu engagieren. Demnach spannt das Merkmal Wohnortgröße neben dem Merkmal Alter das weiteste Spektrum zwischen den einzelnen Gruppen auf [n=380, 7]. Dies ist u. a. darauf zurückzuführen, dass in Städten die Angebote und Möglichkeiten des persönlichen Engagements zahlreicher und vielfältiger sind als in kleineren Ortschaften.

Engagement im Verein

Von den 252 Personen, die angaben, in einem Verein engagiert zu sein, sind 49,8 % (119) in einem Sportverein aktiv. Weiterhin wird mit 49,1 % (110) die Antwortmöglichkeit Sonstiges benannt und mit 35,2 % (82) das Engagement in einem Kulturverein bzw. musikischem Verein. Mehrfachnennungen waren bei dieser Abfrage möglich. (vgl. Abbildung 13)

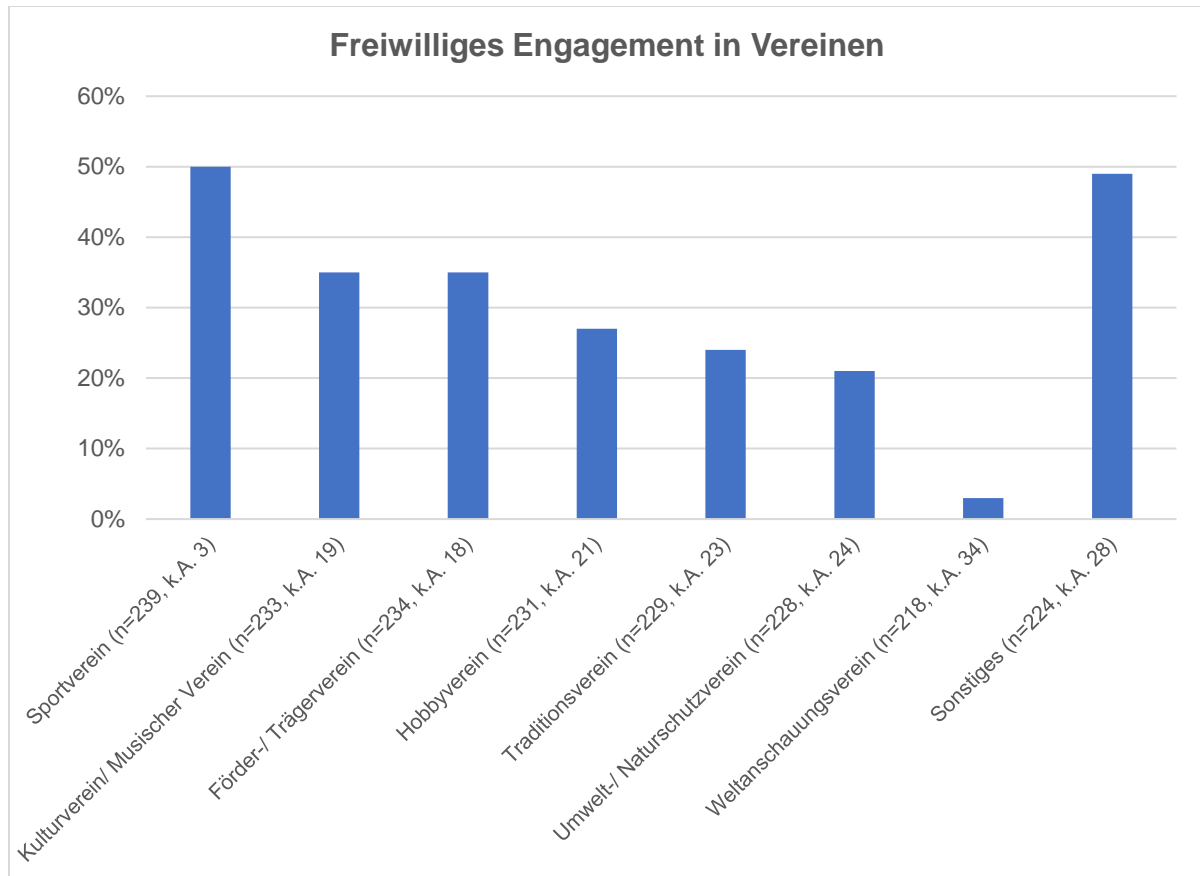


Abbildung 13: Freiwilliges Engagement in Vereinen

Die Analyse von Engagement im Verein und Schul-/ Berufsausbildungsabschluss zeigt, dass sich Menschen mit hohem Abschluss mit 60,8 % (113) zum größeren Anteil in einem Verein engagieren - vor allem im Vergleich zu Menschen mit niedrigem Abschluss (45,8 % 38). 58,3 % (98) aller Menschen mit mittlerem Abschluss engagieren sich in einem Verein [n=249; keine Angabe 1,2 %].

In Bezug auf Alter engagieren sich Befragte ab 65 Jahre anteilig mit 63,6 % (28) in einem Verein. Vergleichend engagieren sich 57,6 % (160) der Befragten ab 35 bis 64 Jahre in einem Verein und 53,0 % (62) der Befragten ab 34 Jahren [n=250; keine Angabe 2]. Bei einem Unterschied von 10,6 % ist das Merkmal Alter in Bezug auf Engagement durchaus relevant.

Während in Bezug auf freiwilliges Engagement in unterschiedlichen Organisationen und Gruppen das Geschlecht weniger eine Rolle spielt, scheint dies in Bezug auf Engagement im Verein relevanter. So geben 63,7 % (137) der befragten Männer an,

in einem Verein aktiv zu sein, während dies nur 51,6 % (112) der befragten Frauen bestätigen [n=251; keine Angabe 1]. D. h. Frauen entscheiden sich häufiger für freiwillige Tätigkeiten in alternativen Organisationen und Gruppen anstatt in Vereinsstrukturen.

Wohnortgröße ist bezüglich des Engagements ein interessanter Faktor, denn im Vergleich zum Engagement in oben genannten Organisationen und Gruppen (vgl. Abbildung 12) nähern sich hier die Zustimmungen von Befragten aus Orten unter 5.000 Einwohner*innen (56,0 % [65]) und Orten über 20.000 Einwohner*innen (59,8 % [150]) an, während 47,8 % (32) der Befragten aus Orten mit 5.000 bis 20.000 Einwohner*innen angeben, in einem Verein engagiert zu sein [n=247; keine Angabe 5]. Dies deutet darauf hin, dass freiwilliges Engagement in kleineren Ortschaften durchaus über die Organisationsform Verein getragen wird, während Städter*innen anteilig in anderen Organisationen und Gruppen alternativ zum Verein aktiver sind.

Beenden des Engagements

Dass sich Bürger*innen auf so unterschiedliche Weise freiwillig in ihrer Region und/oder darüber hinaus in das gesellschaftliche Miteinander einbringen, ist keine Selbstverständlichkeit. So wird auch in einigen Fällen freiwilliges Engagement aus den unterschiedlichsten Gründen beendet. In der vorliegenden Umfrage trifft dies auf 19,4 % (84) der Befragten zu [n= 433; keine Angabe 8].

Tabelle 28: Gründe für das Beenden des eigenen Engagements

Gründe für das Beenden des eigenen Engagements: Zustimmung aller Befragten		
	Trifft zu in % (absolut)	n=Engagement beendet; keine Angabe
Es war zu zeitintensiv.	49,4 % (40)	81; 3
Ich habe mich mit anderen Personen nicht mehr gut verstanden.	35,0 % (28)	80; 4
Es hat mir keinen Spaß mehr gemacht.	28,4 % (23)	81; 3
Meine politischen Interessen haben sich verändert und wurden nicht mehr durch die Gruppe/ Verein/ Initiative vertreten.	25,3 % (21)	83; 1
Ich habe mich in der Gruppe/ Verein/ Initiative nie akzeptiert gefühlt.	21,3 % (17)	80; 4
Ich habe eine andere Gruppe/ Verein/ Initiative etc. gefunden, bei der ich mich stattdessen engagiere.	21,0 % (17)	81; 3
Es war sprachlich schwierig, alles zu verstehen.	1,3 % (1)	79; 5

Als Grund für das Beenden des eigenen Engagements wird mit 49,4 % (40) am häufigsten der Mangel an Zeit benannt. (Vgl. Tabelle 28) Vor allem Frauen geben mit 62,8 % (27) diesen Grund an (Männer: 36,1 % [13]).

Beteiligung an Aktionsformen

Während Engagement in Organisationen und Gruppen wie Vereinen, Parteien, Kirchen etc. häufig langjährig gepflegt und mit hoher persönlicher Verbundenheit, Zeit- und Ressourcenaufwand verbunden ist, gibt es gerade im Kontext der politischen Meinungsäußerung und Beteiligung von Bürger*innen eher kurzzeitige Aktionsformen, die versuchen über einen niedrighschwelligigen Zugang viele Menschen aufmerksamkeitswirksam zu mobilisieren.

Tabelle 29: Beteiligung aller Befragten an Aktionsformen

Beteiligung an Aktionsformen: Zustimmung aller Befragten		
	Trifft zu in % (absolut)	n; keine Angabe
Unterschriftensammlung	84,7 % (366)	432; 9
Online-Protest	63,7 % (274)	430; 11
Spendensammlung	62,1 % (267)	430; 11
Angemeldete Demonstration	50,7 % (220)	434; 7
Sonstiges	40,4 % (158)	391; 50
Infostand	35,6 % (152)	427; 14
Streik	22,0 % (94)	427; 14
Menschenkette	22,0 % (94)	427; 14
Unangemeldete Demonstration	11,0 % (46)	420; 21

Nahezu alle Befragten (406) haben sich bisher an mindestens einer der in Tabelle 29: Beteiligung aller Befragten an Aktionsformen genannten Aktionsformen beteiligt. Die Beteiligung an Unterschriftensammlungen erfährt mit 84,7 % die meiste Zustimmung. Jede zweite befragte Person (50,7 % [220]) besuchte bereits eine angemeldete Demonstration. Mit 11,0 % (46) wird die Teilnahme an einer unangemeldeten Demonstration am wenigsten benannt. Damit erhalten auch unkonventionelle politische Beteiligungsformen (Vgl. 2.3 wie Unterschriftensammlungen, Online-Protest und Spendensammlungen) hohe Beteiligungswerte unter den Befragten.

22 % aller Teilnehmer*innen der Studie haben bereits an einem Streik als spezifischer Aktionsform im Kontext von Arbeit teilgenommen. Diese hohe Teilnahme (BA: 2020) hängt vermutlich mit dem überdurchschnittlichen Engagement in Gewerkschaften (14,4 % [61] aller Befragten) zusammen.

In Bezug auf Geschlecht treten Männer (200) wie Frauen (199) gleich häufig in Aktion.

4.5 Persönliche Zufriedenheit im Burgenlandkreis

Die eigene Zufriedenheit der Teilnehmer*innen wurde in Bezug auf Wohnsituation, gesundheitliche Situation, Arbeits- oder Ausbildungssituation, soziales Umfeld, politische Situation und finanzielle Lage erhoben. In allen Bereichen, ausgenommen der politischen Situation, gibt ein Großteil der Befragten (zwischen 81,7 % und 93,6 %) an, zufrieden zu sein. (Vgl. Tabelle 30) Den größten Zustimmungswert erhält die Wohnsituation im Burgenlandkreis mit 93,6 % (410). Eine Ausnahme bildet die Zufriedenheit in Bezug auf die politische Situation: Hier geben lediglich 45 % (194) an, zufrieden zu sein, während 55 % (237) unzufrieden sind.

Tabelle 30: Persönliche Zufriedenheit im Burgenlandkreis

Persönliche Zufriedenheit im Burgenlandkreis: Zustimmung aller Befragten		
Ich bin mit meinem Leben im Burgenlandkreis zufrieden in Bezug auf ...	Stimme zu in % (absolut)	n; keine Angabe
meine Wohnsituation.	93,6 % (410)	438; 3
mein soziales Umfeld.	88,2 % (366)	415; 26
meine gesundheitliche Situation.	87,1 % (357)	410; 31
meine Arbeitssituation/ Ausbildungssituation.	82,7 % (349)	422; 19
meine finanzielle Lage.	81,7 % (352)	431; 10
die politische Situation.	45,0 % (194)	431; 10

Der folgende Kommentar verdeutlicht die Kluft zwischen persönlicher und politischer Zufriedenheit:

„Im großen und ganzen geht es uns, mir, meiner Familie gut. [...] Wir sind ja in jeder Hinsicht ordentlich abgesichert. Jedoch sind manche Entscheidung des Gesetzgebers für mich, nicht unbedingt nach vollziehbar. Insbesondere die Wirtschafts-, Klima-, Ausländerpolitik. Auch sollte man ein strengeres Strafmaß gegenüber Gesetzesbrechern an den Tag legen. [...]“ (männlich, ab 65 Jahre)

Korreliert man die Aussage zur Zufriedenheit mit der politischen Situation mit soziodemographischen Merkmalen zeigt sich, dass die mittlere Altersgruppe der 35-64-Jährigen zufriedener ist als die Altersgruppe der bis 34-Jährigen und die der ab 65-Jährigen. Außerdem sind Frauen mit 51,2 % (110) zufriedener mit der politischen Situation als Männer (39,6 % [82]). Noch deutlichere Unterschiede fallen in Korrelation mit Schul-/ Berufsausbildungsabschlüssen auf: In der Gruppe mit niedrigeren Abschlüssen ist die politische Zufriedenheit mit 32,1 % (26) am niedrigsten, während sie in der Gruppe mit mittlerem Abschluss bei 46,6 % (77) und in der Gruppe mit hohem Abschluss bei 50,6 % (91) liegt. (Vgl. Tabelle 31)

Die Korrelation mit der Größe des Wohnortes zeigt hingegen kaum Unterschiede.

Tabelle 31: Persönliche Zufriedenheit im Burgenlandkreis nach Alter, Geschlecht und Abschluss

Persönliche Zufriedenheit: Zustimmung nach Alter, Geschlecht und Abschluss			
		Ich bin mit meinem Leben im Burgenlandkreis zufrieden in Bezug auf die politische Situation.	n=Merkmal * Aussage; keine Angabe
		Stimme zu in % (absolut)	
Alter	bis 34 Jahre	40,5 % (47)	
	35-64 Jahre	47,8 % (130)	
	ab 65 Jahre	41,5 % (17)	
			429; 12
Geschlecht	Männlich	39,6 % (82)	
	Weiblich	51,2 % (110)	
			422; 19 ^a
Schul-/ Berufsausbildungs- abschluss	niedrig	32,1 % (26)	
	mittel	46,4 % (77)	
	hoch	50,6 % (91)	
			427; 14
^a Da die Gruppe diverser Personen zur Auswertung zu klein ist, werden sie an dieser Stelle nicht zu n gerechnet.			

Vergleicht man die Antworten aus der Gruppe derjenigen, die angeben mit der politischen Situation nicht zufrieden zu sein, mit den Antworten der Gesamtgruppe aller Befragten in Bezug auf verschiedene Themenkomplexe, lässt sich die politische Unzufriedenheit in Teilen konkretisieren. So erfahren politische Entscheidungen auf Bundes-, Landes-, Landkreis- und Kommunalebene in der Gruppe der politisch Unzufriedenen deutlich weniger Zustimmung: Sie liegt 18 bis 20 % unter den Werten der Gesamtgruppe.⁴ Auch in Zusammenhang mit den Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie unterscheiden sich die Zustimmungswerte teils deutlich: Etwa stimmen 58,9 % (139) der politisch Unzufriedenen eher oder voll und ganz zu, wütend auf Politiker*innen wegen der Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie zu sein. In der gesamten Stichprobe stimmten hier 41,6 % (182) zu. Die Sorge um die zunehmende Einschränkung von Grundrechten ist in der Gruppe der politisch Unzufriedenen ebenfalls größer mit 58,6 % (139) zu 45,7 % (201).

Weiterhin erfahren die Aussagen „Politiker nehmen sich mehr Rechte heraus als normale Bürger“ und „Bei der Parteienlandschaft kann ich es verstehen, wenn Menschen grundsätzlich nicht wählen gehen“ in der Gruppe der politisch Unzufriedenen jeweils über 10 % mehr Zustimmung als in der Gesamtgruppe aller Befragten. Die Unzufriedenheit mit der politischen Situation scheint also mit der Unzufriedenheit in Bezug auf realpolitische Entscheidungen, sowohl im Zuge der Corona-Pandemie als

⁴ Beispielsweise stimmen in der Gesamtgruppe 58,1 % (255) aller Befragten der Aussage „Ich bin mit politischen Entscheidungen auf der Bundesebene zufrieden“ zu, während sie in der Gruppe der politisch Unzufriedenen 39,2 % (93) Zustimmung erhielt.

auch im Allgemeinen, und der Wahrnehmung der Amtsträger*innen zu korrespondieren.

„[...] Weiterhin bin ich mit der politischen Arbeit und den Ergebnissen der politischen Arbeit regional, speziell auf Verbandsgemeinde-Ebene und Landkreis-Ebene seit Jahrzehnten unzufrieden. Es wird nur verwaltet, es werden keine Impulse gesetzt, kaum Ziele formuliert und wenig Sichtbares erreicht!“ (männlich, 35-64 Jahre)

Dem steht die überwiegende Zufriedenheit (8 bzw. 9 von 10 Befragten) mit Wohn-, Arbeits-, finanzieller und gesundheitlicher Situation gegenüber. Dennoch sollten diejenigen, die in diesen persönlichen Bereichen eher oder überhaupt nicht zufrieden sind, nicht außer Acht gelassen und politisch mitbedacht werden.

4.6 Digitalisierung

Die Frage nach Information über das aktuelle politische Geschehen ergibt, dass Digitale Medien deutlich häufiger genutzt werden (82,8 % [362] aller Befragten nutzen diese täglich), gefolgt von Fernsehen und Radio mit gut 60 % (Radio: 272; Fernsehen: 277). Knapp die Hälfte der Befragten nutzt Printmedien täglich zur Informationsbeschaffung. (Vgl.

Tabelle 32)

Tabelle 32: Mediennutzung

Mediennutzung aller Befragten						
Ich informiere mich über das aktuelle politische Geschehen durch ...	täglich in % (absolut)	3-4 Mal pro Woche in % (absolut)	wöchentlich in % (absolut)	monatlich in % (absolut)	nie in % (absolut)	n; keine Angabe
Printmedien.	48,4 % (210)	10,4 % (45)	17,3 % (75)	9,9 % (43)	14,1 % (61)	434; 7
das Radio.	62,8 % (272)	15,9 % (69)	8,1 % (35)	4,8 % (21)	8,3 % (36)	433; 8
das Fernsehen.	63,7 % (277)	13,6 % (59)	9,7 % (42)	3,0 % (13)	10,1 % (44)	435; 6
Digitale Medien.	82,8 % (362)	11,4 % (50)	3,7 % (16)	0,9 % (4)	1,1 % (5)	437; 5

Die Korrelation der Nutzung Digitaler Medien mit soziodemographischen Merkmalen zeigt, dass Männer jene in etwas größerem Maß täglich nutzen als Frauen (m: 86,3 % [183]; w: 79,2 % [171]). Die Nutzungsunterschiede in den drei Altersgruppen liegen im täglichen Gebrauch nur wenige Prozentpunkte auseinander. In Zusammenhang mit der Wohnortgröße ist ein leichter, jedoch ebenfalls mit 2 bis 4 % geringer Anstieg der täglichen Nutzung bei größerem Wohnort zu verzeichnen.

Etwas deutlicher unterscheidet sich die Nutzungshäufigkeit nach Schul-/ Berufsabschluss: Personen mit niedrigem und hohem Abschluss nutzen Digitale

Medien häufiger (niedrig 85,5 % [71]; hoch 84,8 % [156]) als diejenigen mit mittlerem Abschluss (78,9 % [131]). (Vgl. Tabelle 33)

Tabelle 33: Tägliche Mediennutzung nach Alter, Geschlecht, Abschluss und Wohnortgröße

Tägliche Mediennutzung nach Alter, Geschlecht, Abschluss und Wohnortgröße			
		Ich informiere mich über das aktuelle politische Geschehen durch Digitale Medien.	n=Merkmal * Aussage; keine Angabe
		Täglich in % (absolut)	
Alter	bis 34 Jahre	81,2 % (95)	436; 5
	35-64 Jahre	83,7 % (231)	
	ab 65 Jahre	81,4 % (35)	
Geschlecht	Männlich	86,3 % (183)	428; 13 ^a
	Weiblich	79,2 % (171)	
Höchster Schul-/ Berufsausbildungsabschluss	niedrig	85,5 % (71)	413; 228
	mittel	78,9 % (131)	
	hoch	84,8 % (156)	
Größe des aktuellen Wohnortes	Unter 5.000 Einwohner	80,0 % (92)	430; 11
	5.000 bis 20.000 Einwohner	82,1 % (55)	
	Über 20.000 Einwohner	84,3 % (209)	
^a Da die Gruppe diverser Personen zur Auswertung zu klein ist, werden sie an dieser Stelle nicht zu n gerechnet.			

Von der Gruppe der Personen, die Digitale Medien zur politischen Information nutzen, sei es täglich oder seltener, werden Internetseiten (86,3 % [373]) und Messenger (79,8 % [340]) am häufigsten genutzt. Knapp die Hälfte der Befragten nutzt auch Facebook täglich. Ein Großteil nutzt Twitter und E-Books nie. Auch Podcasts und Instagram werden von mehr als 50 % der Befragten nie genutzt. (Vgl. Tabelle 34)

Zudem geben 62,1 % (274) der Befragten an, sich bereits an Online-Protest beteiligt zu haben.

Tabelle 34: Häufigkeit der digitalen Mediennutzung

Häufigkeit der digitalen Mediennutzung aller Befragten						
	täglich in Zeilen % (absolut)	3-4 Mal pro Woche in Zeilen % (absolut)	wöchentlich in Zeilen % (absolut)	monatlich in Zeilen % (absolut)	nie in Zeilen in % (absolut)	n; keine Angabe
Ich nutze Internetseiten	86,3 % (373)	8,8 % (38)	4,2 % (18)	0,7 % (3)	0,0 % (0)	432; 5

Ich nutze Digitales Radio	38,1 % (157)	12,6 % (52)	8,7 % (36)	7,8 % (32)	32,8 % (135)	412; 25
Ich nutze Youtube	20,8 % (87)	17,7 % (74)	26,1 % (109)	17,9 % (75)	17,5 % (73)	418; 19
Ich nutze Facebook	46,8 % (198)	8,3 % (35)	5,2 % (22)	5,7 % (24)	34,0 % (144)	423; 14
Ich nutze Twitter	6,7 % (28)	1,9 % (8)	2,2 % (9)	4,8 % (20)	84,3 % (350)	415; 22
Ich nutze Messenger	79,8 % (340)	5,9 % (25)	2,3 % (10)	0,2 % (1)	11,7 % (50)	426; 11
Ich nutze Podcasts	4,5 % (19)	6,7 % (28)	12,6 % (53)	17,9 % (75)	58,3 % (245)	420; 17
Ich nutze Instagram	25,9 % (109)	5,7 % (24)	4,5 % (19)	4,5 % (19)	59,4 % (250)	421; 16
Ich nutze E-Books	7,4 % (31)	3,3 % (14)	6,9 % (29)	15,9 % (67)	66,5 % (280)	421; 16

4.7 Auswertung der Abschlussrückmeldungen

Die Online-Umfrage schließt mit einem Kommentarfeld zur freien Texteingabe. 20,8 % (92) der Befragten nutzten diese für Rückmeldungen [n=441]. Die folgende Tabelle gibt einen groben Überblick, welche Inhalte und Themen angeführt wurden.

Tabelle 35: Themensetzung der Befragten in den freien Kommentaren

Kommentarthemen [n=92]	
	Anzahl der Kommentare (absolut)
Keine weitere inhaltliche Rückmeldung („nein“, „keine“, „—“ ...)	6
Rückmeldungen zur Online-Umfrage allgemein	
• Skalen der Antwortmöglichkeiten	9
• Genauere Angaben zur eigenen Person/ Kontaktangaben	7
• Lob an der Online-Umfrage/ Wunsch nach weiteren Umfragen	7
• Frage und Vermutungen zur Wirksamkeit der Online-Umfrage	5
• Schwierigkeiten/ Kritik bei sozialstatistischen Angaben	5
• Schwierigkeiten mit der Formulierung der zu bewertenden Aussagen, da für die befragte Person zwei zu trennende Inhalte in einer Aussage verbunden wurden	5
• Schwierigkeiten mit der Formulierung der zu bewertenden Aussagen in der Wortwahl („schwarz-weiß“, „provokant“, fehlende zeitliche Einordnung)	4
• Umfang der Umfrage (zu gering, zu groß)	1/3
• Bewerbung der Online-Umfrage	4
• Befürchtung der falschen Auslegung der gegebenen Antworten durch das Forschungsteam	3

• Wunsch nach weiteren Sprachoptionen (Fremdsprachen/ Leichte Sprache)	1/2
• Technische Anwendung und Layout (Übersichtlichkeit Mobile Version, Größe der Antwortkästchen)	2/1
Inhaltliche Erläuterung zum eigenen Antwortverhalten bei einzelnen Aussagen	11
Inhaltlich gesetzte Themen	
• Persönliche Betroffenheit durch die Corona-Pandemie und Haltung zu Maßnahmen zur Eindämmung	18
• Kritik an politischen Entscheidungen und einzelnen Politiker*innen	14
• Demokratie und persönliches Demokratieverständnis	9
• Zustimmung/ Reproduktion von Elementen Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit ⁵	7
• Stärkung freiwilligen Engagements	7
• Härteres Vorgehen gegen Kriminalität	7
• Forderung nach Investitionen in den Ausbau der regionalen Infrastruktur (Nahverkehr, Arbeitsplätze, Öffentliche Freizeiteinrichtungen, Mitdenken von Barrierefreiheit)	6
• Ablehnung bzw. Zustimmung von Nationalismus	1/4
• Kritik an hoher Zuwanderung bzw. Zuwanderungspolitik	3
• Positionierung gegen Elemente Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit	3
Nicht abgedeckte Themen im Fragebogen	8

In 64 Kommentaren beziehen sich die Befragten auf die Online-Umfrage allgemein. (Vgl. Tabelle 35) So wird u. a. Rückmeldung zum Design der Fragen und Antworten, zu Umfang, Bewerbung und technischer Anwendung gegeben. Am häufigsten gehen die Befragten auf das Design der Antwortmöglichkeiten ein. Dass die vierstufige Likert-Skala mit Forced Choice keine vermeintlich neutrale Antwort der Mitte zulässt und somit eine Positionierung von den Teilnehmenden fordert oder auch die Antwortmöglichkeit „weiß nicht“ nicht explizit gegeben wird (Nichtantworten auf die Fragen ist möglich), stößt vereinzelt auf Schwierigkeiten und Irritation.

Weiterhin zeigen sich die Befragten interessiert an dem weiteren Verlauf der Umfrage, hegen aber vereinzelt Befürchtungen, dass die Antworten falsch oder politisch einseitig ausgelegt werden und fragen sich somit auch nach deren Wirksamkeit und Rolle.

Greifen die Befragten abgefragte Inhalte des Fragebogens auf, so beziehen sie sich am häufigsten auf ihre persönliche Betroffenheit durch die Corona-Pandemie und Haltung zu Maßnahmen zur Eindämmung. Gerade die persönliche Betroffenheit variiert zwischen „*Im großen und ganzen geht es uns gut*“ (männlich, ab 65 Jahre) bis „*Ich möchte mein altes Leben zurück!*“ (weiblich, bis 34 Jahre) und der Äußerung hoher finanzieller Sorgen. Auch bestehen zur Haltung gegenüber den Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie sehr unterschiedliche Anknüpfungspunkte. Aber

⁵ (Krause et al. 2016: 33 ff.)

besonders auffällig ist das häufige Benennen von politischen Versäumnissen im Bereich Gesundheit und Pflege.

Insgesamt deuten viele der inhaltlich sehr ausführlichen Kommentare an, dass den Teilnehmenden das rein quantitative Design der Online-Umfrage nicht ausreicht. Daher nutzen sie die freie Kommentarfunktion entweder, um ihre Herleitungen bezüglich mancher ihrer Antworten transparent zu machen oder um persönliche Themen zu setzen, die sie von der Studie nicht abgedeckt sehen.

Themen, die den Befragten in der Umfrage fehlen, sind sehr unterschiedlicher Art. Sie sind zum einen verknüpft mit aktuellen Missständen, die nicht genug Beachtung erhielten, wie Altersarmut, Kinderarmut oder den Zuständen im Gesundheits- und Pflegewesen. Zum anderen regen die Befragten Fragen zur Bewertung von Exekutive und Judikative, als auch zu indirekter und direkter Demokratie (z. B. Volksentscheide) an und beschäftigen sich somit mit der Zufriedenheit mit dem politischen System an sich. Bezüglich des freiwilligen Engagements wird die Frage nach der Bereitschaft, politische Ämter auf Lokalebene zu übernehmen, vermisst.

5 Diskussion der Ergebnisse

Die in den vorangegangenen Abschnitten dargestellten Befunde der Befragung *„(Anti-)demokratische Einstellungen im Burgenlandkreis“* werden nun vor allem im Hinblick auf die Themenfelder Engagement und demokratische Einstellungen diskutiert und in Beziehung zu Forschungsergebnissen aktueller Studien gesetzt. Die Corona-Pandemie als einschneidender gesellschaftlicher Einflussfaktor wird ebenfalls in die Betrachtung miteinbezogen.

Freiwilliges Engagement

„Die Bedeutung des zivilgesellschaftlichen Engagements nimmt angesichts der gesellschaftlichen Problemlagen sowie einer zunehmenden Individualisierung und dem damit verbundenen Verlust sozialer Bindungen zu“, konstatiert der 2021 veröffentlichte *Datenreport* der Bundeszentrale für politische Bildung (Destatis 2021: 399). Insbesondere aufgrund der Corona-Pandemie nehmen soziale Begegnungen und Austausch ab, der Rückzug ins Private wird notwendig zur Verringerung des Ansteckungsrisikos. Inwiefern sich zivilgesellschaftliches Engagement unter Bedingungen der Pandemie sinnvoll gestalten lässt, kann hier nicht ausführlich erörtert werden – jedoch sollten neu entstandene und mitunter kreative Versuche und Konzepte, etwa in Bezug auf Nachbarschaftshilfe und Umverteilung von Sorgearbeit, politische Wertschätzung und Unterstützung erfahren. Auch im Hinblick, sowohl auf die von nahezu 90 % der Befragten geäußerte Sorge um den Verlust des gesellschaftlichen Zusammenhalts als auch in Bezug auf demokratische Einstellungen, ist auf die positiven Effekte bürgergesellschaftlichen Engagements zu verweisen: *„Es hilft, die in der sozial zunehmend ausdifferenzierten Gesellschaft geforderten Fähigkeiten zum Kompromiss und zu einem zivilen Umgang herauszubilden. Es trägt dazu bei, die Kommunikationsbereitschaft und -fähigkeit, das wechselseitige Verständnis, die gemeinsame Beratung und den Austausch von Argumenten der Menschen untereinander, aber auch zwischen*

Bürgerinnen und Bürgern auf der einen und Institutionen auf der anderen Seite einzuüben und zu praktizieren.“ (Ebd.: 402)

Der Freiwilligensurvey 2019 des Bundesministeriums für Familien, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ), der in Abständen von 5 Jahren erhoben wird, verzeichnet positiv einen anteiligen Anstieg freiwillig engagierter Menschen seit 2009 (Vgl. BMFSFJ 2021: 4).

Wie in Kapitel 4.4 dargelegt, ist freiwilliges Engagement unter den Teilnehmenden der Umfrage im Burgenlandkreis im Vergleich zu bundesweiten Studien überrepräsentiert. Nach Ergebnissen des Freiwilligensurvey engagierten sich im Jahr 2019 39,7 % der Bevölkerung ab 14 Jahren⁶ in Deutschland freiwillig (Ebd.: 6). In mindestens einer der in der vorliegenden Studie genannten Gruppen/ Organisationen (darunter u. a. Verein, Partei, Kirche und Gewerkschaft) engagiert sind 87,7 % (387). Zudem haben sich mit etwa 90 % (406) bereits nahezu alle Befragten an mindestens einer der genannten gesellschaftspolitischen Aktionsformen (u. a. Demonstration, Unterschriftensammlung und Infostand) beteiligt. Somit wurden sowohl im Bereich konventioneller wie unkonventioneller Partizipation mit dieser Umfrage vor allem Menschen aus der Zivilgesellschaft erreicht, die sich schon aktiv einbringen. Menschen, die sich aktuell nicht engagieren, wurden nicht in gleichem Maße erreicht.

Soziale Unterschiede in der Beteiligung zeigen sich in Übereinstimmung mit Datenreport 2021 und Freiwilligensurvey 2019. In Bezug auf Schul-/ Berufsausbildungsabschluss sind Befragte mit hohem Abschluss mit 89,8 % (167) engagierter als Menschen mit niedrigem Abschluss. Jedoch sind auch diese mit einem Anteil von 81,9 % (68) im bundesweiten Vergleich weiterhin überdurchschnittlich engagiert. Der Freiwilligensurvey nimmt eine etwas abweichende Bildungsgruppierung vor, kommt jedoch auch zu dem Ergebnis, dass mit steigendem Bildungsgrad die Engagementquote zunimmt (etwa 50 % und 25 % stehen sich gegenüber, vgl. BMFSFJ 2021: 17). Individuelle Ressourcen wie finanzielle Absicherung, Arbeitszeit und Zugang zu Informationen können in diesem Zusammenhang eine Rolle spielen. Mit dem Freiwilligensurvey ist darauf zu verweisen, dass Freiwilliges Engagement eine Form sozialer Teilhabe ist. *„Die Möglichkeiten zur Teilhabe sind jedoch sozial ungleich verteilt. Soll freiwilliges Engagement auch künftig gefördert werden, kann dies am besten gelingen, wenn berücksichtigt wird, dass freiwilliges Engagement individuelle und gesellschaftliche Ressourcen voraussetzt und dass die Vereinbarkeit von freiwilligem Engagement mit Verpflichtungen und Tätigkeiten in anderen Lebensbereichen wie der beruflichen Tätigkeit und den familialen Verpflichtungen gegeben sein muss.“ (BMFSFJ 2016: 8)*

Während unter den Befragten der vorliegenden Studie Männer tendenziell engagierter sind als Frauen, gleichen sich die geschlechtsspezifischen Quoten laut Freiwilligensurvey 2019 erstmals an. Interessant ist es hierbei, auch das Beenden von Engagement miteinzubeziehen. So begründen 62,8 % (27) der ehemals engagierten Frauen das Beenden ihrer ehrenamtlichen Tätigkeiten mit dem Umfang ihrer zeitlichen

⁶ Die vorliegende Studie befragt Personen ab 16 Jahren, was im Vergleich der Statistiken mitzudenken ist, aber diesen trotzdem ermöglicht.

Ressourcen. Dies hängt u. a. mit der weiterhin anhaltenden Mehrfachbelastung von Frauen durch berufliche Verpflichtungen und Übernahme des Hauptanteils an Sorgearbeit zusammen. Weiterhin unterscheiden sich in der Verteilung nach Alter bundesweite Studien und die vorliegende Erhebung, die den höchsten Teil der Engagierten in der Gruppe der ab 65-Jährigen vorfindet.

Auf die Förderung von freiwilligem Engagement beziehen sich auch einzelne Befragte in den Kommentaren und benennen dabei explizit Förderung in Zusammenhang mit Finanzen bzw. Kosten. So fordert ein Befragter die „*finanzielle Unterstützung des Ehrenamtes*“ (männlich, 35-64 Jahre). Ein weiterer Befragter adressiert mit seinem Anliegen zu Kostensenkung direkt Landkreisebene: „Der BLK sollte sich für mehr Engagement unter den Vereinen einsetzen. Hohe Nutzungsgebühren für Sportstätten, wie z. B. Turnhallen, schrecken die Menschen davon ab sich in Vereinen zu engagieren“ (männlich, bis 34 Jahre)

Bezüglich der Ausrichtung der Partizipation liegt Sport sowohl in der vorliegenden Studie als auch dem Freiwilligensurvey an oberster Stelle. Auch Musik und Kultur zeigen sich als wichtige Engagementfelder. (Vgl. BMFSFJ 2021: 21)

Der Datenreport merkt darüber hinaus an, dass traditionelle Formen der Beteiligung, etwa in Parteien und Gewerkschaften, rückläufig seien, während der Trend bei nicht institutionalisierten Formen politischer Beteiligung wie Demonstrationen und Online-Aktivismus stabil bis steigend sei. (Vgl. Destatis: 384) In Zusammenhang mit dem weiterhin hohen Interesse an Politik schlussfolgert der Datenreport: „*Politik spielt für die Bürgerinnen und Bürger nach wie vor eine große Rolle, ein vollständiger Rückzug findet nicht statt.*“ (Ebd.) Dies lässt sich auch mit der vorliegenden Befragung bestätigen. Hier erhielt das Item „Ich interessiere mich für Politik“ 84,1 % (370) Zustimmung, die sogar deutlich über dem bundesweit erhobenen Durchschnitt liegt. Doch lässt sich neben dem grundsätzlichen Politikinteresse und starkem zivilgesellschaftlichen Engagement der Befragten die gleichzeitig artikulierte politische Unzufriedenheit nicht übergehen. Den ambivalenten Einstellungen gegenüber Demokratie widmet sich der folgende Abschnitt.

(Anti-)demokratische Einstellungen im Burgenlandkreis?

Demokratische und antidemokratische Einstellungen lassen sich auf verschiedenen Ebenen erfassen. Eine Gruppe von Indikatoren betrifft die Ansichten zum und Vertrauen in das herrschende politische System sowie seine konkrete Umsetzung durch Amtsträger*innen (vgl. 2.3). Grundsätzlich lässt sich festhalten, dass sich die Befragten der Studie überwiegend zustimmend zu Demokratie als politischem System in Deutschland äußern. (Vgl. 4.3.1) Im Hinblick auf politische Entscheidungen auf Bundes-, Landes-, Landkreis- und kommunaler Ebene herrscht jedoch lediglich bei gut der Hälfte Zufriedenheit. Die Unzufriedenheit geht einher mit Misstrauen gegenüber Amtsträger*innen, dass sich etwa darin ausdrückt, dass 61,0 % (267) zustimmen, Politiker*innen nähmen sich mehr Rechte heraus als normale Bürger*innen. Der Befund deckt sich mit der Analyse der Panelstudie „*Gespaltene Mitte – feindselige Zustände*“ der Friedrich-Ebert-Stiftung in Zusammenarbeit mit der Universität Bielefeld aus dem Jahr 2016 (Krause et al. 2016). In dieser Erhebung erhielt dieselbe Aussage

63,3 % Zustimmung (Ebd.: 117). Die Autor*innen kommen unter Hinzuziehung weiterer Items ebenfalls zu dem Schluss, dass *„[d]ieses Misstrauen keine grundsätzliche Kritik an der Demokratie als politischem System aus[drückt], sehr wohl jedoch an der konkreten Umsetzung“* (Ebd.: 118). Dies zeigt sich auch mit Blick auf die persönliche Zufriedenheit der Befragten, die in allen Bereichen über 80 % liegt, aber in Bezug auf die politische Situation lediglich bei 45,0 % (194). Insbesondere Männer und Personen mit niedrigem Schul-/ Berufsausbildungsabschluss zeigen sich als unzufrieden (Vgl. 4.5) Auch die Leipziger Studie *„Autoritäre Dynamiken“* aus dem Jahr 2020 (Brähler; Decker 2020) konstatiert, dass, *„[w]ährend die Legitimität der Demokratie hoch und das Systemvertrauen relativ weit verbreitet ist, sind die [...] sichtbar werdenden Defizite in der Performanzbewertung der Demokratie nicht zu unterschätzen. Man erkennt, dass mit größerer Nähe zum Tagesgeschäft die Zufriedenheit erheblich nachlässt, etwa das Vertrauen der Bürger und Bürgerinnen in die Tagespolitik. Das drückt sich in einem besonders niedrigen Vertrauen in politische Parteien aus.“* (Brähler; Decker 2020: 97)

Diese Unzufriedenheit sollte von politischer Seite ernst genommen werden. Die Suche nach Wegen, Vertrauen wiederherzustellen, müssen Amtsträger*innen und politische Institutionen wie Parteien oder Verbände auf die Agenda setzen. Hier sei auch auf den Wunsch nach Mitbestimmung verwiesen, den 4 von 5 Befragten dieser Erhebung im Burgenlandkreis äußern.

Als weiterer Indikator für (anti-)demokratische Anschauungen lassen sich autoritäre Einstellungen heranziehen. Das Bedürfnis nach härterem Vorgehen gegen Unruhestifter liegt mit 78,4 % (338) in der vorliegenden Untersuchung höher als in der Mittelstudie mit 63,6 % (ebd.: 117). Dieses Thema, jedoch mit Betonung auf Gesetzesbrecher anstatt Unruhestifter, findet sich in den Kommentaren ebenfalls mehrfach wieder (insgesamt 7 von 62 Kommentare). Das härtere Vorgehen scheint ein starkes Anliegen der Befragten darzustellen, obwohl die Aussage in ihrer Formulierung offenlässt, auf wen sich der Begriff Unruhestifter bezieht.

Die von der Leipziger Autoritarismus Studie als *„autoritäre Unterwürfigkeit“* eingeordnete Aussage *„Wir sollten dankbar sein für führende Köpfe, die uns genau sagen, was wir tun können“*⁷ (ebd.: 199) erhielt in der Befragung im Burgenlandkreis jedoch mit 32,7 % (142) deutlich weniger Zustimmung im Vergleich zu 49,3 % (ebd.). Da sich die Leipziger Autoritarismus Studie auf das gesamte Bundesgebiet bezieht, ließe sich ost- und westdeutsche Sozialisation als mögliches Erklärungsmuster heranziehen, da 86,8 % (383) der im Burgenlandkreis Befragten in den heutigen neuen Bundesländern geboren sind und 96,8 % der Teilnehmenden im Burgenlandkreis leben (vgl. 3). Die Leipziger Autoritarismus Studie stellt zwar im Vergleich eine höhere Zustimmung zu autoritärer Unterwürfigkeit unter Ostdeutschen als unter Westdeutschen fest, bezieht dabei aber nur den aktuellen Wohnort und nicht das Aufwachsen ein. (Vgl. ebd.: 200) Letztlich lässt sich nicht eindeutig begründen, wie der Unterschied zustande kommt.

⁷ In der vorliegenden Studie abgefragt als: *„Wir sollten dankbar sein für führende Köpfe, die uns genau sagen können, was wir tun sollen und wie“*

Eine weitere wichtige Dimension demokratischer Einstellungen bildet Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (GMF) (Vgl. 4.3.3) *„Menschenfeindlichkeit widerspricht [...] dem basalen Prinzip einer Demokratie, die sich an der Gleichwertigkeit von Menschen orientiert. Dort, wo Menschenfeindlichkeit die Wahrnehmung und das Handeln von gesellschaftlichen Gruppen oder deren Mitgliedern bestimmt, gefährdet sie das Zusammenleben und spaltet die Gesellschaft.“* (Krause et al. 2016: 34 f.) Die Verbreitung von GMF hat sich laut Mitte-Studien aus den Jahren 2016 und 2018/19 (Berghan et al. 2019) stabilisiert und ist teils sogar gestiegen.

Im Rahmen der vorliegenden Untersuchung wurden GMF Elemente wie Sexismus und (antimuslimischer) Rassismus in sehr begrenztem Umfang erfragt. Dennoch zeigen sich kritische Tendenzen in Bezug auf Migration und Islam. So stimmen ein Viertel der Befragten dem Recht auf freie Religionsausübung für Muslima und Muslime in Deutschland nicht zu und drei Viertel fordern eine stärkere Anpassung von Zugewanderten und Geflüchteten. Dies ist nicht notwendigerweise als Spezifik des Burgenlandkreises zu betrachten, sondern reiht sich in gesamtdeutsche Entwicklungen ein, wie der Vergleich zur Mitte-Studie von 2019 zeigt. Diese hält fest: *„Jede zweite befragte Person neigt zur Abwertung von Asylsuchenden – dies sind mehr als noch in 2016, obgleich die Zahl der Asylsuchenden rückläufig ist. Weit verbreitet sind [...] fremdenfeindliche Einstellungen (19 %) und muslimfeindliche Einstellungen (19 %). Und auch der klassische Antisemitismus mit seinen Verschwörungsmythen ist mit fast 6 % stabil verbreitet, modernen Formen des Antisemitismus, die sich auf Israel beziehen, stimmen erneut 24 % der Befragten zu.“* (Kurzzusammenfassung 2019: 3) Die Leipziger Autoritarismus Studie verzeichnet ebenfalls ähnliche Tendenzen. Sie kommt weiterhin zu dem Ergebnis, dass ein starker Zusammenhang zwischen antimuslimischem Rassismus, Antisemitismus und Verschwörungsmentalität besteht. (Vgl. Brähler; Decker 2020: 105)

Hinzu kommt der Wunsch „endlich wieder Mut zu einem starken Nationalgefühl“ zu haben, den knapp 40 % in der Mitte-Studie 2016 (Krause et al. 2016: 124) und 57,3 % (248) in der Erhebung *„(Anti-)demokratische Einstellungen im Burgenlandkreis“* teilen, der auf nationalistische Ansichten verweisen kann, aber nicht zwangsläufig muss.

In Übereinstimmung mit der Mitte-Studie 2016 zeigen sich kaum Unterschiede nach Geschlecht in Bezug auf GMF, während steigendes Alter und niedrigere Bildungsabschlüsse tendenziell stärkere Zustimmung zu Abwertung spezifischer Gruppen mit sich bringen. (Vgl. Ebd.: 56 ff.) Allerdings zeigt die vorliegende Studie auch auf, dass etwa die Interessen von Menschen mit Behinderung stärker von Personen mit niedrigem als mit mittlerem oder hohem Abschluss vertreten werden. Auch ist nicht zu vernachlässigen, dass die Kohorte der ab 65-Jährigen kleiner ausfällt, und somit einzelne Stimmen mehr Gewicht erhalten.

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass die Befragten Demokratie befürworten und Minderheitenschutz als Aufgabe des Staates ansehen. Gleichzeitig artikuliert sich deutliche Unzufriedenheit mit realpolitischen Handlungen. Trotz der grundsätzlich demokratischen Orientierung zeichnen sich zudem bei Teilen der Befragten Tendenzen zu abwertenden und autoritären Einstellungen ab. Dies deckt sich mit den auf das

Bundesgebiet bezogenen Beobachtungen der Mitte-Studien und der Leipziger Autoritarismus Studie der letzten Jahre.

Die vorliegende Untersuchung macht deutlich, dass es gilt, sich sowohl mit Politikmiss-
trauen und Enttäuschungen als auch mit Stereotypen auseinanderzusetzen. Demokra-
tische Bildungsarbeit kann dazu ein nützliches Werkzeug sein, auch weil Demokratie
an sich breiten Zuspruch findet.

Weiterhin sollte der deutlich artikulierten Sorge um weiteres Auseinanderklaffen von
Arm und Reich und um den Verlust des Zusammenhalts in der Gesellschaft Aufmerk-
samkeit geschenkt werden. Konzepte, die in einer zunehmend anonymisierten Gesell-
schaft Begegnungen ermöglichen und soziale Beziehungen stärken, können dabei
ebenso relevant sein wie eine Arbeits- und Sozialpolitik, die zunehmender Prekari-
sierung entgegenwirkt. Im Zuge der Corona-Pandemie haben sich diese Herausfor-
derungen mit der Polarisierung bezüglich politischer Maßnahmen sowie der Verstär-
kung sozialer Ungleichheiten verschärft.

Auswirkungen der Corona-Pandemie

Die Corona-Pandemie sowie die mit ihr einhergehenden Gefahren und Beschrän-
kungen haben im Jahr 2020 schlagartig alle Bevölkerungsgruppen und Lebens-
bereiche in Deutschland erfasst. Dennoch zeichnen sich bereits unterschiedliche Aus-
wirkungen auf soziale Gruppen ab.

Der Erhebungszeitraum dieser Studie liegt mitten im zweiten Lockdown – somit sind
die Antworten nur unter Berücksichtigung der Pandemie zu betrachten. Neben der
Einschätzung, wie sehr die aktuelle Corona-Pandemie das eigene Antworten in der
Umfrage beeinflusst habe, bei der drei Viertel der Teilnehmenden angaben, stark oder
„teils teils“ beeinflusst zu sein, wurden direkte Fragen zur Corona-Pandemie gestellt.

Etwa 40 % der Befragten sorgen sich um die Verschlechterung der eigenen finan-
ziellen Situation im Zuge der Corona-Pandemie. Die Sorge wird hauptsächlich von
Personen bis 34 Jahre und zwischen 35 bis 64 Jahre sowie mit niedrigem Schul/
Berufsausbildungsabschluss getragen. (Vgl. 4.1) Dies korrespondiert mit dem Befund
des Datenreports 2021, der sich jedoch ausschließlich auf den Zeitraum von Ende
März bis Anfang Juli 2020 bezieht: *„Finanzielle Risiken betrafen insbesondere Perso-
nen im Erwerbsalter, mit Migrationshintergrund, ohne beruflichen Abschluss sowie
(vormals) Arbeitslose, Selbstständige und un- und angelernte Arbeiterinnen und
Arbeiter.“* (Destatis 2021: 503)

Die PARTNER 5 Studie der Hochschule Merseburg hält darüber hinaus mit Blick auf
Geschlechterspezifika fest: „Die Untersuchung belegt, dass insgesamt mehr Frauen
als Männer von Corona betroffen sind, die Folgen der Pandemie intensiver erleben
und im Alltag mehr Energie dafür aufwenden müssen.“ (Kruber et al. 2021: 29) Gerade
der finanziellen Situation von Frauen muss hierbei mitgedacht werden. Sowohl in der
PARTNER 5 Studie als auch in der vorliegenden Umfrage sagen 25 % (ebd: 6) bzw.
41,5 % (90) aller befragten Frauen aus, dass sich ihre ökonomische Lage durch die
Corona-Pandemie verschlechtert. Je nach Studie äußern sich Männer um 3 % (ebd:
6) bzw. 3,5 % weniger um ihre finanzielle Situation besorgt. Diese Entwicklungen

dürfen nicht außer Acht gelassen werden. Gerade vor dem Hintergrund, dass mit 26,4 % anteilig mehr Frauen für Niedriglohn arbeiten als Männer (15,0 %). (Destatis 2021:174) Darunter fällt auch, dass Frauen anteilig mit 37,0 % häufiger befristeten Arbeiten mit Niedriglohnvergütung nachgehen als Männer (26,7 %). (Ebd.) Dass diese Formen von Beschäftigungen besonders gefährdet sind, ist spätestens mit dem Eintreten der Corona-Pandemie offensichtlich. Es bedarf gerade in Hinblick auf die anhaltende Corona-Pandemie Maßnahmen, um Frauen den Zugang zu stabileren Arbeitsverhältnissen zu erleichtern.

Ähnlich wie in der bundesweiten Panelstudie „*Gespaltene Mitte – feindselige Zustände*“ (Krause et al. 2016: 117), zeigen sich die Befragten des Burgenlandkreises misstrauisch gegenüber Politiker*innen und stimmen mit 61,0 % (267) der Aussage zu, dass sich Politiker*innen mehr Rechte herausnehmen als normale Bürger*innen. Weiterhin liegt die Unzufriedenheit mit politischen Entscheidungen auf Bundes-, Landes-, Landkreis- und kommunaler Ebene in einer Spanne von 38,9 % (kommunaler Ebene [165]) und 45,1 % (Landesebene [197]). (Vgl. 4.3.1) Bei den Aussagen, die sich spezifisch auf die Corona-Pandemie beziehen, äußern sich 41,5 % der Befragten wütend auf Politiker*innen, wenn sie an die Maßnahmen zu Eindämmung der Pandemie denken. Daraus lässt sich ableiten, dass die generelle Kritik der Befragten an politischen Vertretungen sich auch in Bezug auf die Corona-Pandemie und deren Bewältigung fortsetzt und ein ähnliches Ausmaß hat. Dennoch richtet sich im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie der höchste Unmut nicht gegen die politischen Vertretungen und deren Entscheidungen, sondern gegen Mitbürger*innen (75,4 % [328]) bzw. Demonstrierende (71,2 % [311]), die die gesundheitlichen Folgen der Pandemie verharmlosen. Die Befragten stimmen durchaus starken Gefühlen wie Wut und Scham gegenüber dieser Haltung im Umgang mit der aktuellen pandemischen Krise zu und werten diese demnach als Fehlverhalten. Stattdessen setzen die Befragten auf die Strategie des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Hierbei ist zu betonen, wie wichtig das Eingebundensein des Einzelnen in die Gesellschaft für die Bewältigung von krisenhaften Zeiten ist. (Vgl. Kruber et al. 2021: 30) Die Herausforderung der Corona-Pandemie hierbei ist, dass sich dieses Eingebundensein aufgrund der Kontaktbeschränkungen auf den Kontext Familie, Arbeit und in erweiterten Fällen auf enge Freundschaften begrenzt. So wird in den Kommentaren betont, dass gerade die Lebensrealität von Pflegebedürftigen besonders Beachtung finden muss, um möglicher Vereinsamung vorzubeugen. Weiterhin sei ein Achtungszeichen gesetzt, dass 7 von 10 Befragten Wut gegenüber „politischen Eliten“ äußern, die finanziell von der Corona-Pandemie profitieren. Diese Aussage arbeitet vor allem mit sprachlich populistischen Stilmitteln wie undefinierten Begriffen (vermeintlichen „politischen Eliten“). Inhaltlich ist sie verschwörungsideologisch anschlussfähig. Die hohe Zustimmung zu dieser Aussage dockt an der mit 61,0% (267) verbreiteten Ansicht der Befragten an, dass sich Politiker*innen mehr Rechte herausnehmen, und auch im Kontext Corona-Pandemie keine Ausnahme machen. Dieser Sachverhalt unterstreicht, wie wichtig Transparenz von politischen Vertreter*innen bezüglich der eigenen politischen Tätigkeiten ist, um das Vertrauen von Bürger*innen zu halten.

Eine Besonderheit dieser Online-Umfrage ist, dass deren Durchführungszeitraum vom 22.12.2020 bis 12.02.2021 in den bundesweiten Lockdown fiel. Dies muss beim Antwortverhalten der Befragten beachtet werden, ebenso dass der Burgenlandkreis im bundesweiten Vergleich nach Infektionszahlen überdurchschnittlich stark von Corona betroffen ist. Im Durchführungszeitraum der Online-Umfrage lagen die Inzidenzwerte zwischen 200,7 (01.01.2021) bis 420,5 (22.02.2021) Neuinfektionen pro 100.000 Einwohner binnen 7 Tagen. (Vgl. RKI 2021) Dementsprechend muss davon ausgegangen werden, dass zum einen der persönliche Alltag der Befragten in seinen Abläufen von den Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie stark geprägt ist. Zum anderen diese aber gerade vor dem Hintergrund der hohen Infektionszahlen auch psychisch-emotional wirken und Sorge, Wut aber auch Solidarität auslösen (vgl. Kruber et al. 2021: 29). Endgültige Aussagen bezüglich des Einflusses der Corona-Pandemie und der Maßnahmen zu deren Eindämmung erscheinen vermessen, da deren Wirkweisen und Diskussion abhängt von Dynamiken, sowohl auf gesellschaftlicher als auch individueller Ebene.

6 Literatur

Amadeu Antonio Stiftung: FAQ Verschwörungsideologien. Leipzig 2020.

BA=Bundesagentur für Arbeit (BA): Streikstatistik. Tabellen des Berichtsjahrs 2019. Nürnberg: 2020. URL: https://statistik.arbeitsagentur.de/Statistikdaten/Detail/201912/iiii6/streik/streik-d-0-201912-xlsx.xlsx?__blob=publicationFile&v=1 (zuletzt geprüft am: 23.03.2021)

Best, Volker; Decker, Frank; Fischer, Sandra; Küppers, Anne: Vertrauen in Demokratie. Wie zufrieden sind die Menschen in Deutschland mit Regierung, Staat und Politik? Friedrich Ebert Stiftung Bonn 2019.

Berghan, Wilhelm; Küpper, Beate; Zick, Andreas (Hg.): Verlorene Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2018/19. Bonn: Dietz 2019.

BMFSFJ= Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: Freiwilliges Engagement in Deutschland. Zusammenfassung zentraler Ergebnisse des Vierten Deutschen Freiwilligensurveys. Berlin: 2016

BMFSFJ= Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: Freiwilliges Engagement in Deutschland. Zentrale Ergebnisse des Fünften Deutschen Freiwilligensurveys (FWS 2019). Berlin: 2021.

BMU=Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMU): Klimaschutzplan 2050. Klimaschutzpolitische Grundsätze und Ziele der Bundesregierung. Berlin: 2016. URL: https://www.bmu.de/fileadmin/Daten_BMU/Download_PDF/Klimaschutz/klimaschutzplan_2050_bf.pdf (zuletzt geprüft am: 23.03.2021)

Brähler, Elmar; Decker, Oliver; (Hg.): Autoritäre Dynamiken. Neue Radikalität – alte Ressentiments. Leipziger Autoritarismus Studie 2020. Gießen: Psychosozial-Verlag 2020.

Bundeszentrale für politische Bildung: Zivilgesellschaftliches Engagement. o. J. URL: <https://www.bpb.de/nachschlagen/datenreport-2018/politische-und-gesellschaftliche-partizipation/278529/zivilgesellschaftliches-engagement> (zuletzt geprüft am: 23.03.2021)

Destatis/WZB/BiB= Statistisches Bundesamt (Destatis)/ Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB)/ Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (BiB) (Hg.): Datenreport 2021. Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland. Bonn: 2021.

Destatis= Statistisches Bundesamt (Destatis): Bevölkerungsstand. Ausländische Bevölkerung. o. J. URL: <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Bevoelkerungsstand/Glossar/auslaendische-bevoelkerung.html> (zuletzt geprüft am: 23.03.2021)

DGB Deutscher Gewerkschaftsbund: DGB-Mitgliederzahlen ab 2010. 2021. URL: <https://www.dgb.de/uber-uns/dgb-heute/mitgliederzahlen/2010> (zuletzt geprüft am: 23.03.2021)

Krause, Daniela; Küpper, Beate; Zick, Andreas (Hg.): Gespaltene Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2016. Bonn: Dietz 2016.

Kruber, Anja; Weller, Konrad; Bathke, Gustav-Wilhelm; Voss, Heinz-Jürgen: PARTNER 5 Erwachsene 2020. Primärbericht: Sexuelle Grenzverletzungen und sexualisierte Gewalt. Merseburg 2021: Hochschule Merseburg.

Kurzzusammenfassung: Verlorene Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2018/2019. Berlin: 25.04.2019.

URL: <https://www.fes.de/index.php?eID=dumpFile&t=f&f=39654&token=b0885615499aae36a49159101cc5a114769827c4> (zuletzt geprüft am: 23.03.2021)

MIBRAG (Hg.): Unsere Verantwortung für Region. 2015.

URL: <https://www.mibrag.de/-/media/website/publikationen/mibrag-booklet-regionalewertschoepfung.pdf> (zuletzt geprüft am: 23.03.2021)

Pollack, Detlef: Zivilgesellschaft und Staat in der Demokratie. In: Klein, Ansgar; Kern, Kristine; Geisel, Brigitte; Berger, Maria (Hg.): Zivilgesellschaft und Sozialkapital. Herausforderungen politischer und sozialer Integration, Wiesbaden: Springer VS 2004. S. 23 - 40.

Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt: Statistischer Bericht. Bevölkerungsstand, Natürliche Bevölkerungsbewegung, Wanderungen. Stand: 31.12.2019.

Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt: Zensus 09. Mai 2011. Burgenlandkreis (Landkreis). 2014. URL: https://statistik.sachsen-anhalt.de/fileadmin/Bibliothek/Landesaemter/StaLa/startseite/Zensus_2021/Zensus_2011/Gemeindeblaetter/BEV/15084_Burgenlandkreis_Bev.pdf (zuletzt geprüft am: 23.03.2021)

7 Anhang

7.1 Projektausschreibung

der Koordinierungs- und Fachstelle „Demokratie leben!“, Burgenlandkreis, ohne Datum

BEDARFS- UND SITUATIONSANALYSE

„STIMMUNGSBILD BLK: (ANTI)DEMOKRATISCHE EINSTELLUNGEN“

Ausgangslage

Beginn neue Förderperiode Bundesprogramm für das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ im Burgenlandkreis:

- Neue Zusammensetzung Begleitausschuss
- Neue Zielformulierungen mit nachhaltigen Grundgedanken bei Projektförderung um:
 - Beteiligung an demokratischen Prozessen zu ermöglichen
 - Antidemokratischen Strukturen entgegenzuwirken
 - Bürgerschaftliches Engagement zu stärken
 - Zivilcourage zu stärken
 - Aufklärungsarbeit Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, rechtsextremen Tendenzen, Homophobie zu erweitern
 - Demokratie erlebbar und verständlich zu machen

Forschungsauftrag: Untersuchung des Selbstverständnisses für Demokratie unter Berücksichtigung, der Lebensqualität und Lebenssituation der Menschen vor Ort auch in Bezug auf den Kohleausstieg, mit dem Ziel der Ableitung von Handlungsbedarfen für die Partnerschaft für Demokratie des Burgenlandkreises.

Umsetzung

Bedarfsanalyse Zivilgesellschaft durch die Koordinierungs- und Fachstelle im Juni 2020

- Befragung der (zivil)gesellschaftlichen Akteurinnen und Akteuren zur Partnerschaft für Demokratie Burgenlandkreis
- Zielgruppen: Akteure aus Verwaltung, Politik, Vereine, Verbände, Bildungsträger, Schulen, Jugendarbeit, Netzwerke, Bündnisse, Ehrenamt
- Für die Umfrage werden Bürgerinnen und Bürger ab 16 Jahre per repräsentativer Zufallsauswahl ausgewählt und telefonisch befragt
- Zielgruppe: Jugendliche, Zugewanderte, Erwachsene zwischen 45-60+ Jahren (Generation Wiedervereinigung), Senior_innen aus den Regionen An der Finne,

Unstruttal, Elsteraue, Weißenfels/Hohenmölsen/Lützen, Naumburg, Zeitz, Nebra

- Jugendforum BLK sammelt O-Töne bei Befragung im öffentlichen Raum „Demokratie bedeutet für mich...“ (Straßenaktion)
- Auswertung und medial Aufarbeitung
- Demografischer Wandel und seine Auswirkungen im Burgenlandkreis
- bisherige Wahlergebnisse bei Kommunalwahlen
- Bildungsbericht des Burgenlandkreises
- Ergebnisse der Jugendhilfeplanung....

7.2 Akquise-E-Mail

zur Teilnahme an der Online-Umfrage

Betreff: Einladung zur Online-Umfrage// (Anti-)demokratische Einstellungen im Burgenlandkreis

Liebe Bewohnerinnen und Bewohner des Burgenlandkreises,
Liebe Akteurinnen und Akteure der Zivilgesellschaft,

wir laden Sie herzlich ein an der Online-Umfrage *(Anti-) demokratische Einstellungen im Burgenlandkreis* teilzunehmen. Mit Ihrer Beteiligung helfen Sie uns, möglichst viele Stimmen aus dem Burgenlandkreis zu hören und so ein vielfältiges Stimmungsbild einzufangen.

Daher bitten wir um Ihre Unterstützung!

Das Ausfüllen der Umfrage dauert **ca. 15 Minuten** und ist bis einschließlich **12.02.2021** möglich.

Worum geht es?

Zivilgesellschaftliches Engagement und Teilhabe sind wichtige Grundpfeiler unserer Gesellschaft und unserer Demokratie. Sie sorgen für eine lebendige, spannende und belastbare Zivilgesellschaft. Bürgerinnen und Bürger bringen sich auf unterschiedliche Weise freiwillig in ihrer Region und/oder darüber hinaus in das gesellschaftliche Miteinander ein. Das rechnen wir hoch an, denn es ist keine Selbstverständlichkeit.

Warum diese Umfrage?

Damit sich bürgerschaftliches Engagement entwickeln kann, braucht es geeignete Rahmenbedingungen. Um für diese Rahmenbedingungen sorgen zu können ist es zum einen wichtig, die Meinungen, Bedarfe und Wünsche der Bürgerinnen und Bürger zu kennen. Und zum anderen zu hören, wie Sie das aktuelle gesellschaftliche Klima im Burgenlandkreis wahrnehmen und einschätzen. Gerade auch im Hinblick auf die COVID-19-Pandemie (Corona-Pandemie), welche im Jahr 2020 uns alle vor viele Schwierigkeiten und Herausforderungen stellt.

Wer führt die Umfrage durch?

Ein Projektteam der Hochschule Merseburg, unter Leitung von Prof. Dr. Heinz-Jürgen Voß, führt die Umfrage im Auftrag der Partnerschaft für Demokratie im Burgenlandkreis durch. Die Partnerschaft ist für die regionale Umsetzung des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ verantwortlich.

Wo finden Sie die Umfrage?

Online unter <https://survey.hs-merseburg.de/index.php/719255?lang=de>

Was passiert mit den Daten?

Alle Daten werden vertraulich behandelt und in anonymisierter Form ausgewertet. Es werden keine personenbezogenen Daten erhoben, die den Rückschluss auf einzelne

Befragungsteilnehmende ermöglichen. Die erhobenen Rohdaten werden nicht an Dritte weitergegeben und nach Projektabschluss gelöscht.

Wie können Sie uns erreichen?

Bei Rückfragen wenden Sie sich gerne an blk-befragung@hs-merseburg.de .

Vielen Dank im Voraus für Ihre Beteiligung!

Das Projektteam unter Leitung von Prof. Dr. Heinz-Jürgen Voß

Projekt Befragung Burgenlandkreis
blk-befragung@hs-merseburg.de

Projektleitung: Prof. Dr. Heinz-Jürgen Voß | Professur für Sexualwissenschaft und Sexuelle Bildung
Hochschule Merseburg | Fachbereich Soziale Arbeit. Medien. Kultur

Informationen und Kontakt:

<https://www.hs-merseburg.de/hochschule/information/personenverzeichnis/details/person/voss-heinz-juergen-596/>

7.3 Masterdatei Fragebogen

(Anti-) demokratische Einstellungen im Burgenlandkreis

Sehr geehrte Damen und Herren,
sehr geehrte Teilnehmende,

schön, dass Sie auf die **Umfrage (Anti-) demokratische Einstellungen im Burgenlandkreis** aufmerksam wurden und sich für diese Umfrage interessieren.

Zivilgesellschaftliches Engagement und Teilhabe sind wichtige Grundpfeiler unserer Gesellschaft und unserer Demokratie. Sie sorgen für eine lebendige, spannende und belastbare Zivilgesellschaft. Bürgerinnen und Bürger bringen sich auf unterschiedliche Weise freiwillig in ihrer Region und/oder darüber hinaus in das gesellschaftliche Miteinander ein. Das rechnen wir hoch an. Denn es ist keine Selbstverständlichkeit.

Warum diese Umfrage?

Damit sich bürgerschaftliches Engagement entwickeln kann, braucht es geeignete Rahmenbedingungen. Um für diese Rahmenbedingungen sorgen zu können ist es zum einen wichtig, die Meinungen, Bedarfe und Wünsche der Bürgerinnen und Bürger zu kennen. Und zum anderen zu hören, wie Sie das aktuelle gesellschaftliche Klima im Burgenlandkreis wahrnehmen und einschätzen. Gerade auch im Hinblick auf die COVID-19-Pandemie (Corona-Pandemie), welche im Jahr 2020 uns alle vor viele Schwierigkeiten und Herausforderungen stellt.

Daher bitten wir um Ihre Unterstützung!!

Mit Ihrer Beteiligung an der Umfrage helfen Sie uns, möglichst viele Stimmen aus dem Burgenlandkreis zu hören und so ein vielfältiges Stimmungsbild einzufangen.

Ein Projektteam der Hochschule Merseburg, unter Leitung von Prof. Dr. Heinz-Jürgen Voß, führt die Umfrage im Auftrag der Partnerschaft für Demokratie im Burgenlandkreis durch. Die Partnerschaft ist für die regionale Umsetzung des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ verantwortlich.

Das Ausfüllen der Umfrage dauert **ca. 15 Minuten**. Bitte nehmen Sie sich ausreichend Zeit, um die Fragen zu beantworten und füllen Sie die Fragebogen vollständig aus. Sollten Sie einzelne Fragen nicht beantworten können oder wollen, steht es Ihnen frei ohne Angabe die Umfrage fortzusetzen.

Die Teilnahme ist freiwillig und bis zum **31.01.2021** möglich.

Alle Daten werden vertraulich behandelt und in anonymisierter Form ausgewertet. Es werden keine personenbezogenen Daten erhoben, die den Rückschluss auf einzelne Befragungsteilnehmende ermöglichen. Die erhobenen Rohdaten werden nicht an Dritte weitergegeben und nach Projektabschluss gelöscht.

Die Auswertung der Umfrage wird im **April 2021** auf www.demokratie-leben-burgenlandkreis.de veröffentlicht. Bei Rückfragen wenden Sie sich bitte an blk-befragung@hs-merseburg.de.

Vielen Dank für Ihre Beteiligung! Klicken Sie auf die „Weiter“-Schaltfläche um zur ersten Frage der Umfrage zu gelangen.

99 = Keine Antwort

Block Zufriedenheit

Frage QG01Q001

Zunächst geht es um Ihre persönliche Zufriedenheit. Bitte kreuzen Sie jeweils die Antwortmöglichkeit an, die zu Ihrer Zufriedenheit passt. Ich bin mit meinem Leben im Burgenlandkreis zufrieden in Bezug auf ...

- 1 = Stimme voll und ganz zu
 - 2 = Stimme eher zu
 - 3 = Stimme eher nicht zu
 - 4 = Stimme überhaupt nicht zu
- a) ... meine Wohnsituation
 - b) ... meine gesundheitliche Situation.
 - c) ... meine Arbeitssituation/ Ausbildungssituation.
 - d) ... mein soziales Umfeld.
 - e) ... die politische Situation.
 - f) ... meine finanzielle Lage.

Frage QG01Q002

Die Covid-19-Pandemie (Corona-Pandemie) hat das Jahr 2020 stark geprägt. Im Folgenden finden Sie Aussagen zu den Folgen und wegen der Pandemie erlassenen Maßnahmen. Die Aussagen beziehen sich auf die aktuell geltenden Maßnahmen nach dem Beschluss von Bund und Ländern zur Bekämpfung der Coronavirus-Pandemie vom 13.12.2020. Bitte kreuzen Sie jeweils an, ob diese Aussagen Ihrer Ansicht nach zutreffen.

- 1 = Trifft voll und ganz zu
 - 2 = Trifft eher zu
 - 3 = Trifft eher nicht zu
 - 4 = Trifft überhaupt nicht zu
- a) Ich Sorge mich, dass sich meine finanzielle Situation durch die Corona-Pandemie verschlechtert.
 - b) Ich habe große Hoffnung, dass wir die Corona-Pandemie als Gesellschaft bewältigen werden.
 - c) Ich schäme mich für Menschen, die die gesundheitlichen Gefahren der Corona-Pandemie verharmlosen.
 - d) Wenn ich an die Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie denke, werde ich wütend auf die Politiker.
 - e) Wenn ich an die Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie denke, fühle ich mich im Stich gelassen.
 - f) Wenn ich an die Demonstrationen gegen die Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie denke, werde ich wütend.
 - g) Wenn ich daran denke, dass politische Eliten finanziellen Profit aus der Corona-Pandemie ziehen, werde ich wütend.
 - h) Ich habe Sorge, dass aufgrund der Corona-Pandemie Grundrechte noch weiter eingeschränkt werden.

Block Politik

Frage QG02Q001

Nun sind einige Aussagen zu Politik und Wahlen aufgelistet. Bitte kreuzen Sie jeweils die für Sie zutreffende Antwortmöglichkeit an.

- 1 = Stimme voll und ganz zu
 - 2 = Stimme eher zu
 - 3 = Stimme eher nicht zu
 - 4 = Stimme überhaupt nicht zu
- a) Ich interessiere mich für Politik.
 - b) Ich spreche mit Freunden und Bekannten mehrmals pro Woche über Politik.

- c) Ich informiere mich über das politische Geschehen weltweit.
- d) Ich informiere mich über das politische Geschehen in Deutschland.
- e) Ich informiere mich über das politische Geschehen im Burgenlandkreis.
- f) Wählen zu gehen ist eine bürgerliche Pflicht.
- g) Wer in Deutschland gemeldet ist, soll auch in Deutschland wählen dürfen.
- h) Bei der Parteienlandschaft kann ich es verstehen, wenn Menschen grundsätzlich nicht wählen gehen.
- i) Wen oder welche Partei ich wähle, entscheide ich spontan.

Frage QG02Q002

Sind Sie in Deutschland wahlberechtigt? Bitte kreuzen Sie Zutreffendes an.

- 1 = Trifft zu
- 2 = Trifft nicht zu

Frage QG02Q003

Im Folgenden finden Sie Aussagen zu Demokratie und Politik. Bitte kreuzen Sie jeweils die für Sie zutreffende Antwortmöglichkeit an.

- 1 = Stimme voll und ganz zu
- 2 = Stimme eher zu
- 3 = Stimme eher nicht zu
- 4 = Stimme überhaupt nicht zu
- a) Ich halte Demokratie für die beste Staatsform für Deutschland.
- b) Ich bin mit politischen Entscheidungen auf der Bundesebene zufrieden.
- c) Ich bin mit politischen Entscheidungen auf der Landesebene zufrieden.
- d) Ich bin mit politischen Entscheidungen auf der Landkreisebene zufrieden.
- e) Ich bin mit politischen Entscheidungen auf der kommunalen Ebene (Stadt, Gemeinde) zufrieden.
- f) Ich weiß, wo ich mich über politische Entscheidungen im Burgenlandkreis informieren kann.
- g) Um Recht und Ordnung zu bewahren, sollte man härter gegen Unruhestifter vorgehen.
- h) Ein Staat hat die Aufgabe, gesellschaftliche Minderheiten gesetzlich zu schützen.
- i) Politiker nehmen sich mehr Rechte heraus als normale Bürger.
- j) In einem demokratischen Staat sollte jeder und jede Einzelne mitbestimmen können.
- k) Wir sollten dankbar sein für führende Köpfe, die uns genau sagen können, was wir tun sollen und wie.
- l) Letztendlich entscheidet die Wirtschaft in unserem Land und nicht die Politik.
- m) Wir sollten endlich wieder Mut zu einem starken Nationalgefühl haben.

Frage QG02Q004

Im Burgenlandkreis wird aktuell Braunkohle gefördert. Der Ausstieg aus der Braunkohle ist deutschlandweit für spätestens 2038 beschlossen. Finanzielle Fördermittel des Bundes sollen in den jeweiligen Revieren den Strukturwandel ermöglichen. Bitte kreuzen Sie jeweils die für Sie zutreffende Antwortmöglichkeit an.

- 1 = Stimme voll und ganz zu
- 2 = Stimme eher zu
- 3 = Stimme eher nicht zu
- 4 = Stimme überhaupt nicht zu
- a) Bürgerinnen und Bürger sollten in die Entscheidung einbezogen werden, wofür die Fördermittel des Bundes ausgegeben werden.
- b) Ich habe Sorge, dass die Fördermittel des Bundes nicht in den Kommunen ankommen, die direkt vom Kohleausstieg betroffen sind.

- c) Mit den Bundesgeldern sollte der Nahverkehr weiter ausgebaut werden (z.B. eine bessere Anbindung an Städte wie Halle und Leipzig).
- d) Mit den Bundesgeldern sollten touristische Regionen des Burgenlandkreises gestärkt werden.
- e) Mit den Bundesgeldern sollten alternative Arbeitsplätze geschaffen und Umschulungen gefördert werden.

Block Gesellschaft und Zusammenleben

Frage QG03Q001

Im Folgenden sind Aussagen zu Gesellschaft und zum Zusammenleben aufgelistet. Bitte kreuzen Sie jeweils die für Sie zutreffende Antwortmöglichkeit an.

- 1 = Stimme voll und ganz zu
- 2 = Stimme eher zu
- 3 = Stimme eher nicht zu
- 4 = Stimme überhaupt nicht zu

- a) Die Migranten / Zugewanderten müssen sich mehr an die Deutschen anpassen.
- b) Ich finde es gut, wenn Menschen, die nach Deutschland gekommen sind, ihre kulturellen Wurzeln beibehalten.
- c) Die Deutschen müssen sich mehr an die Migranten / Zugewanderten anpassen.
- d) Es gibt zu wenig Frauen in Führungspositionen.
- e) Um ungewollte Anmachen zu umgehen, sollten Frauen und Mädchen mehr auf ihre Kleidung achten.
- f) Muslima und Muslime haben Anrecht auf die freie Ausübung ihrer Religion in Deutschland.
- g) Die Kommunen setzen sich zu wenig für die Interessen von Menschen mit Behinderung ein.

Frage QG03Q002

Bezüglich welcher Einstellungen und welchen Verhaltens nehmen Sie in Ihrem näheren Umfeld Veränderungen wahr (Familie, Freundes- und Bekanntenkreis, Arbeit)?

- 1 = Nimmt stark zu
- 2 = Nimmt zu
- 3 = Gleichbleibend
- 4 = Nimmt ab
- 5 = Nimmt stark ab
- 0 = Kommt in meinem Umfeld nicht vor

- a) Soziales Engagement
- b) Abwertende Sprüche über Schwarze, Zugewanderte und geflüchtete Menschen
- c) Abwertung von Erwerbslosen
- d) Akzeptanz von Ausländerfeindlichkeit
- e) Frust über politische Entscheidungen
- f) Aggressivität/ Gewalt gegen Menschen, die eine andere Meinung haben
- g) Gewalt gegen sich selbst
- h) Zweifel an den Gefahren der Corona-Pandemie
- i) Zustimmung zu Verschwörungstheorien
- j) Feindlichkeit gegenüber Schwulen, Lesben und Bisexuellen, Transgender
- k) Feindlichkeit gegenüber Juden und dem Staat Israel
- l) Bedrohungen und Hetze im Internet und in sozialen Medien
- m) Meine eigenen Diskriminierungserfahrungen

Frage QG03Q003

Wenn ich an die Zukunft denke, mache ich mir Sorgen über...

- 1 = Stimme voll und ganz zu
- 2 = Stimme eher zu

3 = Stimme eher nicht zu
4 = Stimme überhaupt nicht zu

- a) ... Arbeitslosigkeit.
- b) ... Kriminalität.
- c) ... Zuwanderung.
- d) ... den Klimawandel.
- e) ... Altersvorsorge.
- f) ... zunehmende Geschwindigkeit von Digitalisierung.
- g) ... den Verlust des Zusammenhalts in der Gesellschaft.
- h) ... zunehmende Ausgrenzung von Zugewanderten und geflüchteten Menschen.
- i) ... eigene Gesundheit bzw. Gesundheit der Familie.
- j) ... das größere Auseinanderklaffen von Arm und Reich.
- k) ... abnehmendes Einfühlungsvermögen innerhalb der Gesellschaft.

Block Engagement

Frage QG04Q001

Im Folgenden geht es um bürgerschaftliches Engagement. Unter bürgerschaftlichem Engagement werden Aktivitäten verstanden, die gemeinschaftlich und öffentlich stattfinden. Es basiert auf Freiwilligkeit und zielt nicht auf individuellen materiellen Gewinn. Bitte kreuzen Sie jeweils die für Sie zutreffende Antwortmöglichkeit an.

1 = Stimme voll und ganz zu
2 = Stimme eher zu
3 = Stimme eher nicht zu
4 = Stimme überhaupt nicht zu

- a) Ich trete für meine politischen Überzeugungen aktiv ein.
- b) Bürgerbeteiligung finde ich zwar wichtig, aber ich habe Probleme mit der deutschen Sprache.
- c) Ich sehe nicht ein, warum ich mich sozial engagieren sollte. Das ist Aufgabe der Politik.
- d) Vereine / Initiativen sind oft gar nicht an neuen Mitgliedern interessiert.
- e) Ich kann mit meinem Engagement Einfluss auf politische Prozesse nehmen.
- f) Ich betrachte es als meine Pflicht gegenüber der Gesellschaft, mich zu engagieren.
- g) Ich würde mich gern mehr in und für die Gegend einsetzen, in der ich wohne. Ich weiß nur nicht, wie und wo ich das tun kann.

Frage QG04Q002

Wo engagieren Sie sich? Kreuzen Sie bitte Zutreffendes an. Mehrfachnennungen sind möglich.

1 = Trifft zu
2 = Trifft nicht zu

- a) ... in einer Partei.
- b) ... im Ausländerbeirat.
- c) ... in einer Gewerkschaft.
- d) ... in einer parteiunabhängigen politischen Gruppierung.
- e) ... in einem Verein
- f) ... in einer Selbsthilfegruppe (Anonyme Alkoholiker, Arbeitslosigkeit und spezifische Krankheiten wie Krebs, Depression).
- g) ... in einer Religionsgemeinschaft / Kirche.
- h) ... in der Freiwilligen Feuerwehr / THW.
- i) ... in der Nachbarschaftshilfe.
- j) ... im Seniorenbüro / -rat.
- k) Sonstiges

Filter: wenn e) 1 →

Frage QG04Q003Filter

1 = Trifft zu
2 = Trifft nicht zu

- a) ... in einem Sportverein.
- b) ... in einem Kulturverein oder Musischen Verein (Literatur, Kunst, Musik, Gesang, Tanz, Theaterspiel, Geschichte, etc.).
- c) ... in einem Hobbyverein (Kleingärtner- und Tierzüchtervereine, Kegelklubs, Philatelistenvereine etc.).
- d) ... in einem Traditionsverein (Bürger-, Heimat- und Schützenvereine).
- e) ... in einem Umwelt- und Naturschutzverein.
- f) ... in einem Förder- und Trägerverein (für Jugendstätten, Kindergärten, Bürgerhäuser etc.).
- g) ... in einem Weltanschauungsverein.
- h) ... Sonstiges

Frage QG04Q004

Trifft folgende Aussage auf Sie zu?

1 = Trifft zu
2 = Trifft nicht zu

- a) Ich habe mich früher engagiert, tue es aber aktuell nicht mehr.

Filter: wenn 1 →

Frage QG04Q005Filter

Aus welchen Gründen haben Sie das Engagement beendet?

1 = Trifft voll und ganz zu
2 = Trifft eher zu
3 = Trifft eher nicht zu
4 = Trifft überhaupt nicht zu

- a) Es war zu zeitintensiv.
- b) Es hat mir keinen Spaß mehr gemacht.
- c) Ich habe mich mit anderen Personen nicht mehr gut verstanden.
- d) Es war sprachlich schwierig, alles zu verstehen.
- e) Ich habe mich in der Gruppe/ Verein/ Initiative nicht akzeptiert gefühlt.
- f) Ich habe eine andere Gruppe/ Verein/ Initiative gefunden, bei der ich mich stattdessen engagiere.
- g) Meine politischen Interessen passen nicht mehr zur Gruppe/ Verein/ Initiative.

Frage QG04Q005

An welcher der folgenden politischen Aktionsformen haben Sie sich bereits beteiligt? Kreuzen Sie bitte Zutreffendes an, Mehrfachnennung ist möglich.

1 = Trifft zu
2 = Trifft nicht zu

- a) Streik
- b) Angemeldete Demonstration
- c) Unangemeldete Demonstration
- d) Unterschriftensammlung
- e) Menschenkette
- f) Infostand

- g) Online-Protest (beispielsweise: Bereitstellung von Informationen, Schaffen einer Plattform für politischen Meinungs­austausch, Unterzeichnen von Online-Petitionen, Teilnahme an Online-Demonstrationen)
- h) Spendensammlung
- i) Sonstiges

Block Digitalisierung

Frage QG05Q001

Wie informieren Sie sich über das aktuelle politische Geschehen? Bitte kreuzen Sie die entsprechende Häufigkeit an.

- 1 = täglich
- 2 = 3-4 Mal pro Woche
- 3 = wöchentlich
- 4 = monatlich
- 5 = nie

- a) Printmedien (beispielsweise Zeitungen, Zeitschriften)
- b) Radio
- c) Fernsehen
- d) Digitale Medien (beispielsweise Internetseiten, soziale Medien, Nachrichten-Apps)

Filter: wenn d) 1 oder 2 oder 3 oder 4

Frage QG05Q002

Wie häufig nutzen Sie folgende digitalen und sozialen Medien?

- 1 = täglich
- 2 = 3-4 Mal pro Woche
- 3 = wöchentlich
- 4 = monatlich
- 5 = nie

- a) Internetseiten
- b) Digitales Radio
- c) Youtube
- d) Facebook
- e) Twitter
- f) Messenger (z.B. WhatsApp, Telegram)
- g) Podcasts
- h) Instagram
- i) E-Books

Frage QG06Q001

Wie sehr hat die aktuelle Corona-Pandemie Ihre Antworten auf die Fragen dieser Umfrage beeinflusst? Bitte kreuzen Sie Zutreffendes an.

- 1 = Gar nicht
- 2 = Teils teils
- 3 = Stark

Angaben zur Person

Frage QG07Q001

Alter

Kreuzen Sie bitte die zutreffende Spanne an.

- 1 = 16-24 Jahre
- 2 = 25-34 Jahre
- 3 = 35-44 Jahre
- 4 = 45-54 Jahre
- 5 = 55-64 Jahre
- 6 = 65-74 Jahre
- 7 = ab 75 Jahre

Frage QG07Q002

Geschlecht

- 1 = Männlich
- 2 = Weiblich
- 3 = Divers

Frage QG06Q003

Geburtsort

- 1 = In einem der heutigen neuen Bundesländer Deutschlands
- 2 = In einem der heutigen alten Bundesländer Deutschlands
- 3 = In einem anderen EU-Land
- 4 = Außerhalb der EU-Länder

Filter: wenn 1 →

Frage QG07Q004

Liegt ihr Geburtsort im Burgenlandkreis?

- 1 = Ja
- 2 = Nein

Frage QG07Q005

Staatsbürgerschaft

Im Fall einer doppelten Staatsbürgerschaft sind Mehrfachnennungen möglich.

- 1 = Trifft zu
- 2 = Trifft nicht zu
- a) Deutsch
- b) Staatsbürgerschaft eines anderen EU-Landes
- c) Staatsbürgerschaft eines Nicht-EU-Landes
- d) Doppelte Staatsbürgerschaft

Frage QG07Q006

Größe des aktuellen Wohnortes

- 1 = Unter 5.000 Einwohner
- 2 = 5.000 bis 20.000 Einwohner
- 3 = Über 20.000 Einwohner

Frage QG07Q007

Ich wohne im Burgenlandkreis seit...

- 1 = ... 1 bis 5 Jahren.
- 2 = 5.000 bis 20.000 Einwohner
- 3 = ... mehr als 5 Jahren.

Frage QG07Q008

Religionszugehörigkeit

- 1= Römisch-Katholisch
- 2 = Evangelisch
- 3 = Muslimisch
- 4 = Jüdisch
- 5 = Konfessionell ungebunden
- 6 = Sonstige

Frage QG07Q009

Familienstand / Partnerschaft

- 1 = Ledig, ohne Partnerschaft
- 2 = Ledig, mit Partnerschaft
- 3 = Verheiratet/ eingetragene Lebenspartnerschaft
- 4 = Verheiratet/ eingetragene Lebenspartnerschaft, getrennt lebend
- 5 = Verwitwet
- 6 = Geschieden / aufgelöste Lebenspartnerschaft

Frage QG07Q010

Höchster Schul-/ Berufsausbildungsabschluss

- 1 = Ohne Schulabschluss
- 2 = Hauptschulabschluss / 8. Klasse
- 3 = Mittlere Reife / POS- Abschluss / 10. Klasse
- 4 = Fachhochschul- oder Hochschulreife / EOS-Abschluss
- 5 = Fachschulabschluss
- 6 = Lehr-/Anlernausbildungsabschluss
- 7 = Hochschulabschluss
- 8 = Derzeit Schüler_in einer allgemeinbildenden Schule

Frage QG07Q011

Derzeit hauptsächliche Beschäftigung

- 1 = Sozialversicherungspflichtig beschäftigt / selbstständig (Vollzeit)
- 2 = Sozialversicherungspflichtig beschäftigt / selbstständig (Teilzeit)
- 3 = Geringfügig erwerbstätig (Minijob, 450 €-Basis)
- 4 = Nicht erwerbstätig
- 5 = Schüler_in
- 6 = Student_in
- 7 = Auszubildende_r

Frage QG07Q012

Haben Sie Anmerkungen, Ergänzungen oder Kritik? Nutzen Sie dazu gerne dieses Eingabefeld

Vielen Dank für Ihre Teilnahme!

Leiten Sie die Umfrage gerne weiter, um das Projekt **(Anti-) demokratische Einstellungen im Burgenlandkreis** weiter zu unterstützen.

Die Auswertung der Umfrage wird im April 2021 auf www.demokratie-leben-burgenlandkreis.de veröffentlicht.

Haben Sie Fragen zur Umfrage und zur Veröffentlichung wenden Sie sich gerne an blk-befragung@hs-merseburg.de.